

# Dokumentation



69. Sitzung des Stadtforums  
Stadt und Geschichte  
Kontinuität oder Neuanfang?

am 12. Juni 1998  
im Informationszentrum zur Hauptstadtplanung  
(ehemaliges Staatsratsgebäude),  
Schloßplatz 1, in Berlin-Mitte,  
14.15 bis ca. 19.00 Uhr

Dokumentation des 69. Stadtforums „Stadt und Geschichte“  
Koordinationsbüro Stadtforum, Juli 1998

# Inhaltsverzeichnis

Programm

Empfehlungen der Lenkungsgruppe

Dr. Hans Stimmann

Dr. Michael Mönninger

Dr. Max Welch Guerra

Podiumsdiskussion

Adressen der Referenten

schriftlicher Diskussionsbeitrag

Pressespiegel

Dokumentation:

Stadtforum Koordinationsbüro/  
Meuser Architekten

Schlüterstraße 17

10625 Berlin

Fön 030-31506-315

Fax 030-31506-317

Berlin, im Juli 1998

# Programm

## Stadt und Geschichte

Kontinuität oder Neuanfang?

69. Stadtforum am 12. Juni 1998 im Informationszentrum zur Hauptstadtplanung (ehem. Staatsratsgebäude), Schloßplatz 1, 10178 Berlin-Mitte, 14.15 bis ca. 19.00 Uhr

Berlin braucht den offenen Disput, in dem sich das Geschichtsbewußtsein Ost und West auf eine gemeinsame Vorstellung der eigenen Geschichte hinbewegen. Architekturtheoretische Diskussionen über Wert oder Unwert der sozialistischen oder einer anderen Moderne sind kein aussichtsreicher Ersatz dafür. Vielmehr steht heute die Frage im Vordergrund, auf welcher historischen Schicht zukünftige Planungen aufbauen können. In einer Zeit, in der Geschichte als Ressource immer knapper wird, gilt es, die Modernität und Innovationen vergangener Epochen aufzuspüren und fest im Bewußtsein zu verankern. Denn erst durch eine Analyse des Vorhandenen können Entscheidungen über die Zukunft der Stadt auf eine sichere Basis gestellt werden. Dabei geht es nicht nur um die bauliche Vergangenheit sondern um einen breiten Ansatz für ein gesamtstädtisches Geschichtsverständnis. Doch an welchen Traditionen soll Berlin anknüpfen? Wie können einzelne Schichten im Stadtbild lesbar gemacht werden? Das Stadtforum diskutiert einen Geschichtsbegriff, der sich nicht an einem ahistorischen Festhalten am Status quo orientiert, sondern die Debatte über eine angemessene Weiterentwicklung zuspitzt.

### VORTRÄGE

Dr. Michael Mönninger, Politischer Korrespondent der Berliner Zeitung und Mitglied der Lenkungsgruppe des Stadtforums „Retrospektive Futurologie - Geschichte als Ressource für die Zukunft“

Dr. Max Welch Guerra, Politikwissenschaftler, Technische Universität Berlin  
„Hauptstadtplanung als Medium einer städtischen Identitätsfindung“

Prof. Dr. Georg Morsch, Institut für Denkmalpflege, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich  
„Die Dialogfähigkeit zwischen der Stadt und ihrer Geschichte“

### PODIUMSDISKUSSION

Prof. Dr. Perry Andersen, Historiker und Soziologe, University of California in Los Angeles/  
Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin

Friedrich Dieckmann, Schriftsteller, Berlin

Dr. Thomas Flierl, Baustadtrat des Bezirks Berlin-Mitte

Dr. Paul Widmer, Gesandter der Schweizerischen Botschaft in Berlin

Dr. Jörg Haspel, Landesdenkmalamt Berlin

Dokumentation des 69. Stadtforums „Stadt und Geschichte“  
Koordinationsbüro Stadtforum, Juli 1998

# „Ressource »Geschichte' nachhaltig bewirtschaften"

Empfehlungen der Lenkungsgruppe des 69. Stadtforums  
„Stadt und Geschichte" am 12. Juni 1998

## 1

Die gebaute Geschichte ist eine wesentliche Ressource der Stadtentwicklung, die im Rahmen der Stadtentwicklung nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit bewirtschaftet werden muß. Der Wert der historischen Schichten ergibt sich aus ihrer Bedeutung als Zeugnisse bestimmter Epochen, aus ihrer städtebaulichen und baulichen Qualität und aus ihrer identitätstiftenden Funktion. In Berlin geht es dabei an zentralen Orten nicht nur um eine städtische oder teilstädtische sondern um die nationale Identität. Zum Ressourcencharakter gehört schließlich auch das gewachsene Interesse der Öffentlichkeit und der Bürger an der Geschichte und ihm Spuren. Die für Berlin in besonderem Maße bestimmende Artenvielfalt geschichtlicher Zeugnisse und Spuren bedarf der Beachtung und Pflege. Auch die baulichen Spuren obsolet gewordener politischer Systeme gehören zum historischen Erbe der Stadt. Der stadthistorische Kontext muß mit all seinen Schichten Bezugsrahmen und Bewertungskriterium für planerische, städtebauliche und bauliche Entscheidungen sein. Der Denkmalschutz als Instrument der Erhaltung besonders wertvoller historischer Zeugnisse muß zugleich gestärkt werden und sich als Element der Stadtentwicklung begreifen.

## 2

Stadtentwicklung ist ständige Veränderung, die bei aller Wertschätzung des geschichtlich Gewordenen den kontinuierlichen Umbau des Stadtkörpers erfordert. Die Stadt insgesamt ist kein Denkmal.

## 3

Entscheidungen über den Umgang mit baulichen oder städtebaulichen Beständen der Geschichte sind im konkreten Fall immer Setzungen, für die fachlich wie politisch Konsens beschafft werden muß. In der Berliner Situation ist die Konsensherstellung schwierig. Groß angelegte Leitbilder zum Umgang mit dem historischen Erbe und zur städtebaulichen Entwicklung werden kaum konsensfähig sein. In der aktuellen Diskussion lassen sich zwei Ebenen und Verlaufsmuster erkennen:  
Im Rahmen der Hauptstadtplanung ist es gelungen, einen pluralistischen Diskussionsprozeß zu entwickeln, in dem die historische Dimension der Ansiedlung und Verortung der Verfassungsorgane in der Stadt kritisch erörtert und auf wesentliche Standortentscheidungen und Bedeutungszuweisungen Einfluß genommen werden konnte. Es gilt, diesen Prozeß weiter zu unterstützen und die Debatte um den Bedeutungsgehalt staatlicher Gebäude weiterzutreiben.

Eine entsprechende Diskussionsstruktur ist im Bereich der städtebaulichen Planungen zur Entwicklung der Innenstadt noch nicht erkennbar. Hier hat vor allem die vielfach als vorschnell und dogmatisch empfundene Kritik an der städtebaulichen Moderne eine deutliche Ost-West-Polarisierung entstehen lassen. Die weitere Diskussion sollte sich auf die Frage konzentrieren, welchen Beitrag das Panwerk zu einer Politik der Innenentwicklung mit den Elementen einer ökologisch orientierten Nachverdichtung und Neuordnung von Verkehrssituationen leisten kann.

#### **4**

Vordiesem Hintergrund müssen Stadtentwicklung und Stadtumbau dialogisch sein. Kernelemente des dialogischen Stadtumbaus sind die Offenheit und Transparenz von Beteiligungsverfahren und Aushandlungsprozessen. Sie müssen so organisiert sein, daß nicht nur die fachlichen Aspekte und Argumente für den Umgang mit dem historischen Erbe aufgearbeitet, sondern auch die alltagsgeschichtlichen Erfahrungen und Vertrauensverhältnisse eingebracht werden können. Planungswerkstätten, Stadtteilkommissionen u.a. sind Instrumente eines solchen Dialogs.

#### **5**

Angesichts der Vielfalt und Gegensätzlichkeit der städtebaulichen und baulichen Geschichtszeugnisse und der Schwierigkeit der Entwicklung neuer konsensfähiger Leitbilder erweist sich die bewußte Gestaltung von Brüchen als wichtige Aufgabenstellung der Stadtentwicklung. Dieser Ansatz kann dem Berliner Städtebau neue Impulse geben.

Besondere Probleme wirft der Umgang mit der städtebaulichen Moderne auf. Obwohl sie in hohem Maße durch die Komposition von Einzelbauwerken geprägt ist, hat auch sie eine städtebauliche Textur entwickelt, die nicht vorab und pauschal abgewertet werden kann. Es scheint aber besonders schwierig zu sein, die „Grammatik“ dieser städtebaulichen Epoche weiterzuentwickeln.

## Notizen für die Begrüßung

Stadt ist Geschichte, genauer: ist gebaute Geschichte. Der Umgang mit der gebauten Geschichte in Form des Stadtgrundrisses, seiner Monumente und seiner Alltagsarchitektur war daher schon immer nicht nur ein Ausdruck des immanenten gesellschaftlichen Fortschritts durch neue Raum- und Funktionsansprüche, sondern immer auch ein Dokument des Umgangs mit der Geschichte, des Verhältnisses der jeweiligen politischen Entscheider zur Geschichte.

Die heutige Situation in Berlin ist auch im Westen um die komplexe europäische Stadtgeschichte besonders kompliziert. Der Faschismus, die anschließende Teilung der Stadt und die Reaktion auf Faschismus und Teilung durch Politik und Planung in Ost und West haben besonders im Zentrum tiefe Spuren hinterlassen. Berlin ist durch Planung zu einem Steinbruch der unterschiedlichen Versuche, Gesellschaftsgeschichte und gleichzeitig Städtebaugeschichte radikal neu zu schreiben, geworden.

Die politische Teilung der Stadt, inzwischen selbst Geschichte geworden, hat gebaute Geschichte in einem bis dahin unvorstellbaren Maß vernichtet. „Die Architekten-Generationen der Nachkriegszeit lebten aus Vergangenheitshaß und Fortschrittsglauben zugleich. Mit der Hinterlassenschaft des Dritten Reiches sollten auch die städtebaulichen Restbestände der bürgerlichen Welt abgeräumt werden, die man ja ohnehin nur mit den Augen Mehrings, Hegemanns und Zilles sah. Vage glaubte man vor sich die Umrisse einer neuen Gesellschaft zu sehen, für die man neue Gehäuse errichten wollte. Da die Nachkriegsgeneration, aus der Epoche der wechselnden Uniformen auftauchend, keine Zeit gehabt hatte, sich von Geschichte und Zukunft einen reflektierten Begriff zu machen, liefen die Visionen auf Agglomerate von Hochhäusern hinaus; ihr Zukunftsentwurf war so blind wie ihre Vergangenheitskenntnis.“

Viele nachgeborene Intellektuelle in Ost und mehr noch West hatten sich mit der dauerhaften Teilung der Stadt eingerichtet und den damit verbundenen Geschichtsverlust hingenommen. Die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung nach der Wiedervereinigung mit gebauter Geschichte, mit Mittelalter, Barock, Gründerzeit, Moderne, Nazizeit irritiert deswegen besonders in diesen Kreisen. Schnell wird der Vorwurf erhoben, man wolle die Naziplanungen und das 19. Jahrhundert mit seinen Übeln wiederhaben. Dabei ist der zum Glück eingetretene Fall lediglich ein Stück europäischer Normalisierung. Alle europäischen Hauptstädte haben eine komplexe Stadtgeschichte, die nicht nur erfreuliche Tatbestände ausweist, zu verarbeiten.

Es gibt zwei besondere Kapitel: Umgang mit der DDR-Moderne, genauer gesagt mit der Idee der DDR-Regierung, aus dem historischen Zentrum von Berlin eine sozialistische Musterhauptstadt zu machen. Daß dabei im Zentrum nicht nur aus ideologischen Gründen das Schloß abgerissen wurde, sondern die beiden Gründungskerne der Stadt bis auf wenige Reste bewußt vernichtet wurden, ist ein Dokument der Radikalität dieses Ansatzes, der nicht nur auf eine neue Gesellschaft zielte, sondern die Tradition

vieler sozialistischer Stadtideen für die neue Gesellschaft auch eine neue Stadt mit entwarf. Im Unterschied zu früheren Modellen geschah dies allerdings nicht auf der grünen Wiese, sondern auf den Gründungsmauern des mittelalterlichen Berlin. Wir haben uns bekanntlich von diesem Ansatz radikal abgewendet und das Prinzip des dialogischen Stadtbbaus zur Grundlage unserer Vorgehensweise gemacht. Während die inzwischen historisch gewordene Moderne den Abriß der alten Stadt voraussetzte und mit ihren Planungen bei einem angenommenen Nullpunkt begann, beabsichtigt das Planwerk Innenstadt, wie schon zuvor die kritische Rekonstruktion, den gesamten Bestand, auch den der Moderne, als Teil der Architektur und Baugeschichte einzubeziehen. Mit der durch Ergänzungen des Bestandes neu hinzugefügten auf den historischen Stadtgrundriß bezogenen Bebauungsschicht treten im Zuge der allmählichen Realisierung zwei unterschiedliche Stadt- und Gesellschaftsvorstellungen und Gesschichtsauffassungen in einen Dialog.

Diese Art der Modernisierung - so unsere These - schafft die für europäische Städte typische Mehrschichtigkeit, Mischung der Funktionen, Gleichzeitigkeit des Bestandes, unterschiedliche Epochen und die Wiedereinführung von historischer Kontinuität. An diesem Ansatz haben wir praktisch gearbeitet, an diesem Ansatz arbeiten aber auch Stadttheoretiker, Architekturkritiker usw. Für viele bedeutet der Ansatz dialogischer Städtebau offensichtlich ein ungestörtes Nebeneinander der unterschiedlichen Schichten. Geschichte ist aber kein Sammelsurium unterschiedlicher Ereignisse der Städtebaugeschichte. Jede Stadt hat einen historischen Text, der in Berlin vom Mittelalter bis in unsere Zeit reicht. Die Moderne hat diesen Text negiert, ohne daß ein neuer Text entstanden ist.

Am radikalsten bekannte sich Hans Scharoun in seinem 1946 vorgestellten Kollektivplan, der das ausdrückliche Ziel verfolgte, aus der kriegszerstörten Stadt eine neue Stadtlandschaft zu formen, die ausschließlich Stadtgeschichte ignorierte und sich der Naturgeschichte zuwandte.

Bei der heutigen Debatte geht es nicht nur um einen theoretischen Diskurs, sondern vor allem um Ziele der Stadtentwicklungspolitik und damit um Politik in der deutschen Hauptstadt.

Anders als Jürgen Leinemann in seinem Spiegelbeitrag von vor 14 Tagen sind die politisch Verantwortlichen von SenStadtUmTech nicht der Auffassung, die nationale Hauptstadt sei eine Fiktion.

## Acht Thesen zum Verhältnis von Stadt und Geschichte

### 1

Über größere Zeiträume hinweg läßt sich feststellen, daß das gesellschaftliche Denken einer Pendelbewegung folgt. Es bewegt sich zwischen den Polen „Geschichte“ und „Natur“ hin und her. Immer wenn eine Zeit des Historismus und der Vergangenheitserkundung überdrüssig wird, folgt eine Periode des Naturalismus und des Naturdenkens, entweder in Form der exakten wissenschaftlichen Beobachtung oder neuer künstlerischen Formerfindungen wie zuletzt in Jugendstil, Expressionismus und heroischer Moderne. Nach fast einem ganzen Jahrhundert wissenschaftlichem Fortschrittsdenken, künstlerischer Traditionsverachtung und politisch-gesellschaftlicher Selbstbegründung im Horizont des Naturdenkens scheint das Pendel jetzt zurückzuschwingen. Vor allem seit dem Verlust der ideologischen Systemspannung durch das Ende des Kalten Krieges schwindet der Glaube an weiterhin lineare Fortentwicklungen in die Zukunft. Deshalb kreist das Denken wieder um geschichtliche Kategorien, die künstlerisch als Postmoderne, politisch als Neokonservatismus und wissenschaftlich als Historiographie und Selbsterforschung bis hin zur Genese jeder einzelnen Disziplin auftritt.

### 2

Zum heutigen Zeitpunkt hat dieser quasi-natürliche Pendelschlag vom Natur- zum Geschichtsdenken eine besondere Dramatik angenommen, weil im Gegenzug ein wesentlicher Bereich der Gesellschaft ganz und gar anti-historisch, natural, selbststeuernd und autonom denkt: die Wirtschaft. Wir leben in der Blütezeit des Marktdenkens, der unsichtbaren Hände, der Deregulation und der Entstaatlichung, in der die radikale Verfolgung des Eigennutzes als Garant für die Erreichung des kollektiven Guten gesehen wird. Darauf reagieren diejenigen Bereiche der Gesellschaft, die nicht allein ökonomisch orientiert sind, geradezu überkompensierend und errichten Bollwerke aus Begriffen, Bibliotheken und auch Bauwerken, um der totalen Mobilisierung und Auflösung von Strukturen und Traditionsbeständen in handelbare Wirtschaftswerte zu widerstehen.

### 3

Dem naturalen Denken der Ökonomie und ihrem hemmungslosen Ressourcenverschleiß steht ein Geschichtsdenken gegenüber, das vor allem im Bereich von Kultur und Lebenswelt einen vergleichbar wachsenden Hungernach historischer Überlieferung entwickelt. Im Resultat sind sich beide Antipoden also gar nicht so unähnlich: Man kann geradezu von einem gewaltigen Geschichtskonsum sprechen, durch den immer mehr Menschen einen immer geringer werdenden Vorrat von gewachsenen oder künstlich akkumulierten historischen Gegenständen auzehren. Wenn man also das kulturelle Erbe oder die Traditionsbestände nicht rekultiviert, wird dieser Rohstoff bald genauso erschöpft sein wie die fossilen Ressourcen durch die Industrie. Auch wenn es etwas makaber klingt: Es stellt sich die ganz schlichte Frage nach erneuerbaren historischen Rohstoffen zur nachhaltigen gesellschaftlichen Bewirtschaftung.



Wie kann also eine Generation ihre eigenen Rohstoffe für den steigenden Geschichtsbedarf produzieren und gleichzeitig dafür sorgen, daß noch genug Stoff für die Nachkommen bleibt?

4

Nehmen wir in Berlin die aktuelle Berliner Debatte um den Palast und das Stadtschloß:

Hier hat der Förderverein mit seinen Wiederaufbauplänen ebenso Respekt verdient wie die Befürworter einer Palast-Rekonstruktion, weil sie einen Verlust an Geschichte wieder wettmachen oder aber verhindern wollen. Eine Replik des Schlosses würde in diesem Zusammenhang also die Erschließung einer vielleicht leistungsfähigeren, aber höchst kontroversen Energiequelle darstellen, ein Vorgang, den man, sagen wir, mit dem Bau eines Atomkraftwerks vergleichen könnte, das ebenfalls aus einem Mangel an natürlichen Ressourcen neue Versorgungswege erschließt. Nun verbieten die Risiken der Atomkraft jeden Vergleich mit Stadtbaufragen, aber die Dämonisierung der Wiederaufbaupläne in der Fachdiskussion und die helle Angst vor einem falschen historischen Wiedergänger-Bau lassen ahnen, daß es sich auch hier um einen überaus unheimlichen Vorgang handelt, dessen Langzeitfolgen als schwer beherrschbar angesehen werden. Daher stellt sich die Frage: Gibt es im Verhältnis von Stadt und Geschichte andere Energiequellen mit geringerem Beunruhigungspotential, breiterer Akzeptanz und größerer Nachhaltigkeit als die friedliche Nutzung von Geschichtskraftwerken in Form einer Rekonstruktion von Schlössern oder Palästen?

5

Zu diesem Zweck bieten sich zwei Arten von Umgang mit der Ressource Geschichte an: entweder der historisierende oder aktualisierende. Im ersten Sinne nannte Friedrich Schlegel 1798 den Historiker einen rückwärts gewandten Propheten, der nachträglich Ordnung in die Zufälligkeit der Zeitläufte bringt. Der nächste Schritt, die Gegenwart im Lichte der Vergangenheit zu sehen, kommt der aktualisierenden Perspektive schon näher. Vollends die Zukunft im Lichte der Vergangenheit zu sehen, das ist es, was ich als retrospektive Futurologie, als Extrapolation von Vergangenem ins Zukünftige, ja als Zeitmaschine fürs Volk, bezeichnen möchte. Es geht darum, ein historisches Bewußtsein zu entwickeln, das mit den Worten des Sozialphilosophen Arnold Gehlen die Fähigkeit besitzt, Ereignisse als epochemachende, also mit den Augen künftiger Generationen zu sehen. Auch wenn es nur eine Eselsbrücke des Denkens ist: Um zu wissen, wie die Entwicklung von heute bis in hundert Jahren sein könnte, bietet sich als exakteste Spekulation der Rückblick darauf an, was aus uns im den vergangenen hundert Jahren bis heute geworden ist.

6

Ich fasse zusammen: Der Pendelschlag des Geistes hin zu geschichtlichen Formen befördert einen immer größeren Konsum von historischen Gegenständen, der eine nachhaltige Bewirtschaftung erfordert. Dafür bietet sich eine nicht lediglich historisierende, sondern aktualisierende Perspektive an, die vergangene Entwicklungen auf ihre Tauglichkeit für die Zukunft abklopft. Nun herrscht allerdings im Universum der geschichtlichen Bezüge ein solcher Pluralismus, daß kaum zwei Menschen sich auf einen gemeinsamen Bezugspunkt einigen können. Und je schärfer der Streit um divergierende Perspektiven von Geschichte, Gedächtnis, Erinnerung und Identität wird -

Berlin ist je nach Gruppenzugehörigkeit wahlweise Hauptstadt der Monarchisten, Republikaner, Sozialisten, Nationalisten, Anarchisten, der Arbeiter- oder Häuserkämpfer -, desto mehr schrumpft der zeitliche Horizont zusammen auf schließlich nur noch un-hinterfragbare individuell-lebensweltliche Bezüge. Das ist ein historischer Minimalismus, der schließlich zu Behauptungen führt, daß nicht nur jede Generation, sondern jedes Lebensalter seine eigene, unhintergehbare Geschichte habe, die ebenso zu respektieren sei wie die große Gesellschaftsgeschichte. Das ist die andere Form von historischer Ressourcenerschließung, die Alternative zu den Geschichtskraftwerken wie einer Schloßrekonstruktion: die Alltagsgeschichte, die genauso schnell nachwächst wie selbstgezogenes Rapsöl.

7

So stellt sich die Frage nach dem gemeinsamen städtischen Schnittpunkt der großen Hof- und Staatsgeschichte - den Hoheitsbauwerken - und dem individuellen Minimalismus der eigenen Alltagsgeschichte von unten. Der selbstgezogene historische Alternativ-Rohstoff von Lebenswelt und Selbstbehauptung, die merkwürdig quälende Leidenschaft für „Brüche“, ist zwar harmlos und vertrauenswürdig, aber als kollektive Energiequelle nicht ergiebig genug, während Hoheitsbauten zwar historisierende Hochleistungskraftwerke sind, aber nicht genügend Vertrauen und Konsensfähigkeit besitzen.

8

Fazit: Die große Unzulänglichkeit der heutigen Orientierung an geschichtlichen Denkformen liegt in der Unvereinbarkeit vom Augenblicks- Minimalismus der Individual- oder Kleingruppengeschichte und den großtechnischen Systementwürfen wie Schloßrekonstruktionen, Masterplänen und auch Planwerken. Nie war die Gunst der geschichtsverliebten Stunde so groß, nach fast hundert Jahren Raubbau an den historischen Rohstoffen der Stadtgeschichte einen mittleren Weg der nachhaltigeren Bewirtschaftung zu finden, die auch den Nachkommen noch etwas zum historischen Verzehr übrig läßt. So kann das einzige Kriterium bei allen heutigen Stadtbau- und Planungsentscheidungen nur die Frage sein, ob sie der Verschleißwut der Ökonomie, der Willkür der Politik und den „Brüchen“ der Alltagsgeschichte gewachsen sind - ob sie also Aussichten haben, in dreißig, fünfzig oder hundert Jahren noch angenommen, verstanden und genutzt werden.

## Hauptstadtplanung als Medium einer städtischen Identitätsfindung - die Herausbildung einer neuen baulich-räumlichen Staatssymbolik in Berlin

### 1.-Einleitung

Der Umzug von Bonn nach Berlin stellte den bundesrepublikanischen Staat vor eine vierzig Jahre lang weitgehend ausgebliebene Aufgabe: die angemessene Neubesetzung einer Stadtmitte voller Räume und Bauten, die an die heikelsten Phasen deutscher Vergangenheit erinnern, J'a die Gesamtstadt ist von der politischen Geschichte eindringlich gezeichnet. In einem knappen Rückblick läßt sich festhalten: In Bonn hatte sich das Parlaments- und Regierungsviertel in einer spärlich bebauten Villengegend außerhalb der eigentlichen Stadt ausgebreitet, auf einer politisch gleichsam unschuldigen Fläche. Der Sitz des Bundespräsidenten, die Villa Hammerschmidt, und der Sitz des Bundeskanzlers Palais Schaumburg, beide um 1860 erbaut

*Abb. Palais Schaumburg*

verliehen der jungen Republik die Weihen althergebrachter herrschaftlicher Repräsentativität. Zwar gehörten in Bonn auch Kasernen der Nazizeit zur Erstausrüstung der provisorischen Hauptstadt

*Abb. bis heute wenig bekannt: im Stadtteil Hardtberg die Gallwitzkaserne als Herberge von BMWi, BGS und Beschaffungsstelle des BMI*

Dies wurde allerdings nie thematisiert, nicht durch architektonische Mittel im Auftrag der neuen Bauherren, auch nicht als Forderung einer kritischen Öffentlichkeit. Die Bundesrepublik hat bis in die 60er Jahre die offene Auseinandersetzung mit der Nazizeit geradezu systematisch gemieden.

Später, als die im deutschen Namen begangenen Verbrechen zum Thema wurden, als eine differenzierte Diskussion über ihre Bewältigung diskutiert wurde, war das wichtigste Betätigungsfeld der Hauptstadtplanung der Neubau.

*Abb. Egon Eiermann, Skizze des Langen Eugen*

Neubauten waren auch das Medium für das politisch-ästhetische Programm der Bonner Republik: eine Haltung der Nüchternheit, des peniblen Verzichts auf jede Geste des Pathos und der nationalen Größe. Durch gebaute Offenheit, Modernität und

Transparenz wurde erfolgreich die außenpolitische und militärische Zurückhaltung sowie die Westorientierung des deutschen politischen Establishments verkündet.

Allerdings wurde diese „westliche Linie“ Mitte der 80er Jahre offen in Frage gestellt, im Laufe einer unter großer Beachtung ausgetragenen Historikerdebatte wurde die Zäsur von 1945 relativiert, namhafte Persönlichkeiten (darunter Arnulf Baring) trachteten, Identifikationslinien in der Zeit 1871-1945 für die Bonner Republik herauszuarbeiten. Die außenpolitische Zurückhaltung der Bonner Republik und die zurückhaltende Behandlung der nationalen Identität seien ein Sonderfall, angemessen sei endlich eine „Normalisierung“. Nun werden ideologische Wenden nicht immer von städtebaulichen Produkten begleitet. In diesem Fall gab es doch ein bemerkenswertes Ergebnis: Bundeskanzler Kohl hatte 1985 als Teil dieser Offensive zur Etablierung konservativer Geschichtsdeutung der Stadt West-Berlin ein Deutsches Historisches Museum am Spreebogen "geschenkt" - ein umstrittener Vorgang mit einem für viele überraschenden, einprägsamen und umstrittenen ersten Preis, dessen Realisierung letztlich der Fall der Mauer verhinderte.

*Abb. 1988 DHM auf Spreebogen, Entwurf Rossi, ein collageartiges Ensemble der Zitate. Kritisiert durch Presse und Fachöffentlichkeit sehr stark das Pbaraonische der Entscheidungsfindung durch Kanzler Kohl beim Zugriff auf eine so exponierte Stelle.*

Der deutsche Einheitsstaat unterliegt nun nicht mehr den Auflagen der Alliierten; die Bundesrepublik besitzt heute eine uneingeschränkte Souveränität und tritt mittlerweile als eine europäische Macht auf. Die Bundesregierung versucht seit 1989, die außenpolitische und militärische Zurückhaltung der Bonner Zeit nach und nach rückgängig zu machen und zu einer „normalen Macht“ zu werden.

Daß diese Neuorientierung der Bundesrepublik in der Hauptstadtplanung eine Entsprechung finden würde, daß Großmachtansprüche in Anlehnung an frühere expansionistische Epochen der deutschen Geschichte zum dominanten Charakterzug der baulich-räumlich vermittelten politischen Symbolgebung werden könnte, war seit 1990 die verbreitetste Sorge in der politisch interessierten Öffentlichkeit und unter Fachleuten.

Eine Beurteilung der politischen Identität, die die Hauptstadtplanung in Berlin seit 1990 teils ausdrückt, teils prägt, entzieht sich indes einer einfachen Formulierung, einer griffigen Formel, Schon die Heterogenität der gewählten städtebaulichen Kulissen und die Vielfalt der formal-ästhetischen Sprache der übernommenen und der neu geschaffenen Bauten lassen prima vista das Bild einer schillernden Staatssymbolik entstehen. Aber auch eine vollständige Erfassung und formal-ästhetische Interpretation der einzelnen Bauten oder städtebaulichen Ensembles genügt freilich nicht, um die politische Identitätsbildung durch die Hauptstadtplanung näher zu bestimmen.

*Abb. Beispiel Bundesinnenministerium auf Bolle-Gelände*

Eine politische Symbolwirkung entfalten Objekte erst durch die Konstruktion eines Interpretationsrahmens, erst durch die gelungene Zuweisung einer Deutung, die sich im kollektiven Verständnis - auch als historisches Gedächtnis - selbständig reproduziert. Die Materialität der Hauptstadt ist mithin das Substrat, das erst durch eine gesellschaftliche Auseinandersetzung zum Träger mehr oder weniger klarer politischer Symbole wird. Eine Analyse der Bauten und ihrer Verortung ohne Berücksichtigung des konkreten Diskussions- und Entscheidungszusammenhangs könnte übrigens zu krassen Fehlinterpretationen verleiten, etwa beim Bundesministerium des Innern. Dessen Unterbringung in einem 14-geschossigen Gebäude könnte etwa verführen, über die Observierung der Bürger, über die Beherrschung der Civis von oben als symbolischer Aussage zu spekulieren - wo doch diese Entscheidung vor wenigen Monaten aus rein pragmatischen Gründen und gegen die Präferenzen des konservativen Bundesinnenministers getroffen wurde.

Bevor ich näher auf die zwei wichtigsten Schauplätze der Auseinandersetzungen um die neue bundesrepublikanische Hauptstadt eingehe, den Spreebogen und die Spreeinsel, möchte ich den Blick auf das Verteilungsmuster der zentralstaatlichen Funktionen insgesamt werfen:

*Abb. Hauptstadtplanung, Karte 1997. 'Neben der überwältigenden Konzentration von Verfassungsorganen auf der Spreeinsel, eine bemerkenswerte Streuung der Ministerien vor allem über das Alte Zentrum*

Zwei Positionen standen hier zur Diskussion. Seitens der Bundesregierung und auch des Bundestags:

die Bildung zusammenhängender Komplexe im Sinne der Erfordernisse der inneren Arbeitsorganisation bei der Verteilung im Stadtraum und bei der Entscheidung über Neubau oder Übernahme alter Bauten

Auf der Berliner Seite,

d.h. Senatsverwaltungen für Bau- und Wohnungswesen  
sowie Stadtentwicklung und Umweltschutz,  
die vielen beauftragten Gutachter,  
die lokalen Medien und  
die breite Fachöffentlichkeit aus Ost und West,  
Fachverbände wie Architektenkammer und Werkbund  
kaum die entmachteten Bezirke Mitte und Tiergarten

wurde die Position vertreten:

Es dürfe keine uneinnehmbare Festung Staat entstehen, der Bund müsse der Stadt ihren Raum lassen,  
der Staat soll sich nicht vor der Stadt absondern,  
sondern eine städtebauliche Integration vollziehen,

Ein Blick auf die Situation Mitte 1992 ruft in Erinnerung, was alles an Flächen der Bund für beanspruchbar hielt

*Abb. Flächen und Gebäude für Regierungs- und Parlamentsfunktionen, aus den Unterlagen der Auslobung für den städtebaulichen Ideenwettbewerb Spreebogen Juni 1992*

Auch wenn die Entscheidung von 1994, die Kosten für den Umzug insgesamt auf 20 Milliarden zu begrenzen, sicherlich eine wesentliche Restriktion für die Verwirklichung der opulenten Träume vieler Bonner Stellen war, läßt sich an verschiedenen Stellen belegen, daß die Berliner Seite etliche Härten der ursprünglichen Planungen verhindert hat. Einige Beispiele schon an dieser Stelle

1. Das Auswärtige Amt - das personalstärkste mit knapp 2 000 Beschäftigten in Berlin - hat sich weder in den Ministergärten noch auf der Spreeinsel niederlassen können
2. Der Bundespräsident belegt doch nicht den Bereich Kronprinzenpalais, (wie von Weizsäcker auf Vorschlag von Hassemer zwischenzeitlich angestrebt)
3. Der Pariser Platz blieb frei von zentralstaatlichen Funktionen
4. Die Gebäude der Reichsbank, des Reichsluftfahrtministeriums und des Staatsrates sind mittlerweile von Abrißbegehren befreit.
5. Verzicht des Bundes auf das Alte Stadthaus, das zu DDR-Zeiten der Sitz des Ministerrates war

Dies macht schon evident: Das nun sichtbare Gesamtbild der neuen Hauptstadt ist nicht allein das Werk der „Bonner“ Seite, sondern auch der „Berliner“ Seite.

## 2.- Das Erfolgskapitel Spreebogen

Der Spreebogen ist die Erfolgsgeschichte der Neuberliner Hauptstadtplanung. Dieses Areal ist das im Inland und im Ausland bekannteste Stück deutsche Hauptstadt, die Planung des Spreebogens war die zügigste, die Ergebnisse genießen auch die größte Akzeptanz durch das allgemeine Publikum und durch die Fachöffentlichkeit.

Zum Erfolg des Kapitels Spreebogen hat sicher die räumliche Leere beigetragen, die eine große Flexibilität bei der Suche nach einer neuen Bestimmung der politisch-symbolischen Gehalte erlaubte. Der Angelpunkt war hier das Reichstagsgebäude mit dem größten Wiedererkennungswert, einer bewegten Geschichte und mit einer widersprüchlichen symbolischen Bedeutungsgeschichte.

Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Vertrautheit der altbundesrepublikanischen Seite, speziell der Westberliner mit dem Ort. Seit den 50er Jahren währte hier eine Auseinandersetzung im Sinne einer virtuellen Hauptstadtplanung, seit Anfang der 80er Jahre ist gar ein kontinuierlicher Planungsprozeß zu beobachten

*Abb. Zentraler Bereich seit 1982. Beteiligte u.a. Volker Has-14*

*semer, EdvardJahn, Hans Stimmann*

Der vorhin angeführte Wettbewerb zum DHM war nur ein weiteres Glied der langen Kette von Planungswerkstätten und Konkurrenzen.

Auf dem Spreebogen war der Bundestag der Pionier; noch 1990 begann die Vorbereitung der Planung. Dabei gab es hier zunächst Bedenken wegen der historischen Last auf dem Reichstagsgebäude, nicht nur links von der SPD, sondern etwa auch beim sozialdemokratischen MdB Peter Conradi, einer der wichtigsten Gestalter der Hauptstadt Bonn. Solche Bedenken waren wohl der entscheidende Grund für das erste Reichstagskolloquium im Februar 1992, das noch im Vorfeld der Auslobung für den städtebaulichen Wettbewerb stattfand und dazu diente, sich diskursiv über die geschichtliche Deutung des Gebäudes zu einigen. Ausgesucht wurden hier Motive wie die Ablehnung des Reichstags durch den Kaiser und Hitler und Ereignisse wie die Ausrufung der Republik durch Scheidemann 1918 und der Appell Ernst Reuters an die Völker der Welt. Das Reichstagsgebäude war damit angenommen.

Das weithin angenommene, teilweise bejubelte Ergebnis vom 19. Februar 1993:  
*Abb. Schultes und Frank: Spur de Bundes quer über den Spreebogen und beidseitig über die Spree, prägnante Figur*

Verschiedene Fachleute wie Wolfgang Kil und Wolfgang Schäche haben die breite Zustimmung für Schultes vor allem auf zweierlei zurückgeführt:

Symbol demokratischer Verfassung - die demokratische Geste, das Volk erhalte das Recht, den Regierenden ins Augen zu blicken, dies durch Bürgerforum sowie durch Linearität und Einordnung des Bundeskanzleramts

Einheitsgedanke - Der Bund als das Verbindende zwischen Ost und West, gleichsam die gebaute Einheit

Verblüffend, daß eine dritte Argumentation, die hier gerade im Hinblick auf den Umgang mit der Geschichte nahe liegt, ja sich aufdrängt, kaum eine Rolle spielt: die Spur des Bundes als bewußte Gegenfigur zur Nord-Süd-Achse autoritärer bis faschistischer Provenienz.

*Abb. Machler 1920*

*Abb. Speer/GBI um 1940*

und die Anlehnung an Hugo Härings Ost-West-gerichtetes Forum der Republik aus den 20ern

*Abb. Häring 1927*

Die bisherige Umsetzung hat indessen:

15

*Abb. Spreebogen 1993*

die demokratische Geste dadurch beeinträchtigt, daß das Bürgerforum auf Eis gelegt ist sowie dadurch, daß die Einreihung der einzelnen Organe unter die Figur durch Kanzler Kohls Verlangen nach einer Aufstockung sehr in Frage gestellt wurde. Dann aber auch durch die absehbaren Sicherheitsmaßnahmen, die die Offenheit des Ensembles bereits jetzt als verlogen erscheinen lassen.

Bei näherer Betrachtung erscheint auch das Motiv der Ost-West-Verbindung als inkonsequent: Die ursprüngliche Ausdehnung der Figur brüskiert den Bestand auf der Ostseite durch die Fortführung über die Luisenstraße hinaus

*Abb. Spreebogen 1990*

Eine genauere Untersuchung des Vorgangs zeigt: Die Interpretation als Symbol der Deutschen Einheit stammt nicht von Schultes und Frank. Schultes hat diese Grundfigur aus formal-städtebaulichen Gründen bereits 1986 geschaffen - für die Bonner Museen!

*Abb. 1986, Entwurf für die Kunst- und Ausstellungshalle in Bonn*

*Abb. 1991 Nicht gebauter Entwurf für das Bürozentrum Hemmerichsweg, Frankfurt/M. Schultes mit Frank*

Was in den 90er Jahren als politisches Symbol der deutschen Einheit dargestellt werden sollte, war in den 80er Jahren als ästhetisch-urbanistische Grundidee entstanden.

Erst die Politik und die Medien haben aus der Spur des Bundes - so die Bezeichnung von Schultes und Frank - das Ost-West-Band oder die Ost-West-Spange gemacht. Wir haben es hier mit einem kollektiven Prozeß der Bedeutungszuweisung zu tun. Die Fixierung auf die Einheit als Angelpunkt der neuen bundesrepublikanischen Hauptstadt erwächst mithin nicht von selbst, aber sie ist auch nicht das Produkt einer finsternen Verschwörung, einer zentralgesteuerten Manipulation.

Reichstagsgebäude

Das Reichstagsgebäude ist nicht mehr politisch suspekt, es dürfte mittlerweile zu einem Sympathieträger geworden sein.

Das Reichstagsgebäude wird immer wieder in einen Zusammenhang mit der Deutschen Einheit gebracht, so bei der offiziellen Feier zur Dt. Einheit am 3. Oktober 1990

*Abb. Reichstagsgebäude am 3.10.90, Ansicht tagsüber 16*



Die Verhüllungsaktion von Christo und Jean Claude begann indes 1995 am 17. Juni, dem früheren Tag der Deutschen Einheit,

*Abb. Verhüllung, Ankündigungsbroschürchen*

Die Verhüllung des Reichstags wurde jedoch unerwartet für die meisten zu einem heiteren Kunsterlebnis, zu einem Gruppenerlebnis bar jeden nationalistischen Untertons. Die Verhüllungsaktion hat ein Festivalisierungspotential der nationalen Repräsentation offenbart, das die Anhänger herkömmlicher Herrschaftsdarstellung nachhaltig schwächte.

Dennoch versuchte der ehemalige Bundesbauminister Oscar Schneider explizit, die Rekonstruktion der alten Reichstagskuppel mit der Begründung durchzusetzen, es bestehe weiterhin ein Bedürfnis nach nationaler Identifikation. Er löste dadurch eine bizarre Kuppeldiskussion

*Abb. Kuppelstudien des Büros Foster*

Ihm gelang allerdings nur die Änderung der Kuppelplanung. Die nun im Entstehen begriffene Kuppel ist mitnichten rückwärtsgewandt, sondern liegt ganz im Trend der neueren Staatswerbung:

*Abb. Reichstag, Längsschnitt*

Sie wird für alle begehbar sein und ein unvergeßliches räumliches Erlebnis vermitteln. Sie wird auch zu besonderen Gelegenheiten atemberaubende Lichteffekte ausstrahlen und verkörpert von weither sichtbar auch ein anspruchsvolles Energiekonzept.

*Abb. Reichstag, geothermisches Energiekonzept*

Die bruske Entkernung des Reichstags ist oft und zu recht kritisiert worden, weil damit die Schicht der 60er Jahre, der im nüchternen Stil der frühen Bonner Bundesbauten gehaltene Umbau durch Paul Baumgarten schier ausgelöscht wurde.

*Abb. Entkerntes Reichstagsgebäude*

Zu kritisieren ist aber auch, daß dies den ökologischen Anspruch als verlogen erscheinen läßt. Die Nachhaltigkeitsdebatte läßt nicht so sehr hochgezüchtete Neubauten mit Ökokonzept als dringend erscheinen, sondern die ressourcenbewußte Umgestaltung des überlieferten baulichen Bestandes. Just dies ist hier nicht geleistet worden.

Bundeskanzleramt

Dezember 1994: Preisgericht mit zwei ersten Preisen, Entscheidung an Kohl weitergegeben.

*Abb. BKA Schultes und Frank Abb. Krüger,*

*Schuberth und Vandreike*

Der Bundeskanzler hat, sich der Begrenztheit seines Fachverstands wohl bewußt, eine größere Runde von Beratern aus Architektur, Verwaltung und Politik berufen, ohne allerdings Vertreter der Opposition miteinzubeziehen. Im Juni 1995 fiel eine einmütige Entscheidung für Schultes und Frank, eine bewußte Entscheidung für die nachkriegsmoderne Formensprache der letzten Jahre der Bonner Staatsarchitektur.

Zu den wichtigsten Aussagen des Vorgangs Bundeskanzleramtsgebäude gehört sicher die Feststellung, daß der Rückgriff auf Deutschnationales oder als deutsch national deutbare formal-ästhetische Ausdrucksmittel auch nach einem halben Jahrzehnt deutscher „Normalisierung“ nicht durchzusetzen gewesen wäre.

Wie grob zuweilen versucht wird, das Motiv der Deutschen Einheit als das dominierende Symbol der neuen Hauptstadtplanung durchzusetzen, und wie sehr andere Schichten der Historic dabei verdrängt werden, belegt die Rede von Helmut Kohl beim ersten Spatenstich für das neue Kanzleramtsgebäude: Mit keinem Wort ging er auf Geschichte des konkreten Ortes ein, weder auf eine der wichtigsten Stellen für die Vorbereitungen für den 1. Weltkrieg

*Abb. Militär-Generalstab der Armee 1914, noch auf das geplante Adolf-Hitler-Palais*

*Abb. Adolf-Hitler-Palais*

Einzig Bedeutungszuweisung von Kohls Rede vor der zahlreich erschienenen Presse aus dem In- und Ausland war hier - die Deutsche Einheit.

3.- Spreeinsel: Drei Versuche der Aneignung des Historischen Zentrums durch die alte Bundesrepublik

1. Versuch 1990: Erkundung der praktischen Eignung

Angesichts der unklaren politischen Deutung des Reichstags, hat die Bundesbaudirektion im Auftrag des Bundestages überprüft, ob nicht etwa die Spreeinsel der richtige Standort für den Bundestag sei. Massenstudien ergaben recht bald, daß - bei 300 000 m<sup>2</sup> BGF, 200 000 m<sup>2</sup> HNF - dies an dieser Stelle nicht stadtverträglich zu bewerkstelligen ist.

## 2. Versuch: ab 1992: die geschichtspolitische Landnahme

Anfang 1992 durch Kohl: Das Deutsche Historische Museum, sein erstes Projekt für eine Institutionalisierung des konservativen Geschichtsbildes, sollte in das Zeughaus Unter den Linden.

*Abb. Neue Wache, Zeughaus, Ölgemälde Wilhelm Brücke 1828 Abb.*

*Neue Wache 1935*

Im März 1993 wurde bekanntgegeben, daß Bundeskanzler Kohl einen Umbau der Neuen Wache (1816-1818, Schinkel) zur "Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland" verfügt hatte. Das Gebäude an der Straße Unter den Linden erhielt im Laufe des Jahres eine neue plastische Ausstattung im Innern

*Abb. aufgeblasene Pieta von Kollwitz*

und außen eine Texttafel, die mit dem Duktus der Zeit des Kalten Krieges "Krieg und Gewaltherrschaft" allgemein verurteilt, deutsche Kriegspolitik und Völkermord in diesem Jahrhundert als besondere Bezugspunkte heutiger deutscher Politik übergeht, Nicht allein der symbolische Gehalt und die gewählte Gestalt wurden kritisiert, sondern auch das Verfahren: Der Bundeskanzler hatte ohne öffentliche Diskussion die hochpolitische Frage des symbolischen Gehalts und der Gestaltung entschieden und daran auch festgehalten, als eine breite Öffentlichkeit dagegen empört protestierte. Entscheidend dafür, daß Kohl den politischen Widerstand hat brechen können, war die Zusicherung gegenüber dem Zentralrat der Juden Deutschlands, ein Holocaust-Denkmal werde als Teil der Hauptstadt errichtet.

*Abb. Berliner Dom*

Während die Neue Wache umgebaut wurde, fand einhundert Meter weiter die offizielle Eröffnung eines historischen Kristallisationsortes deutschnationaler Politik statt: Der Berliner Dom (1894-1905, Raschdorff), die Hauptkirche der Hohenzollern, wurde am 6. Juni 1993 wiedereingeweiht. Die Anwesenheit von Bundeskanzler Kohl an der Seite des Kaiserenkels Louis Ferdinand Prinz von Preußen beim Festakt löste breite Proteste aus, das ostdeutsche MdB Konrad Weiß erinnerte an die Auftritte "des deutschen Monarchen und der Herren Hindenburg, Hitler, Goring und Goebbels im Berliner Dom", an die "Hofpredigten, in denen Krieg, Deutschtum und Antisemitismus verherrlicht wurden". Die von Kohl und dem Regierenden Bürgermeister Diepgen in ihren Festreden lancierte und von den meisten Medien übernommene Sinnggebung verweist jedoch in eine andere Richtung: Der Dom wird zu einem Symbol der Wiedervereinigung umgedeutet.

Zwar liefern weder die Bau- noch die Wiederaufbau- (ab 1975 auf Initiative von Heinz Graffunder) noch die Nutzungsgeschichte des Kirchenbaues Anknüpfungspunkte für diese Interpretation, doch bietet sich für die konservative Ideologiestiftung der Berliner Republik im ehemaligen Staatsforum der DDR kein anderer wilhelminischer Bau an.

Der Erfolg dieser Vorhaben ist durchwachsen. Die Neue Wache hat viele politische Kosten verursacht und ist kaum als identitätsstiftend wirksam, das DHM hat sich etabliert, die Linie des Hauses wird aber von einer wachen Öffentlichkeit streng beäugt. Der Dom ist ebenfalls etabliert, aber seine ideologische Funktion ist wenig gefragt.

Am ehesten werden die ästhetische Gestaltung und die Texttafel der Neuen Wache wackeln. Ihre Umgestaltung erscheint mir unverzichtbar, spätestens wenn kein Holocaust-Denkmal zustande kommt.

3. Versuch, Altes Zentrum mit teilweise neuer Architektursprache und neuen Nutzungen zu besetzen (Sehr kursorisch, nicht Anhand der Diskussion Palast/Schloß)  
*Abb. Hassemer Mai 1991*

*Ansicht Spreinsel 1992*

Das Staatsratsgebäude und das Reichsbankgebäude sollten nach Plänen der Bundesregierung von 1992 abgerissen werden. Als die Präsidentin der Bundesbaudirektion Barbara Jakubeit sich als Gegnerin dieser Abrisse zeigte, hat die damalige Bundesbauministerin Schwaetzer sie übergangen und ein privates Büro (HPP) mit der Legitimation der Abrisse beauftragt.

*Abb. Friedrichstadt und Friedrichswerder mit Kennzeichnung des Staatsratsgebäudes, des Reichsbankgebäudes und des Reichsluftfahrtministeriums*

Dies löste die breiteste Protestwelle der Berliner Seite aus. Ein Gutachten im Auftrag der Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen lieferte die Grundlage für die rasche Umdeutung dieser Bauten und ihrer Anerkennung als erhaltenswerte und pflegewürdige Zeugnisse der Geschichte. Der Gemeinsame Ausschuß beschloß am 23. März 1993 offiziell, das Reichsbankgebäude und das Reichsluftfahrtministerium sollen stehen bleiben.

*Abb. Einladungskarte Reichsbank*

Das Reichsbankgebäude ist Gegenstand behutsamer Umbaumaßnahmen durch unter Kollhoff, die darauf hinaus laufen, vor allem die Schicht der 30er Jahre in den Vordergrund zu stellen und von der öffentlichen Diskussion angenommen wurden. Neben

der Umgestaltung des Gebäudes selbst erfolgt die Übernahme in die neue Zeit durch einen neuen Kopfbau. Der Architekturwettbewerb von 1996 ergab  
*Abb. Max Dudler 1. Preis Abb. Müller Reimann, 2. Preis. Gründe für*

*Beauftragung des 2.*

Das SRG wurde hingegen durch den städtebaulichen Wettbewerb Spreeinsel zur Disposition gestellt. Dementsprechend

*Abb. Niebuhr 2. Phase 11. Mai 1994.*

Dies inmitten einer Auseinandersetzung mit Schloß- und Palastfreunden, mit Protest der Fachöffentlichkeit. Mittlerweile wurde das historische Straßenraster als Begründung für den geplanten Abriß angegeben. Bis Anfang 1995 wurde vom Abriß Abstand genommen, aus drei Gründen,

Proteste der Fachöffentlichkeit  
Spardruck  
und Zeitdruck für Umzug

Am ehesten verkörpert Volker Hassemer den Politiker, der ein fertiges Bild der Hauptstadt hatte und durchzusetzen versuchte: die Überformung des historischen Zentrums mit zeitgenössischer Architektur auf dem alten Straßengrundriß unter Auslöschung der Schicht der DDR. Nach dem euphorischen Höhepunkt Spreeinselwettbewerb gescheitert.

#### 4.- Streulagen

*Abb. Bau- und Gartenanlagen von denkmal pflegerischem Interesse. 1995*

Die Ministerien sind fast alle ohne größere Diskussion, pragmatisch installiert worden. Die gründliche denkmalpflegerische Behandlung von Bauten recht unterschiedlicher Epochen läßt ein Ensemble entstehen, das als ein gar schmeichelhaftes Kapitel der neueren Hauptstadtplanung gelten darf. Weniger schmeichelhaft ist hingegen die Auslöschung von authentischen Zeugnissen der Deutschen Teilung

*Abb. verschwundene Mauer*

*Abb. abgerissenes Gebäude Dienstwohnung der Ständigen Vertretung der BRD in der DDR*

## Schlußthesen

A.- Die in Berlin neu entstehende baulich-räumliche Staatssymbolik ist wesentlich weniger homogen als die der Bonner Republik, das ideologische Programm unübersichtlicher: von der restaurativen Gedenksymbolik der Neuen Wache über die - vor Auslöschung der gebauten Geschichte nicht zurückschreckenden - Wiedervereinigungssymbolik, der gepflegten Pragmatik des Alsenblocks, der überlegten und klaren Aneignung von Zeugnissen ungeliebter Epochen, der ökologischen Innovation sowie der Festivalität des ephemeren Kunstwerks. Wir haben es mit einem breiten Spektrum an Symbolträgern und -Inhalten zu tun.

Das bestimmende Leitmotiv der Bundeshauptstadt Berlin ist indes nicht die Anknüpfung an die Preußenherrlichkeit, nicht das stilisierte Bild eines kriegslüsternden imperialistischen Deutschlands, aber auch nicht der Parlamentarismus, oder die Bürgerliche Revolution sagen wir von 1848, auch nicht 1918, sondern eine bald 200 Jahre alte Bekannte der europäischen Geschichte: die Deutsche Einheit als Vollendung einer nationalen Bestimmung. Dies stützt sich auf eine breite politische Basis.

Im Gegensatz zu einer Anknüpfung an Phasen der Machtpolitik läßt das Motiv der Deutschen Einheit die Deutschen als Opfer und nicht als Täter der Geschichte dieses Jahrhunderts erscheinen. Dies hat außen- und innenpolitische Folgen. Die Option für eine Symbolsprache, die anmachtpolitische Phasen der deutschen Geschichte erinnert, würde die Agenda der deutschen Außenpolitik belasten und etwa die Aufnahme in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als ständiges Mitglied schlechterdings ausschließen. Der Gründungsmythos Deutsche Einheit ist auch deshalb außenpolitisch funktional, weil er sich seit der Anerkennung der Ostgrenzen nicht nach außen richtet, abgesehen von den Vorstößen der Vertriebenenverbände und ihrer politischen Freunde.

Nach Innen ist das Symbol der Deutschen Einheit ein Mittel, auch die illiberalen Teile des Konservatismus zu integrieren. Für die seit 1982 in der Bundesrepublik regierende Union ist das Motiv der Einheit besonders günstig, gilt sie doch - immer noch - als die Partei der Deutschen Einheit. Auch sozialpsychologische Rahmenbedingungen befördern die Durchsetzung dieses Mythos, weil die meisten Bundesbürger, auch die Westler, die Deutsche Teilung oder die Überwindung der Teilung mit der eigenen Biographie in Verbindung bringen können.

Eines hat das Motiv der Deutschen Einheit allerdings nicht so geleistet, wie es erwartet wurde: die Integration der früheren DDR-Bürger. Dies hat damit zu tun, daß dem baulich-räumlichen Bestand der DDR oft mit Ignoranz, oft auch mit einer Haltung begegnet wurde, die an städtebaulichen Revanchismus denken läßt. Die Umsetzung der Linie der Deutschen Einheit hat sich bisher insbesondere außerstande gezeigt, mit der Spreeinsel fertig zu werden. Die städtebauliche Inkonsequenz des Hauptstadtmotivs Deutsche Einheit, die Negation des DDR-Städtebaus durch die Hauptstadtplanung, illustriert die Schwierigkeiten des deutschen Einigungsprozesses insgesamt.

Die alles in Allem gescheiterte Durchsetzung der rückwärtsgerichteten Linie ist auch mit der Schwäche des ästhetischen Programms der Konservativen zu erklären, die gespalten sind zwischen Historismus und zeitgenössischer Architektursprache. Preußen-Pathos und Hohenzollern-Solennität wirken schließlich mittlerweile eher schräg als feierlich.

Der Deutschen Einheit untergeordnet erscheint die als Allegorie der Demokratie und Weltoffenheit zu verstehende Westorientierung, die sich in Fortsetzung der letzten Phase Bonner Hauptstadtbaus mit dem Repertoire einer kultivierten zeitgenössischen Architektur ausdrückt sowie in der ebenfalls gewissenhaften Übernahme von Bauten vergangener Herrschaftssysteme-hierdeutlich über Bonn hinausgehend.

B.- Die Heterogenität des symbolischen Programms der neuen bundesrepublikanischen Hauptstadt ist auch das Ergebnis einer heterogenen Zusammensetzung der Protagonisten der jeweiligen Entscheidungszusammenhänge. Neben traditionellen Akteuren - hohe Politiker, angesehene bzw. etablierte Architekten und Stadtplaner sowie hohe Beamte der zuständigen Fachverwaltungen - agiert in Berlin eine anspruchsvolle Fachöffentlichkeit, die oft in der Lage ist, Ansprüche auf auch fachliche Legitimation von Städtebaupolitik durchzusetzen und auch Externe, etwa renommierte Fachleute aus anderen Teilen der Bundesrepublik zu mobilisieren. Die Pluralität der Akteure, etwa das Spannungsverhältnis zwischen der Bauverwaltung und der Stadtentwicklungsverwaltung, wird durch die starke Stadtöffentlichkeit potenziert, die schon vor 1989 in Ost und West eine ausgeprägte Sensibilität für harte Eingriffe entwickelt hat. Aktiv sind in Berlin ferner hochspezialisierte, professionalisierte Zusammenschlüsse von Kampagnen-Managern, aber auch den herkömmlichen westlichen Mechanismen der Interessendurchsetzung zunächst fremde, politisch als Außenseiter behandelte Gruppen von Ostberliner Bürgern. Insgesamt hatten wir es mit einem ausgeprägt diskursiven Vorgang zu tun. Selbst die halboffizielle Dokumentation der beiden großen städtebaulichen Ideenwettbewerbe schloß Stellungnahmen von Kritikern ein: Wolfgang Kil, Harald Bodenschatz, Dieter Hoffmann Axthelm.

Das derzeit entstehende Antlitz der Hauptstadt der Berliner Republik kommt durch ein Nebeneinander verschiedener Arenen fachlicher und politischer Diskussion zustande, das in dieser Weise in Bonn nie stattfand. Wo ein Akteur formal nicht gebunden ist und unerschrocken handelt, wie etwa der Bundeskanzler bei der Neuen Wache oder beim Deutschen Historischen Museum, kommen die Entscheidungen vor der Konstituierung der entsprechenden Arena zustande. Die frühzeitige Thematisierung des Palastes der Republik resp. des Schlosses durch inhaltlich argumentierende Gruppen hat hingegen eine politische Pattsituation entstehen lassen.

C- Mit dem bevorstehenden Umzug zentralstaatlicher Funktionen kündigt sich ein weiterer Schub von Bedeutungszuweisungen für den Symbolapparat an. Die Art und Weise der Inbesitznahme durch die neuen Nutzer ist noch offen, etwa ob die Stadt als Hinterhof der hohen Politik behandelt wird, oder ob die neuen Behörden sich als eine bereichernde Erweiterung der Funktionsvielfalt erweisen. Zu erwarten ist hingegen, daß die bisherige Akteurskonstellation sich verändern wird, daß die Bundesseite ge-

stärkt wird und daß die Felder abnehmen werden, bei denen die an Städtebau und Architektur orientierte Fachöffentlichkeit eine starke Stimme hat.

Unter diesen neuen Bedingungen werden zwei große Probleme angegangen werden müssen. Das erste: Solange das Bürgerforum auf dem Spreebogen nicht entsteht, bleibt das wichtigste deutsche Regierungsviertel räumlich-sinnlich in erster Linie ein Ort der Herrschaft. Das zweite Problem: Die Offenheit der Deutschen Frage in Gestalt des Bereichs Spreeinsel, das immerhin ehrliche, aber dennoch blamable Eingeständnis, daß die Gesellschaft es nicht vermocht hat, eine konsensfähige Lösung für den Umgang mit dem Erbe der letzten abgeschlossenen Phase der deutschen Geschichte zu finden.

#### *Abb. Freiraum*

Der Alternativorschlag von Bruno Flierl aus dem Jahre 1995 bleibt gültig, die Raumfolge zwischen Kronprinzenpalais und Fernsehturm zu einem Ort des Bürgers als Gegenstück zum Ort der Herrschaft am Spreebogen weiterzuentwickeln. Das wäre ein faßbarer Gewinn für die ganze Stadt,

Nicht abzusehen ist bisher, inwieweit sich die Wirksamkeit der Staatssymbole insgesamt in den nächsten Jahren verändern wird. Für einen Bedeutungsverlust könnte der Wandel der Kommunikationskultur führen, ebenso die Europäisierung von Staat und Gesellschaft - die europäische Einheit hat bislang jedenfalls nicht die ideologische Bindekraft der Deutschen Einheit entfalten können. Eine Durchsetzung rechtspopulistischer Politikmuster könnte hingegen jene Symbolträger in den Vordergrund treten lassen, die sich für nationalistische Zwecke eignen, etwa ein Bundeswehrgelöbnis vor dem Brandenburger Tor oder der Neuen Wache. Die Heiterkeit der neuen Hauptstadt der Bundesrepublik ist zerbrechlich.



## Podiumsdiskussion

(Redaktionelle Anmerkung: Bei dem nachfolgenden Text handelt es sich um eine Tonbandabschrift und keine schriftlichen Ausführungen der jeweiligen Redner. Dies ist bitte beim Lesen und evtl. Zitieren zu beachten. Danke.)

### Rudolf Schäfer

Ich möchte gerne überleiten zum Beitrag von Herrn Prof. Morsch aus Zürich. Er leitet dort das Institut für Denkmalpflege an der ETH Zürich. Er war vorher Jahre in Nordrhein-Westfalen Landeskonservator und er ist Mitglied des Berliner Landesdenkmalrates. Wir haben ihn besonders gern hier eingeladen und freuen uns, daß wir ihn gewinnen konnten, weil der Berliner Landesdenkmalrat in den letzten Jahren zu wichtigen Positionen und Punkten der Stadtentwicklung, insbesondere auch zum Planwerk ja nachdrücklich Stellung genommen hat. Es gab auch, wie Sie vielleicht wissen, eine kleine Kontroverse im Vorlauf zu dieser Veranstaltung über bestimmte erste Vorankündigungstexte, wo sich auch Mitglieder des Landesamtes und für Denkmalpflege und des Denkmalrates geäußert haben. Insoweit also haben wir hier einen weiteren Referenten, der die Stadt selbst kennt und gleichzeitig aber auch den Blick von außen bringt, um hier Distanz hineinzubringen.

### Georg Morsch

Ich hatte mir vorgenommen, mich hierfür drei Privilegien vor Ihnen zu bedanken, einmal eben als Vertreter des Landesdenkmalrates aus Zürich zu Ihnen zu kommen, zweitens ohne Manuskript und vorbereitetem Vortrag einige Bemerkungen machen zu dürfen und drittens an letzter Stelle zu sprechen, das heißt auf meine Vorredner auch ein wenig reagieren zu können. Und jetzt ganz unvorbereitet noch dieses vierte Privileg, vor einem Auditorium, das nun viel ruhiger ist, weil die Fahrräder richtig angeschlossen sind, zu sprechen, das macht meine Aufgabe einerseits leicht. Mit den anderen drei Privilegien ist es wohl nichts, denn Berlin wird Metropole und ist, wie die Bild-Zeitung heute plakatiert, hart im Antreten. Es soll hier kein Hochschuldiskurs geführt werden, lieber Herr Stimmann, und auch mit dem Titel dieser Veranstaltung Stadt-Geschichte oder meines kurzen Referates, Dialog zwischen Stadt und Geschichte, haben Sie mich natürlich wieder einmal - wie letztes Mal die Senatsbaudirektorin zum Thema: Stadt, Vaterland und Palast - in eine Falle gelockt, denn Sie wollen natürlich in der Tat keinen theoretischen, abstrakten Dialog, wie sie das ganz richtig gesagt haben, sondern Sie denken bei diesen beiden Begriffen Stadt-Geschichte alle an ganz konkrete Projekte. Wie sehr ich diese metropolitane Bevölkerung fürchten muß in ihren konkreten Verliebtheiten auf einzelne Projekte, habe ich eben in diesem Gebäude vor genau einem Jahr erfahren müssen, als ich dachte, mit der Rekonstruktion solle es doch nicht nur hier am Schloßplatz einmal ein Ende haben. Ich wage mich trotzdem vor Sie, meine Damen und Herren, weil mein Präsident, Herr von Butlar, mich dazu verdonnert hat und weil ein Denkmalpfleger das ja auch wohl muß. Ich bin nicht so schnell wie die Berliner. Ich habe einmal ein Semester 1961 hier studiert und bin dann schnell wieder ins heimische Rheinland zurück. Sie sind einfach zu schnell. Sie scheinen alle zu wissen, was Stadt und Geschichte bedeutet, auch was

Dialogstadt und Geschichte bedeutet, ich nicht. Ich muß mir klar machen, wer denn diesen Dialog führt. Wer spricht für die Stadt und wer spricht für ihre Geschichte? Wer verleiht der Stadt Worte, sind es Parteipolitiker, sind es Wissenschaftler, sind es alle Menschen, die hier ihren Lebensmittelpunkt haben, also Bürger, ist es die Tourismusindustrie (vom Festivalpotential wurde gesprochen)? Also ich muß mich diesem Thema ein wenig so nähern und meine, daß wenn Stadt und Geschichte ihre jeweiligen Wortführer finden, und es sind ja heutige Wortführer, die alte Stadt spricht nicht und die zukünftige Stadt spricht nur in unseren Vorstellungen, begründet natürlich, parteilich natürlich, manche wissenschaftlich abgeklärt, dann meine ich, müssen wir uns bemühen, allen Gehör zu verschaffen. Also natürlich auch der Firma, natürlich auch dem, der hier sein Shareholder-Value versucht zu realisieren, natürlich jedem einzelnen, natürlich allen Bürgern in Ost und West, die ganze Geschichte zu vernehmen. Ich stimme dem zu, was Sie sagten Herr Stimmann, eine europäische Stadt ist eine vielschichtige Stadt, und es ist vielleicht eben doch die Aufgabe eines Historikers daran zu erinnern, daß eben alle Geschichten und alle Schichten in einer solchen Stadt wahrgenommen werden sollten. Dann meine ich, daß davon - auch wenn man dem Planwerk im wesentlichen Grundaussagen zustimmt - in Berlin noch keine Rede sein kann.

Es erstaunt, mit welcher Schnelligkeit eine ganze Reihe von solchen Schichten abgehakt und für obsolet erklärt werden. Ich glaube nicht, Herr Senator, daß man tatsächlich schlußfolgern kann, daß wenn ein System obsolet ist, auch dessen Spuren als obsolet relativ leicht entfernt werden können, wie Sie in Ihren wichtigen Aussagen im Planwerk an einer Stelle formulieren. Ich glaube, wenn man das einmal auf seine Konsequenzen hin überdenkt, die Spuren obsoleter Systeme - man könnte weit zurückgehen und wir tilgen dann nur die Spuren des letzten obsoleten Systems -, dann sind die Konsequenzen für denjenigen, der ganze Geschichte, auch unbeliebte Geschichte, vielleicht zum Sprechen kommen lassen möchte, doch ein wenig erschreckend. Eine andere Schicht, vielleicht nicht aus politischen Gründen, manche sagen wohl, es erstaunt, mit welcher Schnelligkeit ein großer Anteil der Berliner Bürger bereit ist, die ganze Moderne, zum Teil sehr drastischen Wertungen, auf den Abfallhaufen der Geschichte zu werfen.

Wenn man, in der Schweiz sagt man zugewandter Ort, also als Freund diese Stadt wahrnimmt und diese Stadt liest und dann hört, daß zugunsten bestimmter Projekte ganze Schichten dieser Stadt nichts Wert sein sollen, es ist ja nicht nur die Scharoun-sche Philharmonie und das Kulturforum, es ist ja die gesamte Berliner Moderne, die zum Teil - im letzten Jahr war das sehr deutlich - als ein Nonvaleur dargestellt wird, wundert sich derjenige, der gleichzeitig mit dem Anspruch auftritt, alle diese Schichten wahrzunehmen. Denn das Schlimmste ist - was derjenige, der sich mit der Geschichte der Stadtplanung und auch mit der Geschichte der Denkmalpflege, die dafür ein gutes Gedächtnis hat und auch ein reiches Gedächtnis hat, sich vorstellen und erleben konnte -, daß nur sehr wenige Denkmalschichten akzeptiert werden und daß diese sehr wenigen Denkmalschichten von und nur für wenige oder einen Ausschnitt der Beteiligten akzeptiert wird und dann für sehr eindeutige, sehr schnelle Zwecke in Dienst genommen wird. Das ist nicht nur ein Schreckgespenst aus diktatorischen Möglichkeiten, sondern das durchzieht die Geschichte der Denkmalbenutzung immer wieder, so daß hier vielleicht doch eine kleine Warnung angezeigt wäre.

Also alle Denkmalschichten kennen und schützen, alle Beteiligten in diesem Erkenntnisprozeß als Rezipienten kennen und schützen und auch zum Sprechen bringen, keine historischen Zeugnisse mit einer aktuellen, eindeutigen Aussage in Dienst nehmen, so sehr wir uns auch zur Unparteilichkeit verpflichtet fühlen, wir können die Zeugnisse der Geschichte immer nur sehr eingegrenzt, sehr sporadisch lesen, dafür erhalten wir sie ja, damit sie als Zeugnisse von Menschenmöglichkeiten auch später ganz anders befragt werden können, jede getilgte Spur dieser Zeit macht uns einfach an freiheitliche Möglichkeiten anders. Und das alles, sagen wir, hat auch die Denkmalpflege jetzt seit zwanzig Jahren sehr intensiv gesagt, zugunsten der Identität. Diese Identität - ich komme gerade aus Thüringen und habe erlebt, wie ein kleinerer Flächenstaat diese Denkmäler wegen seiner Identität pflegt, aber durchaus natürlich auch in einer Leistungsschau für sich vereinnahmt - spielt hier in Berlin, wie ich gehört habe, ja eine besonders große Rolle. Nicht die Rolle, die jede Denkmalschicht in einer solchen Neuformierung einer Stadt alleine schon spielen müßte, sondern auch, weil diese Stadt sich mit der Aufgabe konfrontiert sieht, wie sie sich zum Teil auch selber in einer besonderen Weise stellt, Identität für ein neues staatliches Gebilde darzustellen. Und hier fällt dem Beobachter von außen, der aber doch manchmal drinnen ist, natürlich die große Schnelligkeit und die große anscheinende Sicherheit der Aussagen zugunsten dieser Identität auf. Ich glaube, daß diese große Sicherheit, die sich natürlich - das ist kein Hochschuldiskurs, ich habe diese Warnung vernommen - in planerische und bauliche Schritte umsetzen muß, ich war lange genug in der Praxis, aber eine Sicherheit, die natürlich dann auch über ein gewisses vermeidbares Maß an Spurentilgung glaubt hinweggehen zu können.

Ich glaube aber, daß wir - da bin ich Herr Mönninger für das Stichwort der Nachhaltigkeit dankbar - mit der Identität, die eben sehr flexibel ist, die sehr in Dienst zu nehmen ist, die ein sehr bewegliches Stichwort ist, die Denkmalpflege hat, wie ich schon sagte, nicht nur zwanzig Jahre Erfahrung mit diesem Stichwort, sie hat auch zwanzig Jahre Erfahrung mit dem Mißbrauch dieses Stichwortes. Wer sich ein ganz klein wenig auch in dieser Stadt mit der Denkmalpflege und ihren Schwierigkeiten der Stadtplanung, der stadtplanerischen Denkmalpflege und ihren Schwierigkeiten auskennt, weiß, wie sehr eben diese Identität sehr willfährig zitiert wird, um allgemeine historisch aussehende Verhübschungen zu rechtfertigen. Ich glaube, wir müssen in der Tat das Thema der Nachhaltigkeit dazunehmen. Dann meine ich, daß wir es nicht nur darum zu tun haben, neue Ressourcen zu stiften, die möglichst lange halten, also zum Beispiel eine besonders große Plastik von Käthe Kollwitz, sondern daß es eben darum geht, die Ressourcen, die wir haben - das ist ja die Definition von Nachhaltigkeit - nachhaltig zu bewirtschaften. Ich glaube, das sind nicht nur die Objekte aus Stein und Holz, Dreck und Kalk, sondern es ist eben auch das in Jahrzehnten in dieser Stadt nach dem Krieg ganz unterschiedlich, das macht Ja Berlin so unglaublich faszinierend kontrovers, aber auch spannend, diese Vertrauensverhältnisse genauso nachhaltig zu bewirtschaften wie die Bauwerke, die Strukturen, die Stadt, auf die sich diese Vertrauensverhältnisse richtet. Ich glaube, diese Nachhaltigkeit würde zum Beispiel - über alle Aktivitäten auf diesem Gebiet bin ich natürlich nicht informiert - bedeuten, alle Interessensbekundungen auch politisch unterschiedlich gestimmter Bürger nicht absolut zu nehmen, aber zu bemerken als ein sehr großes, kostbares, nachhaltig zu bewirtschaftendes Gut, in das einzugreifen einer außerordentlich hohen

Beweislast unterliegt. Das heißt, eine Beweislast, die Enttäuschungen, Störungen dieses Vertrauensverhältnisses möglichst versucht zu beweisen. Die Identität, die Berlin zu übernehmen hat und die es offenbar sehr gerne übernimmt, nicht nur städtebaulich und architektonisch, sondern ja auch psychologisch, ist, wie Sie alle wissen, natürlich mehr als die Identität nur einer Metropole. Es soll eine Identität eines ganzen Volkes sein. Manchmal werde ich angesichts der Vollast dieser Identitätsübernahme als liberaler Rheinländer westlich des Rheins ein bißchen unsicher. Vielleicht läßt sich ein Teil dieser Identität auch außerhalb von Berlin tragen. Auf jeden Fall erschreckt mich das Tempo, mit der diese Identität umgesetzt wird. Es verwundert mich - ich bin sehr undiplomatisch, aber es kommt jetzt auch schon nicht mehr darauf an -, meine Damen und Herren, zum Beispiel, daß innerhalb der westeuropäischen Nachrichtensendungen nur in den deutschen Medien von der Hauptstadt gesprochen wird, nicht in Italien, nicht in Frankreich, nicht in den kleinen Flächenstaaten. Von Berlin wird also von der Hauptstadt gesprochen. Das sind kleine psychologische Ansätze, die ich gedacht habe, weil das ja eine Informationsveranstaltung ist, darüber könnten wir uns einmal unterhalten und vielleicht sogar streiten. Damit möchte ich diesen Platz bereits räumen. (Beifall)

### **Rudolf. Schäfer**

Wir haben jetzt drei sehr unterschiedlich ansetzende Beiträge gehört. Es gibt gewisse Schnittmengen und Überschneidungen. Herr Morsch hat eben den Begriff der Nachhaltigkeit als einen solchen zwischen Herrn Mönninger und seinem eigenen Ansatz genannt. Das Festivalisierungspotential, das Herr Welch Guerra kurz mit der Reichstagsverhüllung hier aufblitzen ließ, war sehr verwandt, nach meinem Eindruck, mit den Großkraftwerken, die Herr Mönninger hier als historische Ressourcen, quälende Maschinen nicht installieren wollte, aber uns zumindest vorgestellt hat. Aber ich denke, wir müssen jetzt in der Diskussion zunächst einmal die Beiträge so wie sie sind debattieren und dann erst versuchen, die Bezüge im weiteren näher herzustellen. Ich bitte um Meldungen und Beiträge.

### **HansStimmann**

Ich hatte gedacht, wir sind schon weiter in der Debatte. Ich habe eben vorgetragen, daß wir genau das machen, was Sie fordern. Jede Schicht bewahren. Im Unterschied zu allen Leuten, die vor uns gearbeitet haben, allen Leuten, sowohl in der DDR als auch im Westen machen wir jedenfalls innerhalb dieser Planwerk-Debatte und auch schon vorher sagen wir: Sowohl die Schicht der West-Berliner Moderne als auch die DDR-Schicht soll als Schicht bewahrt werden im Sinne von nachhaltiger Stadtentwicklung, und zwar im historischen, politischen, kulturellen, aber auch im materiellen Sinne. Deswegen ist Hellersdorf und Hohenschönhausen, all die Geschichten, die in Frage gestellt wurden, genauso wichtig wie der Fischerkiez. Und seien sie noch so grausig manche dieser Produkte. Natürlich gilt das erst recht für das Kulturforum. Niemand hat irgendwie etwas Negatives gesagt über die Philharmonie und alle diese anderen wunderbaren Gebäude, die dort herumstehen. Wir haben immer gesagt: Alle Schichten sollen bewahrt werden. Was wir eingeführt haben mit dieser Schicht

dialogischer Städtebau ist, es soll nicht bewahrt werden, es soll nach Rückwärts gegangen werden auf den Stadtgrundriß, um diese vernichtete Schicht wieder sichtbar zu machen, wieder erfahrbar zu machen, um Kontinuität herzustellen, es soll etwas Neues hinzugefügt werden und dann daraus ein Dialog entstehen. Wenn Sie jetzt hier sagen, wir vernichten da irgendetwas, das ist irgendwie eine Position, die hat niemand, bisher jedenfalls, von der offiziellen Seite vertreten und in keinem unserer Pläne ist es auch so dargestellt. Alle Pläne bewahren ja die DDR-Geschichte und auch die West-Berliner Geschichte in der Lietzenburger Straße. Worum es ging - das habe ich hier noch einmal zuzuspitzen versucht - dieser Dialog kann keine Addition sein. Eine Stadt ist kein Sammelsurium oder früher habe ich mal gesagt, eine Stadt ist keine Bildersammlung aus verschiedenen Geschichten, sondern die Stadt hat auch das Recht darauf, sozusagen als Ganzes wahrgenommen zu werden. Deswegen war mein Plädoyer zur Politik. Da muß sich Politik auch entscheiden, welche Bedeutung haben einzelne Schichten? Darüber streiten wir. Es gibt Leute, die sagen die DDR-Moderne und der Scharoun ist so wichtig, daß jede Hinzufügung, jedes Rückwärtsgehen schädlich ist und nach Vorwärtsgehen sowieso. Wir sagen, diejenigen, die das Planwerk theoretisch vertreten, die im dem Stadtgrundriß liegende Geschichte unter Pflaster, die ist mindestens genauso wichtig wie die DDR-Geschichte. Dieser Dialog muß deswegen auch unter dieser Prämisse geführt werden. Das ganze soll aber nicht eben Addition, sondern es soll wieder geliebte, gewollte, auch von den Laien verstandene Stadt werden, also nicht nur ein Lehrbuch für Städtebau, Forscher, die sagen, das ist die DDR-Schicht, dann einen Meter weiter kommt die Schicht davor und dann kommt die neue Schicht, so ist nicht Stadt. So kann auch eigentlich die städtebauliche Denkmalpflege und Denkmalpflege sich nicht verstehen, einfach nur im Bewahren, sondern es muß ja auch eine Werthaltung sein. Und das vermisse ich. Wenn Ihnen alles gleich Wert in der Geschichte ist, dann nehme ich Ihnen das einfach nicht ab. Das können Sie auf irgendeinem Podium vertreten, aber wenn Sie privat sich äußern würden oder durch Ihre materiellen Handlungen sich äußern würden, dann würden Sie sicherlich auch Wertsetzungen machen und daraus natürlich auch Konsequenzen ziehen. Das versuchen wir mit dem Planwerk. Also noch einmal meine Bitte, sozusagen die Antwort zu geben, auf dem Niveau der Fragestellung, die wir selbst aufgeworfen haben, nachdem wir jetzt ja eineinhalb Jahre so relativ konkret diskutiert haben. (Beifall)

### **Georg Morsch**

Ja, also zunächst einmal bin ich natürlich nicht hier Herr Stimmann, um jetzt - dazu kenne ich Ihre Arbeit auch viel zu schlecht, obwohl ich versuche, mich da einzuarbeiten und wir ja auch gute Gespräche führen - irgendwie ein Statement gegen bestimmte Züge der offiziellen Planung von Berlin zu verfassen, sondern mich interessiert, wie in der Stadt über die jetzige Phase der Stadtbildung und der Stadtwerdung diskutiert wird. Das ist mein Thema. Vielleicht bin ich auf der falschen Hochzeit, dann höre ich nur noch zu.

In dieser Situation, glaube ich, sind die Äußerungen in der Presse von Interessenten, sind die Äußerungen von auswärtigen Investoren in den Schloßplatz zum Beispiel für mich genauso interessant, als Diskussionspartikel nicht unbedingt, manchmal wohl,

so handlungsmächtig wie Ihre Arbeit, von der Sie ja wissen, daß ich sie schätze. Aber auch in dem was Sie sagen, Herr Stimmann, muß man dann die Bilder suchen. Nicht wahr, wenn Sie sagen 'Wir wollen nicht schiere Addition' oder wenn dem Vernehmen nach Hoffmann-Axthelm, ich muß den Text aber dann noch richtig lesen, sagt, wir Denkmalpfleger seien furchtbare Positivisten, die eben wertfrei die Dinge sehen. Sie dürfen mich der eingeschränkten Wahrnehmung bezichtigen, Herr Stimmann, und Sie dürfen mich auch der Nichtaktualität der jetzigen Diskussion bezichtigen, aber was Sie nicht sagen dürfen, das tue ich auch nicht, ist, das nehme ich Ihnen nicht ab. Als Denkmalpfleger und Historiker meine ich, daß es eine bestimmte Aufgabe ist, alle diese Schichten einmal auf ihre Wichtigkeit, ihre Aussagekraft und auch ihre Brauchbarkeit, ihre Wiederverwendung, und zwar nicht nur plangeometrisch, das ist aber kein Vorwurf und keine Unterstellung, sondern natürlich auch für die künftige Biografie einer Stadt zu untersuchen. Dann meine ich, nicht von Ihnen, aber in dieser Stadt Äußerungen zu bestimmten historischen gehört zu haben, die leichtsinnig mit diesen Schichten umgehen. Wenn wir in diesem Leichtsinne einig sind, freut mich das. Aber ich habe in dieser Stadt - zum modernen Erbe der Weimarer Zeit zum Beispiel, aber auch zu dem Wiederaufbau der fünfziger Jahre in dieser Stadt - Sichten gehört, die ich als Historiker und als Denkmalpfleger, der die historische Einsicht dann in Erhaltungskonzepte mit den zukünftigen Konzepten der Stadt integrieren möchte, sind die Sichten, die ich so nicht unterschreiben kann. Natürlich sind wir nicht aufgerufen, eine schiere Bildersammlung zu produzieren, aber ich kenne sehr viele Fälle, sehr viele Formen von Stadtplanung, von Stadtpolitik, die in der Lage ist, außerordentlich viele Bilder in Stadtkonzepten zu integrieren. Das ist etwas sehr Einfaches, was ich da sage, aber das mindestens habe ich damit gemeint.

### **Volkmar Strauch:**

Also ich will die Diskussion dazu nicht wahnsinnig vertiefen. Ich denke, wir sind tatsächlich vielleicht ein paar Schritte weitergekommen. In der Bearbeitung des Planwerks hat sich glaube ich gezeigt, daß tatsächlich dialogisch versucht wird, die verschiedenen Schichten zu erhalten. Aber was allerdings weiterhin störend ist, Herr Stimmann, Sie haben es heute auch wieder gesagt, ich habe es mir ziemlich wörtlich mitgeschrieben: 'Die Moderne hat den historischen Text negiert, ohne daß ein neuer Text entstanden ist.' Und das ist ein Urteil über immerhin jetzt, nehmen wir mal ab den zwanziger Jahren, über siebzig Jahre von baulicher Geschichte, die Sie jetzt nicht wegradieren wollen, aber das ist natürlich eine sehr, sehr starke Wertung, die natürlich dann auch diese Schichten der Stadt entsprechend nachrangig behandelt im dialogischen Umbau, wenn Sie nicht sehr starke Gesprächspartner haben, die Sie davon abhalten, Ihre Wertung, die Sie da zum Ausdruck bringen, auch sehr stark dann umzusetzen. Das ist ja in den Planwerkstätten auch teilweise ganz gut, wie ich meine, geschehen. Aber ich finde solche Äußerungen, die Sie heute wieder gemacht haben, nicht hilfreich für ein dialogisches Weiterentwickeln der Stadt, weil es eben doch einen ganz starken Hänger hat. Natürlich muß man akzeptieren, daß jeder, der sich damit beschäftigt, die eine oder andere Schicht mehr mag als die andere. Das ist ja völlig in Ordnung, aber es ist mir eben doch etwas zu happig. Die eigentliche Frage, die ich habe, ist eine Frage an Herrn Welch Guerra. Herr Welch Guerra, Sie haben gesagt zu den Umbauten, die jetzt nach der Vereinigung entstan-

den sind, die seien alle sozusagen geprägt durch das Bild deutsche Wiedervereinigung. Damit ginge einher, die Deutschen könnten sich so als Opfer einer langgewährten Teilung darstellen. Es klang so ein bißchen durch, das sei eigentlich ein bißchen bedauerlich, weil damit sozusagen die negative deutsche Geschichte im Bewußtsein und Selbstverständnis der Berliner Bevölkerung nicht hinreichend da sei. Da hätte ich gern etwas mehr von Ihnen zu gehört.

### **Max Welch Guerra**

Ich habe betont, es ist ein schillerndes Bild. Das Motiv der Deutschen Einheit ist das Motiv, das am stärksten sich durchgesetzt hat, aus verschiedenen Gründen, zum Teil von oben, zum Teil aber auch von unten, ganz spontan. Es entspricht auch einer konkreten historischen Situation. Das ist nicht erfunden. Das Wort Mythos bedeutet auch nicht Lüge, sondern Erzählung, die Gründungserzählung, genauso wie es eine Gründungserzählung gibt für die Stadt Rom zum Beispiel. Das Bild ist selbstverständlich schillernd und vielschichtig. Ich mußte leider einen Teil überspringen. Ich denke zum Beispiel, daß die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte am Fall des Reichsbankgebäudes doch sehr respektabel ist und interessant, unabhängig von Wertungen über Ästhetik. Und inwieweit es erlaubt ist, Zeichnungen abzugeben, die Bauten entstehen lassen, die gar nicht existieren. Es ist doch so, bei dem Kopfbau für die Reichsbank ist das eine Fortführung, so sehe ich das, der städtebaulichen, architektonischen Linie der Bonner Hauptstadt. Das ist die Offenheit. Es wird zum Beispiel immer wieder betont seitens der offiziellen Verantwortungsträger, dieser Kopfbau von Müller & Reimann habe vier unterschiedliche Seiten, diese Vielfalt, diese Offenheit. Und es wird immer auch in den Zeichnungen der Blick nach außen gezeigt. Das sind auch nicht zufälligerweise die Stellen des Ministeriums, die für Öffentlichkeitsarbeit und für Publikumsverkehr vorgesehen sind. Das ist zum Beispiel ein exponierter Fall, der Weiterführung einer ganz anderen Linie, die mit der Deutschen Einheit in dem Sinne nichts zu tun hat. Problematisch ist dann vielleicht eher die Tatsache, daß diese Straße geschlossen oder gesperrt wird, daß eine Tradition seit den Dreißiger Jahren fortgeführt wird, der Verstaatlichung eines Stückes Altstadt. Aber die Deutsche Einheit ist nicht überall vorhanden. Das ist ein dominierendes Symbol und ich bedauere selbstverständlich nicht die Deutsche Einheit, ich bedauere es aber, daß diese Motiv dazu dient, die Gewichte zu verschieben, das Geschichtsbild doch etwas zu verändern und den Bezugspunkt für ganz konkrete Entscheidungen und zum Beispiel für die Legitimierung sagen wir eines militärischen Eingriffs Kosovo, ein Präventivschlag oder dergleichen, was diskutiert wird, das sieht man natürlich unter ganz anderen Augen, wenn ich den Beginn der Geschichtsphase, auf die ich mich zu beziehen habe in der Bundesrepublik, erst mit dem Jahre 45,49 oder 61 ansetze. Darum geht es mir, um die politischen Folgen. Aber es ist keine einheitliche Linie, es ist nur die dominierende Linie. Ich frage mich auch, was für eine Halbwertszeit das haben wird. Diese unmittelbare historische Erfahrung vergeht. Was sollen in zwei Generationen, in drei Generationen die jungen Leute zum Beispiel an politischen Inhalten von dieser Deutschen Einheit haben? Ich denke, es werden zum Teil ganz andere Diskussionen aufkommen. Es gibt zum Beispiel, damit komme ich zum Schluß, ein Spannungsverhältnis zwischen der kulturellen Identität der Bundesrepublik, so wie sie sich

auch in Berlin durch die Hauptstadtplanung darstellt, und dertatsächliche...  
(Bandwechsel)

### **Susanne Wilhelms**

Ich bin Historikerin an der Universität Bochum. Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Welch Guerra. Diese bezieht sich auf das, was Sie die Erfolgsgeschichte der Berliner Hauptstadtplanung im Spreebogen genannt haben, die international beachtet worden sei. Sie haben als Bedingung und als Grund für diese Erfolgsgeschichte die vorhandenen Freiflächen, die den Planern eine größere Flexibilität erlauben, benannt. Mein Eindruck ist, daß Stadt nicht nur gebaute Geschichte ist, sondern daß es auch mal vorkommen kann, daß eine Freifläche viel mehr von der Geschichte der Stadt sagt. Ich wüßte gerne, ob Sie einmal geprüft haben - sonst muß ich es selber tun -, ob die Freiflächen deshalb vorhanden sind, weil seit 1938 in genau diesem Bereich, veranlaßt durch den Generalbauinspektor Speer, umfangreich abgerissen worden ist, um genau diese monumentale Halle des Volkes und all dies zu errichten und ob die Aufmerksamkeit der Stadtplaner vielleicht und auch der Architekten deshalb nicht dies nicht wahrgenommen hat als Problem für Stadt und Geschichte, weil eben keine baulichen Erinnerungen da sind, sondern Freiflächen, daß aber sehr wohl der soziale Verdrängungsprozeß, der dem folgte, Bedingung war genaugenommen für den Abriß in den Blick genommen werden mußte? Das war in diesem Fall seit 1938 bis einschließlich der Deportationen in den Jahren 1941/42, die Wohnungslosigkeit und die Deportation der Berliner Juden. Wie paßt das zu der von Ihnen referierten Erfolgsgeschichte der Planungen im Spreebogen?

### **Michael Mönninger**

Ich habe mich ja bei meinen acht Thesen in der Einführung bewußt ganz dumm gestellt, um jenseits von Geschmacksfragen oder von politischen und ideologischen Besetzungen und von Symbolfragen die Frage aufzuwerfen, welche erheblichen Zukunftsbindungen heutige Entscheidungen haben können. Jetzt rutschen wir so wieder ins ganze weiche Thema hinein, welche Symbolik, und wir hören jetzt, daß die Regierungsspanne vom Bürogebiet Frankfurter Hemmerigsweg herkommt, während der Vorbau des Außenamtes von Müller & Reimann die schöne Bonner Tradition fortführt, während es in Wahrheit die Transformation eines Krankenhauses aus Buch ist, wie ich gerade im schönen Buch über Berlin und seine Bauten las. Also da können wir wirklich wahnsinnig viele Signifikanten mit irgendwelchen Signifikaten füllen. Da sind wir im Journal des Luxus und der Moden gar nicht begrenzt. Können wir nicht die Frage ein bißchen enger zusammenzurren? Es geht doch wirklich darum, daß die Berliner Mitte sowohl im Westen wie im Osten nach heftigen historischen Verkehrsunfällen ausgeheult oder renoviert oder irgendwie doch weiterhin benutzbar gemacht werden muß. Wenn ich jetzt alle Neutralität einmal beiseite lasse, es gibt in dieser Stadt große Gebiete, sowohl im Westen als auch im Osten, wo ich nicht einmal tot über dem Zaun hängen möchte (Gelächter). Das ist doch eine Frage der alltäglichen Nutzungsqualität als auch der historischen Position. Diese ganze dumme Frage der Nachhaltigkeit oder diese Metapher des fossilen Ressourcenvorkommens muß man doch wirklich praktisch stellen: Was passiert mit diesen großen Hervorbringungen der



letzten fünfzig/siebzig Jahre, wenn eines Tages jetzt mal die ganzen Kanäle zuge-  
dreht werden, wenn die Fernwärme zum Beispiel für den Sozialpalast oder die Fi-  
scherinsel nicht mehr funktioniert, kann ich im 17. Stock auf der Fischerinsel einen  
Kanonenofen aufstellen?

Gut, Sie werden die Antwort auf die Frage erwarten können. Natürlich kann ich dem  
geliebten Moabiter/Weddinger oder Wilmersdorfer Altbaubestand, wo die Öfen noch  
stehen, besser leben, das hat ja Herr Hoffmann-Axthelm auch zum geschichtsphiloso-  
phischen Tatbestand erklärt. Aber was ist die dauerhafte Nutzbarkeit, wenn wir  
heute sagen: Die Geschichte der Moderne, Herr Morsch, ist zu bewahren. Was ist  
denn in dreißig Jahren, wenn die großen Versorgungseinheiten des Sozialstaates  
oder der öffentlichen Subsidiarität und der hochfinanzierten Aufrechterhaltung dieser  
Bauschadensphilosophie, wenn das nicht mehr funktioniert? Unter diesem Aspekt  
möchte ich historisch und politisch äußerst unkorrekt sagen, daß natürlich ich von  
der Nachhaltigkeit der großen Satellitenstädte als auch der innerstädtischen großen  
Zeilenbauten, diesen Schwebebalken, eigentlich wenig halte. Und wenn mir jemand  
erklären kann, daß sie in dreißig Jahren noch dort stehen, wie es jetzt Herr Kil  
macht, der sozusagen die Kalkutta-Theorie auf die Großplätze anwendet und sagt,  
da ist so viel Porosität und Flexibilität drinnen, das kann man einreißen und  
umbauen, dann kann man von mir aus die Dinger bestehen lassen. Nur ich möchte  
den Beweis haben, daß es über einen Tag hinaus zu bewirtschaften ist unter  
anderen Wohlstandsbedingungen, wie wir sie heute haben.

### **Gabriele Dolff-Bonekämper**

Also wie haltbar letztlich Plattenbauten sind, da werden wir wohl noch ein Weilchen  
warten müssen, um sagen zu können, Sie haben recht oder der andere hat recht.  
Und da will ich mich vielleicht sicherhaltshalber auch heraushalten. Ich möchte auf  
Deine Äußerungen, Max Welch Guerra, noch einmal eingehen, weil ich denke, diese  
Sache mit der Deutschen Einheit die sollte einen ausgiebiger beschäftigen.  
Deutsche Einheit im Reden des Bundeskanzlers ist eine rhetorische Figur und  
verweist aber auf einen Topos deutscher Geschichte. Die Frage ist: Welche Bilder  
gehören zur Deutschen Einheit? Diese Frage stellst Du ja auch. Ist es jetzt ein  
homogenes bzw. ist es ein großes Bild oder sind es viele kleine Bilder oder sind es  
viele gleichberechtigte, verschiedene Bilder, die diese Heterogenität nicht einfach  
nur als eine Menge von einzelnen, sondern auch als Widersprüchlichkeit aufdeckt?  
Das ist, glaube ich, der Punkt, wenn man den Begriff Deutsche Einheit benutzt. Der  
Begriff Deutsche Einheit ist kein Bild, sondern das ist eine rhetorische Figur. So,  
denke ich, kann man Topoi und nationale Erzählungen und Bilder in dem Fall doch  
noch einmal auseinandernehmen. Das finde ich interessant, weil Berlin wirklich ein  
Ort ganz unterschiedlicher Bilder ist und daß es nicht dieses eine gibt. Das haben ja  
viele schon beklagt. Ich erinnere mich an eine große Veranstaltung des Werkbundes  
hierin diesem Hause, wo gerade ein berühmter deutscher Journalist beklagte, daß es  
diese „Jeu de Memoire“, diese schwung- und kraftgebenden, integrierenden  
Gesamtbilder der Nationalgeschichte in Deutschland nicht gäbe. Man muß dem  
entgegenhalten, daß es diese gar nicht geben kann, weil die deutsche nationale,  
territoriale und politische Geschichte nicht das eine große Bild hergeben wird und  
auch nicht sollte. Das, denke ich, ist gerade in Berlin interessant zu konstatieren.  
Das fand ich auch lehrreich,

daß es strukturell bedingt ist eigentlich, daß es nicht diese eine große Bild gibt zu diesen rhetorischen Einheitsreden. Ob wir daraus nun schließen sollen, daß die Hauptstadtplanung in die richtige Richtung geht, weil sie nicht auf das eine große Bild zielt, sondern auf viele verschiedene? Und woran das wieder liegt? Ob es daran liegt, daß schließlich doch erreicht wurde, daß man in alte Häuser einzieht und handelt sich damit unterschiedliche Kapitel ein der deutschen Geschichte, mit denen Auseinandersetzung nötig wird, und damit handelt man sich diese unterschiedlichen Bilder ein. Oder woran liegt es sonst? Das fände ich interessant, auch im Sinne der Frage von Herrn Morsch: Wer spricht eigentlich für die Geschichte? Da sind ja die Individuen und die Subjekte, die sprechen, die stehen für verschiedene Gruppen und da gilt dann auch wieder was Herr Mönninger sagte, die Aufsplitterung der Geschichte in kleine und Kleinstteile der Identifikation. Das heißt also, die Aktualisierungswünsche zielen auf immer kleinere Teile und auf innere, speziellere Bilder. Soll man das billigen und weiterführen oder ist das große, integrierende Bild gefragt? Ich würde sagen nein, ich hätte das gerne nicht.

### **Klaus Härtung**

Es ist schwierig, die gewissermaßen vielen Schichten, die hier in diesen Referaten berührt worden sind, irgendwie adäquat wiederum auch zu berühren. Die Problematik dieses Themas war ja, daß natürlich Stadt und Geschichte ein hochideologisches Thema ist. Beide Referate habe ich empfunden als ein Brüchigwerden bestimmter ideologischer Thematiken, aber eben gleichzeitig ein Fortschreiben. Was mir eben aufgefallen ist, daß beide Referate, die sich der Geschichte zuwandten, denkbar unhistorisch waren. Wenn Sie, Herr Welch Guerra, über die Frage der staatlichen Repräsentanz und Symbolik reden, wobei ich natürlich auch aufhorche, wenn Sie gewissermaßen eine verkürzte Symbolik der Deutschen Einheit verbinden mit einem Militärschlag in Kosovo, dann frage ich mich eigentlich, welche Vorstellung von geschichtlichen Kräften Sie haben? Wie auch immer. Was ich als unhistorisch in dem Referat empfinde, ist, daß Sie sich gar nicht mit der ganz offenkundigen Problematik nach 1990 und nach der Hauptstadtentscheidung auseinandergesetzt haben: Was ist eigentlich staatliche Repräsentanz? Das ist ja durchaus widersprüchlich gewesen. Es ist zum Teil artikuliert, zum Teil nicht artikuliert worden. Bedeutet staatliche Repräsentanz Zurücknahme bestimmter klassischer repräsentativer Gesten oder wie kann überhaupt repräsentiert werden? Diese ganze Debatte, die es ja gab und gibt, die ganze hochideologisierte Debatte meintwegen um die Kuppel. Sie haben es nur kurz erwähnt. Wir haben es ja dort mit Thesen zu tun gehabt, mit Flachdach, Glas ist gleich Demokratie und Kuppel ist gleich undemokratisch. Solche Thesen sind ja von klugen Leuten auch durchaus vertreten wurden. Was ist aus diesen Ideologien geworden? Sind sie noch weiter existent oder nicht? Es geht ja bei dem Thema Berlin und Geschichte natürlich im wesentlichen um bestimmte Ideologien, die mit diesem Thema zunächst einmal verbunden sind und die auch ihre Geschichte durchmachen. Das ist für mich einer der notwendigen Zugänge zu dieser Thematik. Der zweite Punkt, Herr Morsch, ich habe manchmal wirklich ein richtiges Problem, wenn Geschichte in der Stadt als ein Zwangslehrpfad für die Bevölkerung auferlegt wird. Sie betonen Ihre liberale Haltung und trotzdem steht dahinter - ich empfinde es jedenfalls so, nehmen Sie das Wort als eine ziemliche Arroganz - ein unglaubliches

Desinteresse eigentlich an dem, wie sich die Leute bewegen, die in dieser Stadt leben und was sie offenbar inzwischen für Bedürfnisse oder Wünsche entwickeln. Wer diese Stadt ein bißchen kennt und beobachtet, wo sich hier neue Zentren bilden, wo sich hier Menschen zusammenfinden, was sie sehen wollen von ihrer eigenen Stadt, wir erleben einen intensivsten innerstädtischen Tourismus. Wir erleben seit Jahren ein hochgradiges Interesse der Bevölkerung an der eigenen Stadtgeschichte, auch einen Auszug von großem Nichtwissen an der eigenen Stadtgeschichte. Es ist so evident wie nur etwas, daß die Teilung auch für die Bewohner von Berlin eine Liquidation von Geschichte bedeutet hat und daß dieses Defizit von allen irgendwie empfunden wird. Das überhaupt nicht in die Überlegungen einzubeziehen, das verblüfft mich nun wirklich.

### **(Name unbekannt)**

Ich habe zwei Fragen, die erste Frage an Sie, Herr Morsch: Sie sprachen davon, daß es für Sie eine erstaunliche, wenn nicht gar bedenkliche Sicherheit in bezug auf die Identitätsdiskussion in dieser Stadt gäbe. Wie erklären Sie sich diese für Sie erstaunliche und bedenkliche Sicherheit? Könnte das nicht ein Ausdruck auch gerade von Unsicherheit sein? Was hieße dieses dann für die Identitätsfrage? Eine andere Frage an Sie, Herr Welch Guerra. Ich möchte mich auch noch einmal nun rhetorisch oder metaphorisch auf dieses Bild der Deutschen Einheit beziehen. Unterliegen Sie nicht doch einer Verkürzung dieses Bildes und sitzen damit einem gewissen historischen, konservativen Geschichtsbild auf, indem Sie dieses Bild der Deutschen Einheit immer von 1871 her erklären möchten? Sie kommen dann auch für mich zu etwas verkürzten Ansätzen und wie Sie selbst gesagt haben, daß es ja auch dieses Thema, dieses Leitbild der Deutschen Einheit in bezug auf die Identitätsfrage von unten her gibt. Aber wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie es von der Bonner Republik her versucht haben zu erklären, eben auch über 1871 und 1871 ist ja eine gewisse Aneignung von Geschichte in einem falsch verstandenen Sinne vor 1871 gegeben hat. Wir feiern in diesem Jahr 1848 150 Jahre, das heißt eben auch, die Thematik und gerade von links her, vom liberalen Lager her, die Frage der Deutschen Einheit in einer ja sogar großdeutschen Frage damals in Frankfurt in der Paulskirche von einer also progressiven Seite her besetzt werden kann und was hieße dieses dann für die Stadt Berlin, die ja auch bezogen auf 1848 ja in einem gewissen Spannungsfeld ganz unterschiedlicher Art zu Frankfurt steht. Was hieße das jetzt konkret auf Städtebau für Sie?

### **Dieter Frick**

Ich wollte im Anschluß an Herrn Mönninger noch einmal auf das Problem der Moderne noch einmal kurz eingehen. Das Besondere ist ja, daß das die Phase ist, die gerade vor uns liegt, die wir gerade hinter uns haben und die eigentlich noch in uns lebt. Deswegen ist es schwieriger, mit dieser Schicht umzugehen. Ich fand es immer interessant, daß Goethe angeblich den Barock nicht mochte, weil das war die Phase, die seiner Jugend unmittelbar vorausging. Also das Problem ist, wenn man von der städtebaulichen Moderne spricht, daß sie maßgeblich bestimmt ist durch kompositorische Anordnungen von Gebäuden und nicht durch Stadtgrundriß. Deswegen kann man eventuell vermuten, daß, wenn diese Gebäude früher oder später und sei es in

hundert Jahren nicht mehr stehen, dann die Komposition auch nicht mehr da ist. Während in vielen anderen Phasen, eigentlich in fast allen anderen des Städtebaus, wenn ein Gebäude zusammengefallen ist, aus welchem Grund auch immer, konnte man das an der Stelle innerhalb eines bestimmten Systems wieder aufbauen. Das ist ein Problem. Die Konservierung oder Bewahrung einzelner Gebäude der Moderne das ist kein besonderes Problem. Aber die besondere Konzeption der Konstruktion von städtischen Ensembles während der Moderne die enthält, meiner Ansicht nach, einen Keim von Nichtdauerhaftigkeit, weil das Prinzip die Komposition ist und nicht der Stadtgrundriß, der hundert oder fünfhundert Jahre lang vielleicht schon existiert.

### **Winfried Hammann**

Ich habe auch ziemliche Probleme damit, daß man dieses Thema Einheit derart überstrapaziert und im Grunde genommen als Allerweltsbegriff hier verwendet, so als würde Herr Kohl ihn im Munde führen. Es ist keineswegs klar, ob und welche Identität aus dieser Deutschen Einheit erwächst. Insofern sich darauf zu beziehen, finde ich schon ziemlich problematisch.

Das zweite ist, die ganze Diskussion, die wir heute führen, ist ja die Frage: Welche Geschichte erwartet uns eigentlich und welches Erbe nehmen wir an? Wenn wir die Frage so stellen, bewerten wir unwillkürlich unsere Generation und die andere Generation, jede Generation die an der Stadt baut, bewertet das. Es ist doch ganz klar, daß wir eine bestimmte restaurative Geschichte ablehnen, daß wir eine republikanische Geschichte annehmen. Da sind wir natürlich 1848 näher als 1870/71, wenn man das so will. Aber in der Bezogenheit auf die städtische Struktur, ob das jetzt Stadtgrundriß ist, Traufhöhe und sonstige Entwicklung, da dreht sich für mich meines Erachtens die Frage nicht radikal um die Frage Moderne und was davor gelegen hat, sondern es geht viel tiefer. Es gibt eine viel tiefere Schicht, die man jetzt gar nicht auf den ersten Blick an der Gebäudestruktur festmachen kann. Die Frage der geschichtlichen Zukunftserwartung ist in der Tat nicht gelöst. Die Frage der Deutschen Einheit ist bis heute nicht positiv beantwortet. Alle Diskussionen die wir hier führen, nicht alle, aber viele, nehmen wir den Palast der Republik, sind auch Ersatzdebatten. Es wird etwas anderes nicht diskutiert, weil es nicht diskutiert werden kann. Und dann macht man das an einem Gebäude fest. Genau dasselbe ist passiert nach dem Krieg. Statt den Faschismus zu bearbeiten, haben wir die Städte liquidiert und haben gedacht, in dem Moment, wo wir eine sogenannte moderne Stadtentwicklung haben, haben wir auch ein Stück Geschichte bewältigt. Das Gegenteil ist der Fall gewesen. Diese Geschichte wurde nicht bewältigt und sie taucht im Grunde genommen jetzt bei den ganzen Diskussionen wieder auf, wie zum Beispiel die Frage: Haben wir einen rechtsradikalen Jugendaufstand zu erwarten? Das ist eine Geschichte, die viel tiefer geht. Die kann man vielleicht nicht direkt diskutieren, aber der Hinweis im Planwerk Innenstadt wie auch in anderen auf die davorliegende Zeit... Nehmen wir Deutschland um 1910, das ist eine genuin bürgerliche Zeit. Da standen die Katastrophen bevor, aber keiner ahnte sie. Man hatte sich zu Europa hin geöffnet. Es war eine ganz andere Erwartungshaltung vorhanden. Ein bißchen Vergleich zu der heutigen Zeit. Ich glaube, deshalb wendet man sich auch, und nicht nur wegen des besseren Grundrisses im Berliner Mietshaus, dieser Zeit wieder zu.

## Georg Morsch

Das war viel und ich versuche es ganz kurz, zum Teil kann ich einfach zustimmen. Ihnen, zum Beispiel Herr Härtung, wenn Sie sagen, daß ich nicht die Problematik staatlicher Präsenz diskutiert habe, das ist ein sehr schwieriges Problem, mit dem ich mich vielleicht in einer Planungsjury auseinandersetze. Das war hier weder mein Auftrag, noch kann ich mir das grundsätzlich als Aussage zumuten. Das wäre wirklich arrogant. Da haben Sie mich zumindest mißverstanden oder mißverstehen wollen. Ich will keine Lehrpfade, ich will keinen Hedonismus durch historische Schichten. Ich will die Annahme heutiger Rezipienten, und zwar aller heutiger Rezipienten. Da können Sie mir nun, ich weiß nicht, wie lange Sie Berliner sind oder nicht, die Ausschnitte, die ich wochenweise in Berliner Äußerungen zu den jeweiligen historischen Schichten höre, haben mich aufhorchen lassen und lassen mich daran zweifeln, daß hier eine demokratische und republikanische Geduld überall herrscht. Nur das wollte ich sagen. Diese Geduld kann auch erzielt werden durch die Befragung. Die Voraussetzung dafür ist die Erhaltung natürlich möglichst aller Arten von Schichten, daß ich nicht eine Vorauswahl mache, diese Schichten gefallen mir gut oder andere nicht. Herr Mönninger, jetzt muß ich doch den vielleicht so schnell geschaffenen Schulteranschlag, zu dem ich das Wort Nachhaltigkeit in den Mund genommen hatte, zurücknehmen. Das, was Sie sagten mit Ihrem Szenarium in dreißig Jahren, hat mich natürlich ein bißchen erschreckt. Für denjenigen, und jetzt meine ich mich einmal, dem Nachhaltigkeit wirklich ein Anliegen ist, ist es natürlich relativ unbedeutend, wo ich in dreißig Jahren über dem Zaun hängen möchte, nicht wahr. Die Definition von Nachhaltigkeit verzichtet auf solche völlig unabgesicherten, spekulativen Aussagen, was in dreißig Jahren mit einer so flächendeckenden Architektur passiert sein könnte. Nachhaltigkeit ist korrekturfreundlich, Nachhaltigkeit hat zwar weitsichtige, große Perspektiven, aber keine megalomanen Planungen derart, daß ich die Dinger alle, weil ich da keinen Kanonenofen hochschaffen kann oder kein Holz mehr bekomme, in Zürich bekomme ich kein Holz mehr für den Kamin, weil ich den da oben nicht mehr heizen kann. Das sind sicherlich keine, wie ich finde, hilfreichen, auf jeden Fall keine nachhaltigen Strategien. Ich muß Ihnen zustimmen im Namen des letzten Votanten, den Namen habe ich nicht notieren können, ich meine auch, daß wir bei einer so generellen Bereitschaft Identität zu stiften, auf die Frage nach der Sicherheit, diese Identität finden zu können, daß wir vergleichbare Szenarien haben, bei denen wir wissen, daß trotz der faktischen Unsicherheit die Herstellung einer baulichen Übersetzung der angeblichen Sicherheit mit großen Verlusten, zumindest Denkmalverlusten, verbunden ist. Und da sitze ich nun als Denkmalpfleger und meine, da müssen wir jedesmal die Beweisspflicht des Veränderers einfordern. Diese Beweisspflicht des Veränderers in den siebziger Jahren zu fordern, das bezog sich auf Spekulanten und auf andere schlimme Menschen. Die Beweisspflicht heute ist viel, viel schwieriger zu fordern, weil natürlich niemand grundsätzlich gegen die Herstellung von Identitäten die Situation sein kann, aber sie ist doch viel schwieriger auszuformulieren. Was ist denn nun Identität? Unter welchen baulichen Opfern zum Beispiel wird sie gewonnen? Natürlich auch - das habe ich jetzt immer nicht gesagt, weil es nicht mein Hauptjob ist, aber daran denke ich natürlich - unter welchen Versprechungen von baulichen Kostlichkeiten, die ich natürlich auch kenne. Aber diese Balance zwischen den prognostizier-

baren Verlusten, die, glaube ich, muß jemand versucht sein herzustellen. Deswegen diese wenigen Bemerkungen.

### **Max Welch Guerra**

Ich mache es auch summarisch. Zunächst einmal zu der Historikerin aus Bochum. Ganz konkret kann ich die Frage beantworten. Die Flächen waren leer, weil sie als Vorhalteflächen betrachtet und behandelt wurden, eben in Erwartung einer gesamtdeutschen Hauptstadtplanung. Es gab immer wieder Wettbewerbe, aber in Vorbereitung dessen. Das heißt aber auch, daß es ständig eine fachliche und auch eine politische Beschäftigung damit gegeben hat. Ich möchte behaupten, wir haben in Berlin insgesamt, das hört sich vielleicht arrogant an, wahrscheinlich die höchste Dichte an historischer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Stadt. Wir haben hier eine sehr starke Fachbefindlichkeit, eine Fachbefindlichkeit, die es geschafft hat, zum Beispiel in den achtziger Jahren in West-Berlin die „Topographie des Terrors“ entstehen zu lassen. Es sind viele Initiativen, ich will nicht sagen von unten, weil es zum Teil etablierte Fachleute sind, aber wenn ich denke an Wolfgang Tscheche zum Beispiel oder an Dieter Hoffmann-Axthelm. Es gibt hier etliche Leute, die mit einem eigenen Ansatz uns allen Geschichte nähergebracht haben, natürlich auch mit unterschiedlichen Herangehensweisen. Wir haben, da sollten wir uns lieber über andere Sachen beklagen, in Berlin insgesamt jedenfalls in breiten Kreisen der gebildeten Schichten doch mehr an Geschichtsbewußtsein, als der Stadt normalerweise nachgesagt wird. Zu Gabi Dolff-Bonekämper. Ein Bild wäre einfach politisch nicht funktional. Man würde diese Unterschiedlichkeit nicht integrieren können. Rudolph vom Tagesspiegel zum Beispiel denkt wahrscheinlich immer noch, daß man ausländische Staatsgäste in solchen Bauten wie dem Palais Schaumburg empfangen kann. Es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen davon. Aber selbst dann, wenn jemand auf die Idee käme, nur ein Bild der Hauptstadt entstehen zu lassen, das ist nicht machbar. Also die Grundaussage meines Beitrags war gerade diese Vielfalt. Es war eine notwendige Folge der Zusammensetzung der Akteure, der politischen Konstellation, der Beschaffenheit der Stadt. Denn es stimmt, ich habe ja nicht alles aufgezählt, was es sonst noch gibt. Und da, Herr Mönninger, da meine ich, daß Sie meinem Beitrag nicht gerecht werden. Müller & Reimann und Kollhoff und Schultes & Frank sind selbstverständlich wichtig, wenn es darum geht aufzuzählen, was alles für eine Rolle gespielt hat. Aufweichen Ebenen diese Bildung einer städtebaulichen Identität oder nationalen Identität durch Städtebau zustande kommt. Da gibt es in der Tat für bestimmte Bereiche keine andere Möglichkeit, als sich darauf zu berufen, ob dieser Entwurf oder ein anderer. Da kommt es schon auf diese Frage. Das ist aber nicht das einzige. Ich meine doch gerade deutlich gemacht zu haben, daß diese Hauptstadtplanung viel weiter geht als die Bonner Hauptstadtplanung, das sie die Felder erweitert. Ich war als Schüler in Bonn im Bundestag. Das war eine so öde Veranstaltung. Das wird hier ganz anders sein. Wenn wir etwas sagen können, daß eben in Berlin sich die Felder erweitert haben. Zum Klaus Härtung. So kurz habe ich das doch nicht gemacht, Herr Härtung. Ich nur gesagt: 'Wenn ich das Thema Deutsche Einheit in den Vordergrund stelle und nicht das Thema deutsche Machtpolitik, dann kann ich eher zum Beispiel in den Kosovo Truppen schicken.' Stellen Sie sich vor, die Bundesrepublik würde auch nur eine Woche lang plötzlich wieder von früheren Erfolgen sprechen oder von Preußen, so wie das

normalerweise verstanden wird - Preußen ist natürlich ein differenzierteres Gebilde - dann ginge das nicht. Die Bundesrepublik hat ganz große Schwierigkeiten gehabt, als die Scientology-Sekte in der New York Times diese große Anzeige plazierte, es würden wieder Leute verfolgt werden wie früher die Juden. Die Bundesrepublik hat auch nach außen ein zerbrechliches Bild. Das kann leicht dazu führen, daß die Bundesrepublik außenpolitisch große Schwierigkeiten hat. Allein schon deshalb eignet sich das Bild der Deutschen Einheit eher auch dafür. Ich glaube, das ist auch keine ganz unwichtige Frage. Mir geht es auch nicht um mein eigenes Bild der Deutschen Einheit. Ich habe versucht nachzuvollziehen, was für unterschiedliche Bilder vorgestellt werden und zum Beispiel es geht nicht darum, ob ich mich auf 1948 oder auf 1971 beziehe, es werden in dieser Diskussion zum Beispiel viel mehr Hinweise vollzogen auf 1871 statt auf 1848. Das kann man auch bei der Namensgebung für Straßen sehen. Ich glaube schon, daß man sich darüber Gedanken machen soll. Wir haben heute 1998, eine ganz andere Zeit als vor hundert Jahren, aber ich denke, es gilt immer noch, daß wir in dieser Frage daran denken sollten, alles zu tun, um ein neues Auschwitz zu vermeiden. Das heißt zunächst einmal, daß man sich auch zu dieser Phase bekennt und die deutsche Geschichte nicht 1945 anfangen läßt.

(Pause)

### **Rudolf Schäfer**

Die Podiumsdiskussionsteilnehmer haben bereits alle am ersten Teil der Sitzung teilgenommen, das heißt, Sie kennen den Debattenstand. Wir haben zwei Stränge diskutiert, einmal die Hauptstadtproblematik am Referat von Herrn Welch Guerra und zum anderen gewissermaßen die eher allgemeine politische Dimension, die eher die Stadtgeschichte als solche auch betrifft, ohne das jetzt streng trennen zu wollen. Wir werden es jetzt so handhaben, daß wir eine kurze erste Statement-Runde machen, wobei ich hoffe, daß die Statementgeber sich auch voll auf die vorweggelaufene Debatte beziehen und hier die Kontroversen auch hereinbringen. Dann werden wir eben versuchen untereinander und mit Ihnen zusammen die Diskussion weiterzuführen.

Ich darf ganz kurz vorstellen auf dem Podium: Herr Perry Anderson, er ist Professor für Geschichte an der University of California in Los Angeles und er ist Fellow in Soziologie an der London School of Economics. Er ist im Moment hier in Berlin als Fellow des Wissenschaftskollegs und hat sich als Historiker auch mit Deutschland befaßt. Er hat eine Reihe von Publikationen, die letzte ist auch in deutsch erschienen: Zum Ende der Geschichte, 1993, bei Rotbuch. Er wird als erster sprechen. Herr Friedrich Dieckmann ist Schriftsteller in Berlin. Im früheren Stadtforum regelmäßig Teilnehmer und Mitdiskutant. Im Pausengespräch hat er sich als Eingeborener bezeichnet, so möchte ich ihn dann auch hier einführen wollen. Herr Thomas Flierl, seit gestern Baustadtrat in Mitte, Gratulation (Beifall). Es ist ja der Bezirk, in dem sich vieles von dem, was wir hierzu diskutieren haben oder zentrales eigentlich dann auch materialisieren muß.

Herr Dr. Paul Widmer, der Gesandte der Schweizerischen Botschaft in Berlin. Herr Widmer hat ein Buch über die Geschichte der Schweizerischen Botschaft geschrieben.

Ein Ort, der uns allen bekannt ist, der eine eigene Zeugenschaft in den historischen Abläufen der letzten Jahrzehnte aufweisen kann.  
Zum Schluß Herr Dr. Haspel, Leiter des Landesdenkmalamtes, auch mit hier in der Diskussion.

### **Friedrich Dieckmann**

Die Stimme der Eingeborenen ist ein wenig unterentwickelt in diesem Gespräch heute. Von neun, die das Wort nehmen, sind zwei aus der Gegend, um die es hier wesentlich geht, nämlich die Mitte Berlins. Ich habe mal das Wort gesagt: Nur vom Westen aus liegt die Mitte im Osten. Aber die Verfügung über diese Mitte, die ja immerhin lebendige Bewohner hatte, die sind inzwischen zum Teil ausgetauscht worden. Es gibt einen Bevölkerungswechsel von ungefähr fünfzig Prozent. Eine ganz imponierende Zahl. Diese Stimme ist der Diskussion über die Funktion der Mitte zu kurz gekommen, nicht nur an diesem Nachmittag, sondern eigentlich schlechthin. Es fällt mir geradezu schwer, jetzt noch das Wort zu nehmen, weil viel mehr zu sagen wäre, als in zehn Minuten hineinpaßt. Aber vielleicht können wir ausgehen von dem Gebäude, in dem wir uns befinden, dem Staatsratsgebäude, einem wahrhaft geschichtsgeladenen Ort von vier Jahrzehnten dort schon Nachkriegsgeschichte. Dieses Gebäude hat seine Funktionsfähigkeit in den Jahren nach 1990 in hervorragendem Maße unter Beweis gestellt. Die vielen Architekturwettbewerbe wären ohne die Umwidmungsfähigkeit dieses Hauses im Grunde nicht möglich gewesen. Wo hätte man die ganzen Modelle aufstellen sollen, wo hätte man die sinnreichen, obwohl oft ins Leere laufenden Diskussionen führen können, wenn nicht hier. Dies alles hat die staatlich maßgebenden Stellen nicht daran gehindert, den Abriß dieses Hauses zur *Conditio sine qua non* des Architekturwettbewerbs für die Spreeinsel zu erklären. Der Palast der Republik mußte abgerissen werden, das war die Bedingung der zwei staatlichen Instanzen Bund und Land Berlin für diesen Wettbewerb. Auch der Abriß des Staatsratsgebäudes war die Vorbedingung für die Planung hier auf diesem Gebiet. Ein Wettbewerbsteilnehmer, der sich nicht eingelassen hatte auf den Abriß des Palastes der Republik, also eigentlich gegen die Bestimmungen verstoßen hatte, wurde dann zähneknirschend auf den fünften Platz verwiesen. Also was reden wir eigentlich? Die Verfügungen treffen andere und das unendliche Palaver dient in vieler Hinsicht nur als ein Nebelvorhang vor den Entscheidungen auf der einen Seite staatlicher Instanzen, auf der anderen Seite einer übermächtigen Wirtschaft. Wir reden trotzdem, wir freuen uns, daß wir das tun können. Das ist der gravierende Unterschied zu den Verhältnissen, die ich hier in dieser Gegend vor 1990 erlebt habe, Architekturkritik war nicht zugelassen in der DDR, Theaterkritik allenfalls. Aber wenn die Investitionen über 100.000 Mark liegen, eine Theaterinszenierung kostet ungefähr so viel, dann war jeder Versuch nachträglich ein kritisches Wort zu sagen oder gar verträglich unter strengem Verdikt. Also wir genießen es, daß wir reden können, aber wir geben uns nicht allzuviel Illusionen hin, daß es eigentlich einen Sinn hat. Siehe Palast der Republik... (Bandwechsel)... das zog sich über Jahre hin. Ich habe sozusagen selbst zwei Kernmomente erlebt, einerseits im Haushaltsausschuß des Bundestages, der die Mittel für den De-facto-Abriß, nämlich für die scheinbare Asbestsanierung, inzwischen freigegeben hat. Da ist sehr ernsthaft geredet worden. Da kamen Sachverständige verschiedener Fraktionen zusammen. Die drei Asbestsachverständigen waren sich einig.



Sie konnten ein fachmännisches Wort im Grunde nur sagen, nachdem ein Nutzungskonzept für dieses Haus vorgelegt worden sei. Das wurde von seifen des Staates und des Landes verweigert. Dann ist diese Diskussion weitergegangen auf West-Berliner Seite. Ich habe selbst so eine Diskussion zu leiten gehabt mit eben sozusagen gepanzerten Argumenten von Kalten Kriegern auf der östlichen Seite, bei den Befürwortern eines modifizierten Palasterhalts sehr differenziert. Dann gab es im Werkbund eine auf hohem Niveau geführte Diskussion von Fachleuten, die in das interessante Votum mündete: Wenn dieser Platz leergeräumt ist, wieder so leer ist wie vor 1950 bis zum Jahr 1974 ist es fast unmöglich, dort neu zu beginnen mit der Architektur. Man muß an etwas anknüpfen können und ob das gut ist oder nicht so gut oder schlecht ist, spielt dabei gar nicht so eine Rolle, aber es sollte etwas da sein. Das ist dann eines Tages unter dem Druck der geschichtspolitischen Vorgaben in den Wind geschlagen worden. Und nun erleben wir unter dem Vortäuschungsterminus Sanierung einen faktischen Abriß dieses Gebäudes, das man wirklich nicht zu hoch und nicht zu niedrig bewerten sollte. Ich war äußerst kritisch, als es im Jahre 1976 fertig war und habe zu meiner eigenen Überraschung ein satirisches Gedicht wiedergefunden aus dieser Zeit, aber es ist inzwischen ein Geschichtsdokument als Architektur. Daß dieser Palastabriß sich im Grunde, aber hinter vorgehaltener Hand, mit derselben Argumentation drappiert wie der Schloßabriß von selten der SED und daß dieser Umstand nun gar nicht mehr reflektiert wird und der unglückliche Gysi dann oben auf das Dach steigt und da ein paar hilflose Gesten macht, also dieses sich Leerlaufenlassen von Debatten, das ist schon eine niederschmetternde Erfahrung. Es hat mich etwas befremdet zu Töpfers Zeiten, dem übrigens der Erhalt dieses Gebäudes hier entscheidend zu danken ist. Er hat aus einer souveränen Position die Vorgaben des Bundes und des Landes durchkreuzt, überbaut ihn, ist wesentlich dann im Zusammenspiel mit Has-semerdie Rettung des Gebäudes gelungen, und dann wehte seine Fahne hier drüben. Die war ganz schön. Es war eine weiße Fahne mit so einem schwarz-rot-goldenen Band. Jetzt weht nicht etwa die Fahne der Deutschen Einheit über diesem Gebäude, die Staatsfahne dreier deutscher Republiken, auch die DDR wurde ja mit derselben Fahne gegründet wie die Bundesrepublik und die Weimarer Republik, sondern es weht die Behördenfahne der Bundesrepublik auf diesem Gebäude. Das sind so Nuancen der Fehlhaltung, die Wahrscheinlich dem Bundesbürger gar nicht auffallen, die aber jemanden, der mit diesem Gelände gelebt hat, schon Akzente setzen. Ich war heute einmal wieder am Pariser Platz und habe mir die beiden Torhäuser angeguckt und die Geschichtsfeindlichkeit der Deutschen ist mir da, ich habe das schon vor vier Jahren mal kritisch beschrieben, wieder deutlich geworden. Da ist dieses linke Torhaus, das ist ein Touristikshop. Da gibt es Walzenkrüge mit dem Reichsadler aus der Wilhelminischen Ära, wahrhaftig ein Geschichtsdokument, das man käuflich erwerben kann. Auf der anderen Seite herrscht die angebetete Leere, das feierliche Nichts, der Raum der Stille, gegründet von allen vier Weltreligionen zum Verharren in Stille. Das ist ganz lustig, das ist eine Art metaphysische Negativfolklore, die einen gewissen Aussagewert hat, aber als Geschichtsdarstellung an diesem vielleicht prägnantesten Ort deutscher Geschichte, links und rechts diese zwei Torhäuser wären ideal dafür, das zu dokumentieren. Das Brandenburger Tor hat mindestens den Rang wie Are de Triomphe in Paris. Und man sehe sich an, was da alles zu sehen ist aus französischer Geschichte, einer durchaus heterogenen zwischen Revolution und Konterrevolution beharrlich hin- und herschwankenden Geschichte. Also anders als die

Geschichtsfeindlichkeit und auf der anderen Seite eine Geschichtsdogmatik, eine regierungsoffizielle Geschichtspolitik, für die ich das Wort Pluralismus, was Herr Mönninger hier sehr freundlich darauf anwandte, nur schwer gelten lassen kann. Aus 32 Fernsehkanälen dröhnt uns dasselbe Geschichtsbild in geringfügiger Variation jeden Abend entgegen. Das erfüllt nicht den Tatbestand des Pluralismus. Jahrestage werden sehr ähnlich begangen wie in der DDR, das heißt eigentlich als Staatsapologien, als Feiern eines Gründungsmythos, der exakter geschichtlicher Betrachtung nicht Stand hält. Das ist uns alles sehr bekannt und es erfüllt nicht den Tatbestand einer offenen Erörterung der geschichtlichen Voraussetzung diese glücklich wiedervereinigten Deutschlands. Das zu problematisieren im Blick auf Kosovo ich allerdings auch unzuständig in hohem Maße finde. Das geht es darum, daß mit der vereinten Kraft Europas ein neuer Völkermord verhindert wird. Hier sofort zu reagieren mit der Assoziation wiederbelebter deutscher Großmachtspolitik, ich empfinde es nicht zweckdienlich für die Unterhaltung. Lieber diesem vereinten Deutschland eine Hauptstadt geben in der Architektur, in der nun nicht das Geschichtsbewußtsein Ost und das Geschichtsbewußtsein West, wie ich in dem Vorspann zu unserem Nachmittag lese, gleichermaßen zum Ausdruck kommen zu dem Ziel der Vereinigung. Aber wo doch die Deutsche Einheit als wirkliche, als reale Einheit und nicht nur als Proklamation eines westbundesrepublikanischen Triumphalismus zum Ausdruck kommt. Ein Geschichtsbewußtsein Ost gibt es nicht. Es gibt einen Erfahrungsbereich Ost. Das Geschichtsbewußtsein in diesem Erfahrungsbereich ist ungeheuer verschiedenartig. Dasselbe trifft zu für das nicht vorhandene Geschichtsbewußtsein West, was sich auch differenziert in eine Vielzahl von Positionen, die aber alle denselben Erfahrungshintergrund haben. Das ist vorhin angeklungen mit dem Hinweis darauf, daß nach 1945 nicht über Faschismus geredet wurde, sondern die verbliebenen Städte abplaniert wurden. Das ist eine Westerfahrung. Das ist nicht die Osterfahrung, zumindest nicht die vollständige Osterfahrung. Die stand im Zeichen einer sehr intensiven Diskussion über Faschismus, einer nicht vollständigen sicherlich, aber einer sozusagen leidenschaftlichen und intensiven Diskussion. Ich bestreite dabei nicht den Apologieakzent einer solchen Diskussion, aber es war schon mehr. Auf der anderen Seite die Bejahung etwas, was man jetzt im Wort wiederentdeckt: nationales Kulturerbe. Herr Stimmann zählte mit Recht die Sünden der sechziger Jahre auf, das war der endgültige Sieg des westlichen Modernismus über die Konzeption des Kulturerbes, die Sünden hier in Berlin Mitte, das heißt im Kernbereich der Stadt. Es wäre nicht richtig zu vernachlässigen, daß in den zehn Jahren davor und auch noch ein paar Jahre weiter der Wiederaufbau des Forum Fridericianum in einer Weise und mit einem materiellen Aufwand für einen sehr armen und immer noch reparationsgeschädigten Staat stattgefunden hat. Das hat es in Westdeutschland nur in München gegeben, aber dann auch erst unter den Bedingungen des Reichtums. Also daß man da angefangen hat im Jahr 1950 mit dem Zeughaus und das dann im Jahre 1964 mit den sinnvollen Repliken beendete Lindenpalais, Prinzessinnenpalais, war eine enorme nicht modernistische, sondern geschichtsbewußte und architekturpolitische Leistung. Diese sollten wir als die Gegenseite dieses Wandalismus der sechziger Jahre, die im Zeichen der Übernahme westlicher moderner Konzepte stand, doch nicht aus dem Auge verlieren. Geschichte und Stadtmitte - ich bin versucht, an drei Beispielen den Geschichtsverlust hier in Berlin-Mitte aufzuzeigen. In der Luisenstraße hinter diesem schrecklichen Plattenzellenbauten der achtziger Jahre war stehengeblieben eine Giebelfront des 19.

Jahrhunderts. Das Entree als Zitat eigentlich, aber man hatte es stehengelassen, man hatte nicht daran gerührt, ich nehme an, die Denkmalpflege hatte hier ein gewichtiges Wort mitzusprechen, und das war von der S-Bahn aus immer auch nochzusehen hinter diesen schrecklichen Plattenbauten. Man hat nicht die Plattenbauten abgerissen, das hätte einen bestimmten Verschönerungssinn erfüllt. Man hat dieses Zeugnis der Bebauung des mittleren 19. Jahrhunderts, ein sinnvolles Fragment, das hat man in den letzten Jahren abgerissen. In der Reinhardtstraße stand die alte Schinkelsche Artilleriekaserne, die hatte das Deutsche Theater nach 1945 für Brecht zu einer Prozebühne umbauen lassen. Ein Zentrum theatergeschichtlichen Erneuerungswillens und -wesens in dem Nachkriegsdeutschland in Berlin - „futschicato“ - nichts. Wir hatten eine Diskussion über ein Haus in der Mittelstraße. Das war ein Berliner Bürgerhaus des 19. Jahrhunderts, nicht besonders wertvoll, insofern nicht Wert, auf der Denkmalliste zu stehen. Es war einfach ein Zeugnis für eine vorhandene Bebauung, von der nicht viel übriggeblieben war. Es gab Proteste aus der Bevölkerung, es gab ein Hin und Herzzwischen dem verantwortlichen Senator und der Denkmalpflege. Die Denkmalpflege, eigentlich nicht zuständig für diese Dinge, mußte kapitulieren. Das Ding wurde weggepusht. Die Erhaltungssatzung für die Innenstadt namentlich das Lindenstatut wurde 1990 ersatzlos weggestrichen. Damit wurde der Geschichtsverlust und der Kulturunwille auf diesem zentralen Gebiet wurde sozusagen durch das Abgeordnetenhaus Wahrscheinlich mit den Stimmen aller Fraktionen sanktioniert. Man zeigt immer mit den Fingern auf die Bauherren, die dann bestimmte Vorgaben vernachlässigen. Die Ursachen liegen immer in der Gesetzgebung, bei den Parlamenten und bei den Regierungen, die ihr fehlendes Geschichtsbewußtsein im Verfehlen von Gesetzen und in dem Aufheben von Gesetzen dokumentieren. Zu den schrecklichsten Sünden der Geschichtsverleugnung zählt für mich die Wiedererrichtung des Adlon mit der Lindentraufhöhe. Das war eine Sünde, die auf Initiative Wilhelms II. zustande kam. Er wollte eine Art Privathotel haben und verschaffte dem Hotelier Adlon die entsprechenden Lizenzen. Eines der wertvollsten Gebäude des alten Berlins, dessen Demolierung eben schon vor rund hundert Jahren begonnen hat. Das Palais wurde abgerissen durch Hohenzollernkaiser-Votum sozusagen. Dann wurde die Lindentraufhöhe übertragen auf den Pariser Platz, ein schwerer Verstoß gegen dieses geschichtlich gewachsene Gelände. Die Berliner Landesregierung hatte nichts Eiligeres zu tun, als diesen Verstoß nach 1990 zu sanktionieren und die gesamte Diskussion Behnisch-Bauakademie ist ja erst dadurch zustande gekommen, als diese Übergewicht vom Adlon den Platz deformiert hat und dann bestimmte Oppositionskräfte wachrief.

So können wir eines nach dem anderen sagen. Ein aktuelles Problem, an dem sich das Geschichtsverständnis der Stadt bewähren wird, aber schon nicht bewährt hat, ist diese Platzausbuchtung an der Kreuzung Linden-/Friedrichstraße - für mich das wahre Zentrum der Stadt - Schnittpunkt der zwei wichtigsten Achsen, der Ost-West-Achse und der Nord-Süd-Achse. Da hatten sich - das war irregulär, das war nicht unbedingt rational, das war ein Stück steckengebliebene Erweiterung der Friedrichstraße - zwei Ausbuchtungen ergeben, die die Bevölkerung angenommen hatte, die Menschen, die dort lebten und die dort jahrzehntelang umgegangen sind mit dem Stadtzentrum als einem nun wahrhaftig nicht vollkommenen, aber sich entwickelnden und lebendigen Zentrum. Und was macht die neue Regierung, die Regierung von Planern, die eben nicht mit dieser Gegend gelebt haben? Sie streicht diese Plätze

weg. Dahinter steckt natürlich auch ein bestimmter Renditedruck, ein Verschuldungsdruck. Man will Grundstücke meistbietend loswerden, um die Staatskasse zu entlasten. Nun ist es reiner Zufall, daß diese begrünte Fläche vor dem Lindenhotel überhaupt noch da ist, eigentlich hätte sie schon längst abgeräumt sein müssen, sie wird auch abgeräumt, die Verträge sind da. Dann wird auch an dieser Stelle nicht rational zu rechtfertigende, aber sinnvolle und lebendige Erweiterung liquidiert werden. Dieses Liquidationsdenken hängt natürlich mit der Schwäche der Denkmalpflege in Berlin ursächlich zusammen. Die Entmachtung der Denkmalpflege gehörte für mich zu den eigenartigsten Erscheinungen der neuen Situation (Zeitermahnung). In der DDR fanden wir schon die Denkmalpflege in einer nicht sehr starken Position. Wir haben nach 1990 lernen müssen, daß sie sich im Laufe der Jahrzehnte und in ständigen Auseinandersetzungen mit der SED eine starke Position im Verhältnis zu der erworben hatte, die nach 1990 sich von den Gesamt-Berliner Behörden auszeichnete. Die Denkmalpflege ist ein Prüfstein, und Erhaltungssatzungen sind ein anderer Prüfstein für Geschichtsbewußtsein. An dem hat es gefehlt. Worüber reden wir eigentlich noch? (Beifall)

Thomas Flierl

Ich möchte mich in meinem Beitrag auf einen Text beziehen, den Sie nicht lesen können, der aber im Vorentwurf zur heutigen Einladung an die Diskutanten hier auf dem Podium verschickt wurde, der stärker als der Text, den Sie jetzt vorfinden, vielleicht zum Widerspruch, mich jedenfalls zum Widerspruch herausgefordert hat. Ich zitiere: 'Mit welchen Schichten der Vergangenheit will sich eine Stadt, die einerseits als Welt-hauptstadt Germania, andererseits als Hauptstadt der DDR von undemokratischen Systemen mißbraucht wurde, identifizieren? Die Diskussion der Fragestellung, unserer Veranstaltung heute, soll auch klären, ob die Beendigung der Geschichte zugunsten der sozialen Utopie der Moderne heute noch nach dem aufklärenden Ende der DDR unwidersprochen übernommen und zum Rahmen der Selbstdarstellung der Stadt im historischen Zentrum gemacht werden kann.' Dieser Text wurde verändert, und Sie finden dann in der gedruckten Einladung eher die abgeschwächte Frage danach, aufweicher historischen Schicht zukünftige Planungen aufbauen können. Es soll eine Analyse des Vorhandenen vorgenommen werden und nach Formen gesucht werden, einzelne Schichten im Stadtbild lesbar zu machen.

Ich glaube, daß in der Differenz dieser beiden Texte genau das Unbehagen, auf das Herr Stimmann vorhin reagiert hat, zum Ausdruck kommt. Es ist in dem Text nicht zu lesen, nach allen Schichten, die erhalten werden sollen oder in einen neuen Kontext gestellt werden sollen, sondern ich lese diesen Text mehr als Variation des Satzes: Geschichte ist das, was man sich aus ihr nimmt. Ich denke, daß die Fragestellung auch des ersten Teils immer wieder um diesen Punkt kreist und ich will daher im folgenden kurz auf den Begriff des historischen Stadtgrundrisses als Ressource für die Zukunft eingehen, die Herr Mönninger auch angesprochen hat. Ich stelle fest, daß wenn im Rahmen des Planwerks von historischem Stadtgrundriß die Rede ist, dann immer nur eine ganz bestimmte Ausbildung des Stadtgrundrisses gemeint ist. Folglich enthält dann auch der Stadtgrundriß als Gedächtnis der Stadt eine vermeintliche, nämlich die vermeintlich wiederzugewinnende Stadtidee, nicht aber

die wirkliche Geschichte der Stadt. Das heißt, in verschiedenen historischen Schichten, die sich an einem Ort bzw. in der Topographie des Stadtgrundrisses abgelagert haben. Die Moderne ist bei dieser Begriffsbildung aus dem Stadtgedächtnis von vornherein getilgt. Wenn ich denke, was vorhin angemerkt wurde, daß selbst wenn die Moderne nicht in der Kategorie der Fortentwicklung des Stadtgrundrisses gearbeitet hat, sie eher in großen, räumlichen Kompositionen gearbeitet hat, die dann doch Teil des historischen Stadtgrundrisses geworden ist, und insofern wir auch einen historischen Begriff des historischen Stadtgrundrisses entwickeln müssen. Da der Stadtgrundriß dann aber nur noch den historischen bzw. seine Störungen oder Vernichtungen enthält, also gewissermaßen nur noch die Entgegensetzung von Stadttypologien erinnert, dann schließlich sind natürlich auch die historischen Zusammenhänge, die zum Verlust des vormodernen Stadtgrundrisses geführt haben, vor allem oder wenigstens auch Krieg und Zerstörung Schuld an diesem Verlust, sondern allein die Moderne hat die alte Stadt auf dem Gewissen. Ich denke, daß hier eine Identifikation, wie in diesem zitierten Text gesprochen, mit einer bestimmten historischen Schicht, die Identifizierung verschiedener Schichten, wie in dem anderen Text zu lesen war, die Herstellung ihrer Lesbarkeit vor Ort tatsächlich das entwickeltere historische Bewußtsein sein sollte. Während zum Beispiel solche Aktivitäten, die sicherlich aus Festivalisierung bezeichnet werden können, aber dann doch stattgefunden haben, wie etwa die Geschichtsmeile Wilhelmstadt, die Markierung des Mauerverlaufs oder auch in gewisser Weise die Schloßkulisseninszenierung, gerade die Differenz zwischen den historischen Schichten markiert und zum Gegenstand der öffentlichen Reflexion machten. Also Grundrisse ineinander schrieben, ohne daß dies zugleich als Bauankündigung verstanden werden muß, überschreibt das Planwerk den historisch gewachsenen Stadtgrundriß durch eine idealisierte frühere Schicht und läßt keinen Zweifel daran, daß es vor allem um Baulandsausweisung geht. Unter dialogischer Stadtumbau würde ich mir daher eher vorstellen Brüche zu gestalten, Brüche, die tatsächlich durch das Zusammentreffen verschiedener Stadtfragmente unterschiedlicher Entstehungszeit gegeben sind, die gerade durch Gestaltung sinnvoll aufeinander zu beziehen wären und dennoch als zeitgenössische Stadt funktionieren und offen für zukünftige Entwicklungen sind.

Ich teile die Idee, daß der Stadtgrundriß als eine Ressource aufgefaßt werden kann für zukünftige Stadtentwicklung, auch der historische nicht mehr vorfindbare, vormoderne Stadtgrundriß, da er doch erlaubt, die Vorgeschichte moderner Strukturen zu erinnern und für Bereichen, in denen Veränderungsbedarf entsteht, einen Dialog über historisch bereits vorangegangene Grundrißvarianten zu ermöglichen. Aber ich denke, wenn diese Bild Ressource nicht nur ein Bild sein soll, das an Fossile durch Ablagerungen von Deckschichten ans Licht zu holende aufzehrbare Flöze erinnern soll, sondern als erneuerbare Ressource, daß dies dann voraussetzt, daß die jeweils historischen Schichten auch als historisch Gewordenes jeweils begriffen werden, die nicht nur in der Geschichte gleichweit zu Gott stehen, wie Ranke sagt, sondern auch in der Zukunft als stets neu zu befragende Stadtmodelle. Auch wenn wir heute einzelne verwerfen, haben wir die Aufgabe, auch späteren Generationen diese Befragung zu ermöglichen, also Stadträume unterschiedlicher Geschichte und Typologie zu erhalten in Respekt vor deren Eigenart fortzuentwickeln, städtebauliche Mängel zu beseitigen und sie in neue Zusammenhänge zu integrieren. Ich denke, das ist nicht nur eine Beendigung der Geschichte, die aus geschichtslosem Avantgardismus, aus dem Bruch mit den Institu-

tionen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch eine Beendigung der Geschichte gibt, die aus dem Posthistoire folgt, aus der Auflösung der Kategorie des Neuen, wo alles schon einmal dagewesen ist, muß in den Trümmern das alte Wahre, das es angeblich schon gegeben hat, gerettet werden. Aber wer die westliche Moderne und auch die staatssozialistische Moderne und ihr Ende haben das Ende der Geschichte gebracht. Die Moderne ist vielmehr selbst historisch geworden. Inwieweit die Moderne dabei ihre eigenen Voraussetzungen aufgezehrt hat und insofern der anhaltende Dialog der Moderne mit der Vormoderne Bedingung einer reflektierten Fortführung der Moderne ist, läßt sich in der Tat diskutieren. Daß aber, wie in dem zitierten Vorwurf zu der Einladung heute die Beendigung der Geschichte Folge der sozialen Utopie der Moderne gewesen sei, gibt für meine Begriffe ein Geschichtsbewußtsein zu erkennen, in dem die soziale Frage keinen Platz mehr hat. Wenn Herr Stimmann vorhin sagte, daß die Moderne den historischen Text negiert hat und keinen neuen Text geschärft hat, könnte es ja auch sein, daß uns der Text der Moderne vielleicht deswegen verlorengegangen ist, weil die soziale Utopie aufgegeben wurde. Nach dem Ende des feudalistischen Wohlfahrtsstaates wird die Frage nach der sozialen Stadtentwicklung aber zweifellos entscheidendes Gewicht erlangen. Nicht umsonst wird dies ja auch in der Berliner Politik stärker als zuvor auch auf offizieller Ebene diskutiert. Jürgen Habermas fragte letzte Woche vor dem Kulturforum der SPD den Kandidaten:

'Wir wollen alle von Ihnen wissen, was das heißt Modernisierung und soziale Gerechtigkeit zu versöhnen. Wir wollen wieder wissen, wie das geht.' Schröder hat Habermas nicht geantwortet, aber wie der Tagesspiegel vermerkt, wird das seine Wahlchancen eher erhöhen (Gelächter).

Ich denke, daß die Neuformulierung einer sozialen Utopie den Anspruch der Moderne auf politische Grundrechte und soziale Gerechtigkeit aufhebt, wenn man so will reinterpretiert, daß es ohne eine solche Neuformulierung keine Selbstdarstellung der Stadt, das heißt der städtischen Gemeinschaft im historischen Zentrum geben wird. Und die Orientierung des Planwerks auf die eigentumsfähigen Schichten hat auf diese Frage bisher keine Antwort gegeben. (Beifall)

### **Paul Widmer**

Die Tatsache, daß ich die freundliche Einladung von Herrn Stimmann angenommen habe, belegt, daß die Diplomatie auch nicht mehr das ist, was sie denn einmal war (Gelächter). Denn Sie können in jedem Handbuch der Diplomatie nachlesen, daß man sich nicht in Angelegenheiten einmischen soll, die eigentlich doch innerstaatliche sind. Ich glaube, das hier ist schon eine Berliner Angelegenheit. Also wenn ich schon gegen die Prinzipien meines Berufes verfare, dann werde ich mich doch immerhin darauf beschränken, daß meine Äußerungen sich eigentlich auf die schweizerische Liegenschaft, die offizielle Liegenschaft, hier in Berlin beschränken. Ich nehme an, die meisten von Ihnen wissen, wo die Schweizer Botschaft liegt, also es geht nicht um das Haus der Schweiz (Gelächter) an der Ecke Unter den Linden/Friedrichstraße, sondern um die Vertretung im Spreebogen. Wir haben ein ganz großes Glück gehabt, daß diese Liegenschaft, wenn ich so sagen darf, zwei Feinde überlebt hat, und damit möchte ich auch auf die Frage der Dame von der Universität

Bochum antworten. Das eine natürlich ist der Krieg und das andere war Speer. Ich habe in den Archiven der Verwaltung von Senator Strieder einen Brief gefunden, da stand drinnen, man könne nicht bis zum 1. September 1938 warten, bis die Schweizer endlich ausgezogen seien. Die verschiedenen Botschaften, die im Alsenviertel waren, die mußten wegziehen, einige sind es auch, wie die Dänen und die Norweger. Die jetzt im südlichen Spreebogen sind, die waren früher alle auch im Alsenviertel. Das Alsenviertel hätte systematisch geräumt werden müssen. Wir waren in der glücklichen Lage, daß wir dort ausharren konnten, obwohl wir eigentlich, so wäre es planmäßig vorgesehen gewesen, heute in einem Reflexionsbassin der großen Halle des deutschen Volkes wären. Wir haben also dort noch einen Zeugen des Alsenviertels, den letzten Zeugen, und sind mittlerweile in eine sehr strategische Lage in Berlin geraten.

Ich möchte diese Gelegenheit auch benutzen, mal eine Legende zu zerstören, sofern man das auch kann. Ich zweifele allerdings daran, weil eben die Antwort bzw. Lösung so einfach ist. Ich höre immer wieder, wie wir uns hätten verteidigen müssen, nachdem das Parlament entschieden hatte, daß Berlin wieder Regierungs- und Parlamentssitz sein solle, daß man uns hätte dort vertreiben wollen. Dem ist nicht so. Man hatte uns zwar, das stimmt, nach dem Entscheid vom Juni 1991 angefragt, ob wir bereit wären, unser Gelände abzutreten, da es ja das einzige Gelände ist im Spreebogen, das weder dem Land Berlin noch dem Bund gehört. Unsere Antwort war damals etwas, würde ich sagen, vernünftig. Wir sagten, wir möchten den städtebaulichen Wettbewerb abwarten und schauen, ob dieses Gebäude Platz hat im neuen Regierungsviertel. Als wir dann sahen, daß mehr als 95 Prozent der Projekte das Haus integral bewahrten, da meldeten wir unseren Wunsch an, daß wir dort verbleiben möchten, wo wir schon seit 1920 waren. Das wurde sofort verstanden, sowohl von der Regierung wie auch von der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft, die ebenfalls sonst Interesse daran gehabt hätte. Also da war nichts von einem großen Druck.

Nun werden wir im zukünftigen Regierungsviertel sein. Bis vor zwei Jahren wohnte ich in jenem Gebäude und ich hoffe, daß in gut zwei Jahren der Botschafter wieder in jenem Gebäude sein wird. Wir sind dort, wie ich meine, Ausdruck etwas Wichtigem. Eine Botschaft hat ja auch eine Funktion im städtebaulichen Ensemble und das ist, daß sie die Anerkennung eines Staates durch die Staatengemeinschaft ausdrückt. Eine Botschaft kann ja nur in einer Hauptstadt sein. Von dort her finde ich es in einem übergeordneten Sinn sehr gut, daß wir die Möglichkeit haben, auch dieses Symbol dort zu setzen. Selbstverständlich ist eine Botschaft auch ein Repräsentation eines Staates und insofern könnten wir uns keinen besseren Platz denken als diesen, den wir dort haben. Wir sind stolz darauf, weil die Beziehungen mit Deutschland ohnehin mit Abstand die wichtigsten sind.

Ich könnte auch nicht unbedingt die Bedenken teilen, die ich in einem Referat hörte, was das Demokratieverständnis betrifft, sofern das Forum der Republik nicht gebaut wird. Wenn dort eine Parklandschaft wäre, so würde nach meinem Verständnis eigentlich nichts an demokratischer Gesinnung abgehen, im Gegenteil, weil ich einige Staaten kenne, in denen eine Wiese eigentlich die Kernzelle der Demokratie ist (Gelächter), wie in England, ich glaube auch in Amerika und von meinem Land möchte ich jetzt nicht sprechen (Gelächter).

Was das Gebäude unseres Selbst betrifft, so glauben wir, den Ideen von Berlin am ehesten gerecht zu werden, indem wir Historisches mit Zeitgenössischem verbinden. Wir werden Historisches insofern verbinden, als wir das bestehende Gebäude denkmalgerecht erhalten, denn es ja von 1870 und somit älter als der Reichstag. Ich sage auch denkmalgerecht, denn nach unserer Ansicht ist es nicht denkmalgeschützt. Es kann nicht denkmalgeschützt sein, weil es exterritorial ist. Aber wir werden es denkmalgerecht erhalten. Wir werden einen Anbau erstellen, sobald der Tiergarten-Tunnel auf unserer Höhe überdeckelt ist und das sollte Ende September der Fall sein. Dieser Anbau wird die Struktur des Alsenviertels wieder aufnehmen, es wird ein individueller Baukörper erstellt von Diener & Diener, kontrastierend mit dem alten Gebäude, allerdings gewisse Strukturen aufnehmend. Er soll anzeigen, daß dort früher ein anderes Stadtpalais stand, das die Alsenstraße fortsetzte auch in einer Querlage zur Fürst Bismarck Straße oder zur Otto von Bismarck Allee, wie sie mittlerweile heißt. (Beifall)

### **Jörg Haspel**

Die Denkmalpflege gilt ja nicht unbedingt als bewandert auf dem diplomatischen Parkett und manchmal sogar als etwas unbotmäßig, insofern ist es sicher kein Vergleich und wir haben uns sozusagen eingemischt und im Nachhinein aufs Podium quasi gedrängt. Das unterscheidet uns von Herrn Widmer. Aber in einem Punkt würde ich ihm sagen, unabhängig von dem diplomatischen und von dem denkmalschutzrechtlichen Status der Schweizer Botschaft, über den wahrscheinlich noch lange diskutiert wird, würde ich sagen, wenn sich alle Botschaften so verhielten, wie sich die Schweizer Botschaft in Berlin verhalten hat, und wenn sich alle Verfassungsorgane so verhielten, wie sich die Schweizer Botschaft hier verhalten hat, dann bedürfte es einer gesetzlichen Denkmalpflege überhaupt nicht. Das wäre uns ja das liebste, insofern könnten wir damit sozusagen den Diskussionsbeitrag zu unserer Erübrigung stellen. (Zwischenruf) Nein, wollen wir nicht, aber wenn es sich sozusagen so verallgemeinern würde dieses denkmalpflegerische Anliegen, dann bedürfte es dieser Diskussion über die Denkmalbürokratie oder die denkmalpolizeilichen Instrumente vielleicht weniger. Ich möchte aber auf zwei Dinge eingehen, das eine ist so dieses denkmalpflegerische Verständnis von der Stadt oder der Geschichte als Ressource und das im doppelten Sinne, zum einen als materielle Ressource natürlich, aber auch als ideelle Ressource. Davon ausgehend, daß der Denkmalort Berlin unter den bundesdeutschen Städten zumindest sich durch eine ausgesprochene Vielschichtigkeit, Komplexität auszeichnet, also eine Ressource besitzt, wie sie keine andere Stadt in dieser Art und Weise und auch in dieser Widersprüchlichkeit besitzt, ist das natürlich sehr schwierig das unter dem, sage ich mal, gängigen Begriff eines Erbes zu fassen. Es ist nicht einfach das, was man normalerweise sozusagen unter den großen Mantel nimmt und versucht irgendwo zu vereinheitlichen, sondern dieses Erbe in Sicht derart auf Widerspruch und auf Gegensätze angelegt, daß es ständig diese Diskussion auslöst. Insofern glauben wir, ist es ein sehr produktives Erbe oder ist eine sehr produktive Ressource, um die sich die Denkmalpflege kümmert. Die Schwierigkeit besteht unter anderem darin, daß die Ressourcen, die sich da in dem historischen Prozeß überlagert, angesammelt, angesammelt haben, daß die teilweise zustandegekommen sind durch die Zerstö-



rung von Vorgängerressourcen, Es ist ja nicht so einfach mit diesem Schichtenmodell, daß die alle so schön übereinander lägen und man dann sozusagen im Multiple-choice-Verfahren irgendwie entscheiden könnte, an welcher Schicht ist mir gerade gelegen oder wo ist meine Leitschicht, sondern sie liegen übereinander, nebeneinander, sie haben sich teilweise ersetzt. Es sind Schichten, Ressourcen getilgt, vernichtet worden, um diesen neuen Platz zu machen. Das macht die Diskussion darum, wie machen wir diese Ressource produktiv, glaube ich schwieriger, als es der Fall wäre zu sagen einfach: Wo ist unsere historische Leitebene, an der wir uns orientieren können?

Ich glaube, daß man aus diesem Ressourcenthema zweierlei lernen kann. Erstens, daß eine Wiedergutmachung an der erfolgten Zerstörung von den historischen Ressourcen nicht darin bestehen kann, daß diese dadurch neu geschaffenen Ressourcen ihrerseits wieder zur Disposition gestellt werden. Das heißt, die ganze Diskussion um Wiedergutmachung von uns heute teilweise als städtebauliche Sünden oder Sünden an der Geschichte empfundenen Ergebnissen, diese Wiedergutmachung kann nicht in der Art und Weise erfolgen, daß man sozusagen unter umgekehrten Vorzeichen unter immer besseren - in jeder Gegenwart sind es die besseren Vorzeichen natürlich, die moralisch hochwertigeren - wieder diese Zerstörung historischer Ressourcen vornimmt.

Das zweite ist, der Umstand, daß es dieses Schichtenmodell gibt und daß Geschichte aus Geschichten bestehen soll und sie sich immer weiterentwickelt hat, bietet meines Erachtens in der heutigen Situation überhaupt keine Legitimation dafür, damit fortzufahren in dem altbewährten Sinn, also in diesem Sinne fortzubauen, wie das so schön heißt, indem man sagt, jetzt kommt einfach die nächste Schicht und dazu müssen wir ein bißchen Altschichtenverminderungen vornehmen, um dieser neuen Schicht, dieser Gegenwart, Platz zu geben, sondern es darfeigentlich nicht zu einer neuen Zerstörung kommen.

Wozu ist diese Ressource nützlich? Zum einen muß man in einem ganz materiellen, handfesten Sinn sehen, sechzig Prozent des Sondermüllaufkommens in der Bundesrepublik Deutschland sind Bauschutt, ist Bauabfall, wir müllen uns zu. Insofern kann ich nur sagen, es ist ein Umdenken angesagt. Ich glaube, daß auch unsere Geschichtsmodelle davon ausgehen, die Gegenwart hat das gleiche Recht wie das 18. Jahrhundert, das 19. Jahrhundert usw., daß dieses Denkmodell, daß sozusagen die Kontinuität aus dieser Geschichte glauben zu können, daß dieses an einem Punkt angelangt ist, wo es ganz ernsthaft auf seine Tauglichkeit, auf seine Zukunftstauglichkeit materiell geprüft werden muß. Ich will da nicht weiter etwas zu sagen.

Das zweite ist, wir begreifen diese Ressource als ausgesprochen nützlich in einem ideellen Sinn insofern, als sie Lebensweisen, Kulturvorstellungen verkörpert, von denen wir wissen, daß sie - es wurde schon gesagt - obsolet sind. Also es braucht überhaupt keine Denkmalpflege, wenn sozusagen die Geschichte funktionsfähig in diesem Sinne einfach wäre und einfach weiter in Funktion oder weiter in Betrieb gehalten werden könnte, sondern die Denkmalpflege entsteht durch die Gefährdung, dadurch, daß diese älteren Zustände obsolet werden, um sich dann dafür einzusetzen und zu sehen, wie man diesen Zeugnissen eine Überlebenshilfe gibt.

Wir brauchen das deshalb, weil da unglaublich viel Erfahrung gelagert ist, gewissermaßen archiviert ist, vorgehalten wird, die uns in Zukunft nützlich sein kann. Insofern kann man

sagen, es ist vielleicht auch gar nicht so verkehrt, wir sind auch ein Stück weit positivistisch in dem Sinne, wie die Artenschützer, die sozusagen für die einzelne Art oder was sich dort auf der roten Liste auch nicht ständig unter einem Legitimationszwang stehen, um zu sagen, wofür könnte die Menschheit diese oder jene Art vielleicht noch gebrauchen, sondern die sagt, wir müssen diese Vielfalt der Assoziationsmöglichkeiten, der Kombinationsmöglichkeiten, die müssen wir offen halten. Das ist auch die Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege, dieses Gesamtspektrum, diesen Reichtum vorzuhalten für einen zukünftigen Bedarf. Das bezieht mit ein das Erinnerungspotential natürlich an Diktaturen, das bezieht ein natürlich das Erinnerungspotential und die vergegenwärtigte Geschichte an Leitbilder, Leitvorstellungen, von denen wir heute glauben, daß sie uns kein Zukunftsmodell mehr liefern, aberwo wir sagen können, es kann Situationen geben, wo es nützlich ist, diesen Erfahrungsschatz nicht getilgt zu haben, sondern sozusagen reaktivieren zu können aus diesem Speicher.

Der denkmalpflegerische Traum würde also so aussehen, daß man sagt, wir wollen Denkmalressourcen nicht nur einfach schonen oder nicht nur einfach so bauen, daß ressourcendienlich, denkmaldienlich gebaut wird, sondern wir würden eigentlich am liebsten sagen, wir möchten die Beweislast umkehren. Wir möchten, daß derjenige, der abreißt, der neu baut als Konkurrenz zum Bestand und damit den Bestand indirekt funktional in Frage stellt, daß der den Nachweis darüber erbringen muß, daß dieser Verlust nicht eines Tages bereut wird, daß sozusagen diese uneingelösten Wechsel in die Zukunft, die wir immer damit verbunden bekommen, daß die tatsächlich eingelöst werden und nicht, daß die Denkmalpflege ständig sozusagen für ihre Haltungsanliegen in diese Legitimation drücken.

Das ist ein Traum. Aber zu sagen, eigentlich müßten doch diejenigen, die abreißen wollen, mal sagen, was an dessen Stelle kommt und ob dieses tatsächlich besser ist, und wer uns die Gewähr dafür gibt, daß wir das, was wir abreißen, wovon wir uns verabschieden, daß dies nicht eines Tages wieder benötigt wird. Es gibt so eine ganze Reihe von Erfahrungen aus der Geschichte der Denkmalpflege und auch aus der Geschichte des Städtebaus, in denen leiden wir heute, wie es schon richtig gesagt wurde. Sie bestärken mich in der Auffassung, daß wenn man diese Beweislast umkehren würde, vieles sehr viel behutsamer, bestandsorientierter tatsächlich sich entwickeln würde und die Geschichte zeigt, daß vieles, was aufgegeben wurde, damals in bester Absicht und in größter Zuversicht heute bitter vermißt wird, auch in dieser Stadt.

Zum Thema des Verhältnisses von Denkmalpflege und Kontinuität oder Traditionspflege, wie es ja auch in dem Stichwort heißt. Was kann die Denkmalpflege dafür leisten? Es gibt so eine große Verwechslung eigentlich von Traditionspflege, Erbpflege, Stadtbildpflege, alles pflegt sich kreuz und quer, die Heimatpflege, die Großstadttheimat wird mitgepflegt. Denkmalpflege hat darin sozusagen einen ganz eingegrenzten, konkretisierten Gegenstand. Sie hält nämlich den Stoff vor, die Substanz vor eigentlich, um die materielle Überlieferung dieser Geschichte zu sichern, um die Materialisation von Geschichte zu wahren in der Annahme, daß sich an dieser Substanz, an diesem Stoff die gesellschaftliche Auseinandersetzung entzünden kann, daß dieser unterschiedlich benutzt, gelesen, rezipiert werden kann, daß dieser offen ist, daß er interpretiert werden kann, daß er im Sinne eines Textes unterschiedlich gelesen werden kann und daß sozusagen diese Substanz irgendwo Urkundencharakter hat, der

sagen, es ist vielleicht auch gar nicht so verkehrt, wir sind auch ein Stück weit positivistisch in dem Sinne, wie die Artenschützer, die sozusagen für die einzelne Art oder was sich dort auf der roten Liste auch nicht ständig unter einem Legitimationszwang stehen, um zu sagen, wofür könnte die Menschheit diese oder jene Art vielleicht noch gebrauchen, sondern die sagt, wir müssen diese Vielfalt der Assoziationsmöglichkeiten, der Kombinationsmöglichkeiten, die müssen wir offen halten. Das ist auch die Aufgabe von Denkmalschutz und Denkmalpflege, dieses Gesamtspektrum, diesen Reichtum vorzuhalten für einen zukünftigen Bedarf. Das bezieht mit ein das Erinnerungspotential natürlich an Diktaturen, das bezieht ein natürlich das Erinnerungspotential und die vergegenwärtigte Geschichte an Leitbilder, Leitvorstellungen, von denen wir heute glauben, daß sie uns kein Zukunftsmodell mehr liefern, aber wo wir sagen können, es kann Situationen geben, wo es nützlich ist, diesen Erfahrungsschatz nicht getilgt zu haben, sondern sozusagen reaktivieren zu können aus diesem Speicher.

Der denkmalpflegerische Traum würde also so aussehen, daß man sagt, wir wollen Denkmalressourcen nicht nur einfach schonen oder nicht nur einfach so bauen, daß ressourcendienlich, denkmaldienlich gebaut wird, sondern wir würden eigentlich am liebsten sagen, wir möchten die Beweislast umkehren. Wir möchten, daß derjenige, der abreißt, der neu baut als Konkurrenz zum Bestand und damit den Bestand indirekt funktional in Frage stellt, daß der den Nachweis darüber erbringen muß, daß dieser Verlust nicht eines Tages bereut wird, daß sozusagen diese uneingelösten Wechsel in die Zukunft, die wir immer damit verbunden bekommen, daß die tatsächlich eingelöst werden und nicht, daß die Denkmalpflege ständig sozusagen für ihre Haltungsanliegen in diese Legitimation drücken.

Das ist ein Traum. Aber zu sagen, eigentlich müßten doch diejenigen, die abreißen wollen, mal sagen, was an dessen Stelle kommt und ob dieses tatsächlich besser ist, und wer uns die Gewähr dafür gibt, daß wir das, was wir abreißen, wovon wir uns verabschieden, daß dies nicht eines Tages wieder benötigt wird. Es gibt so eine ganze Reihe von Erfahrungen aus der Geschichte der Denkmalpflege und auch aus der Geschichte des Städtebaus, in denen leiden wir heute, wie es schon richtig gesagt wurde. Sie bestärken mich in der Auffassung, daß wenn man diese Beweislast umkehren würde, vieles sehr viel behutsamer, bestandsorientierter tatsächlich sich entwickeln würde und die Geschichte zeigt, daß vieles, was aufgegeben wurde, damals in bester Absicht und in größter Zuversicht heute bitter vermißt wird, auch in dieser Stadt.

Zum Thema des Verhältnisses von Denkmalpflege und Kontinuität oder Traditionspflege, wie es ja auch in dem Stichwort heißt. Was kann die Denkmalpflege dafür leisten? Es gibt so eine große Verwechslung eigentlich von Traditionspflege, Erbpflege, Stadtbildpflege, alles pflegt sich kreuz und quer, die Heimatpflege, die Großstadtheimat wird mitgepflegt. Denkmalpflege hat darin sozusagen einen ganz eingegrenzten, konkretisierten Gegenstand. Sie hält nämlich den Stoff vor, die Substanz vor eigentlich, um die materielle Überlieferung dieser Geschichte zu sichern, um die Materialisation von Geschichte zu wahren in der Annahme, daß sich an dieser Substanz, an diesem Stoff die gesellschaftliche Auseinandersetzung entzünden kann, daß dieser unterschiedlich benutzt, gelesen, rezipiert werden kann, daß dieser offen ist, daß er interpretiert werden kann, daß er im Sinne eines Textes unterschiedlich gelesen werden kann und daß sozusagen diese Substanz irgendwo Urkundencharakter hat, der

so sakrosankt sein müßte, daß auch künftige Generationen, wenn sie diesen Text lesen, nicht lesen, was wir uns heute gedacht haben, sondern was die Geschichte eigentlich über dieses Dokument auszusagen imstande ist. Das erklärt sozusagen die Pietät, mit der die Denkmalpflege teilweise ihr Anliegen vorträgt. Also wenn man darüber nachdenkt, wir hatten das in der Vorbereitungsdiskussion, wie man „new traditions“ setzt, man kann auch New Monuments setzen und dadurch Identität scharfen, man kann Gedenktafeln bauen, die Archive haben eine Aufgabe, die Museen, die Geschichtswissenschaft. Es gibt die schönste und bezeichnendste Verwechslung, wann immer in Berlin ein Denkmal gebaut wird, ein Holocaust-Denkmal, da können Sie sicher sein, daß pro Woche fünf Anfragen an das Landesdenkmalamt gesandt werden in der Annahme, es sei Aufgabe dieses Landesdenkmalamtes dieses Denkmal zu bauen. Wenn die Prinzessin Di mit einem Vorschlag aus Großbritannien kommt, vielleicht auch direkt schon in Zeichnung umgesetzt und mit einem Finanzierungskonzept, das wird von der Senatskanzlei an das Landesdenkmalamt gegeben, als sei die Vergegenwärtigung dieses Vorgangs ein denkmalpflegerischer Auftrag. Also diese Art von Traditionspflege, die in sich durchaus legitim sein mag, greifen wir nicht als konservatorisches Anliegen auf- noch nicht - das schließt ja nicht aus, daß das alles Denkmalschutzerwartungsobjekte sind (Gelächter). Wir halten dieses Geschichtszeugnisse vor für die Gesellschaft und begreifen das in dem Sinne als offen für die Interpretation, das heißt auch, daß wir selbst mißtrauisch sind gegenüber Interpretationen, oder ich sage es einmal etwas krasser, gegenüber Zurichtungen der Geschichte, weil wir wissen, welches Unheil dieses schon ausgelöst hat, und wir sind hier, es wurde eingangs erwähnt, in einem Gebäude, das in sich schon so eine wechselnde Einschätzung und Beurteilung erfahren hat, daß es uns sozusagen in dieser Überzeugung bestärkt, davon nicht abzulassen. Nun hat Herr Härtung, das muß ich doch noch aufgreifen, so war es ja Wahrscheinlich auch gemeint, als kleiner, griffiger Begriff vom Zwangslehrpfad der Baugeschichte gesprochen und damit eigentlich suggeriert, daß die Gesellschaft von der Denkmalpflege Geschichtsbilder verordnet bekommt, daß ihr ein Geschichtsbild oktroyiert wird, das System ist umgekehrt. Erstens ist Denkmalpflege verkürzt gesagt so etwas wie das in Verwaltung, in Gesetze, in Haushalte, in Personal geronnene, gesellschaftliche Denkmalbewußtsein. Fast möchte man sagen, jede Gesellschaft, auch Berlin, hat die Denkmalpflege, die sie verdient. Zweitens, unser Auftrag besteht (Gelächter) doch darin, die Geschichte als Potential vorzuhalten. Das heißt, wir setzen uns dafür ein, daß Sie Herr Härtung und anderen auch die Begegnungsmöglichkeiten mit dieser Geschichte vorgehalten wird. Das ist unsere Aufgabe. Wenn es weggenommen und zerstört wird, dann ist diese Begegnungsmöglichkeit und die Auseinandersetzung mit dem authentischen Gegenstand buchstäblich ausgebaut. Das heißt, derjenige, der sagt, die Denkmalpflege zwingt uns, diesem zu begegnen, dem muß man einfach entgegenhalten, umgekehrt heißt es, daß sie der Gesellschaft diese Möglichkeit der Auseinandersetzung am Originalgegenstand nehmen wollen, daß sie sie berauben wollen und dazu zahlt die Gesellschaft die Denkmalpflege, daß sie dieses verhindert. Nicht mehr und nicht weniger machen wir. Danke. (Beifall)

**Rudolf Schäfer**

51

Dokumentation des 69. Stadtforums „Stadt und Geschichte“  
Koordinationsbüro Stadtforum, Juli 1998

Mir ist jetzt gerade von den Beiträgen der Denkmalseite ein wenig unklar geblieben, was jetzt eigentlich Denkmalschutz und Denkmalpflege im engeren ist. Es ist ja nicht nur so, daß wir uns da in einem luftleeren Raum bewegen. Herr Dieckmann hat sehr eindrücklich Beispiel von Einzelgebäuden beschrieben, die weg sind. Wir haben aber an anderer Stelle zu diskutieren, auch unter diesem Geschichtsaspekt, ein Thema Planwerk Innenstadt, wo ja fast nichts an physischer Substanz beseitigt werden soll, das zeigen diese Pläne, sondern wo Grundrisse, Strukturen, Kompositionen verändert werden und wo wir ganz andere Flächendimensionen haben. Also ich habe ein Unbehagen, wenn wir jetzt uns sehr stark einerseits über Historisches unterhalten und dann aber das gleich sehr stark synonym setzen mit Denkmalschutz. Das ist ja eine klar geregelte Angelegenheit. Wir alle kennen das Berliner Denkmalschutzgesetz. Wir wissen, daß wir ein bestimmtes Verfahren brauchen, um hier Objekte unter Schutz zu stellen. Ich will einfach das noch einmal etwas zuspitzen, weil ich nicht mir vorstellen kann auch von selten der Denkmalvertreter, daß sie das so flächendeckend überhaupt meinen können, wie wir es hier aber im Grunde diskutieren müssen, wenn wir Umgang mit gebauter Stadtgeschichte diskutieren. Ich würde einfach die Formel von Herrn Flierl doch noch einmal an der Stelle einbringen, weil mir das nicht als Mittelposition, aber doch als eine rein aufhebende Position sein könnte, nämlich er hat den dialogischen Stadtbau, den Herr Stimmann hier zitiert hat, selbst definiert mit Gestaltung von Brüchen und Stadtgrundriß als Ressource nutzen. Das beinhaltet ja beides, das Bewahrende und das Weitergeben. Es wird ja Veränderungen geben und den wird man sich nicht entziehen können.

### **Hans G. Helms**

Ich bin Sozial- und Wirtschaftshistoriker. Ich habe mich sehr mit Berlin beschäftigt und bin etwas überrascht über die Diskussion, die ich heute hier im Stadtforum zum ersten Mal miterleben darf, weil politökonomische Überlegungen offenbar in dieser Zeit überhaupt keine Rolle spielen. Das ist verständlich, denn sie hat ja keine Ökonomie, sie hat nur Schulden und die Stadt verkauft sich aus. Aber trotzdem müßte man doch dem ein wenig Aufmerksamkeit schenken, meine ich. Herr Dieckmann hat in einigen Bemerkungen schon darauf hingewiesen, auch von Herrn Flierl habe ich Ähnliches gehört, ich weiß, daß Herr Welch Guerra in einem längerem Gespräch, das wir vor einem Jahr geführt haben, sich über so etwas Gedanken gemacht hat. Aber hier, heute, ist davon eigentlich nicht die Rede gewesen, genausowenig wie von den Verkehrsproblemen dieser Stadt, die ja eklatant sind und mindestens auf einer Ebene stehen mit denen in Frankfurt am Main, der wirklichen Hauptstadt Deutschlands. Das führt zu einem anderen Problem. Wenn man die Ökonomie dieses Landes betrachtet, die im wesentlichen ja global-ökonomische Züge angenommen hat, dann ist natürlich Berlin eine Wohnstadt im Osten des Landes, von der man im Westen kaum Notiz nimmt. Die wirkliche Hauptstadt des Landes ist ja auch nicht Bonn, dieses kleine Dorf da am Rhein, sondern die wirkliche Hauptstadt ist natürlich Frankfurt am Main mit einer der bedeutendsten Börsen dieser Welt, mit einigen der größten Banken dieser Welt, die sich ständig weitervergrößern, um am globalen Wettbewerb unter den zehn größten teilhaben zu dürfen. Wenn ich so durch diese Stadt wandere, stelle ich eben gerade das auch fest, daß die Ökonomie eigentlich das bestimmt, was hier an neuem Bild oder Unbild entsteht. Zum Beispiel sehe ich in der Entwicklung einen Rie-

gel, der sich vom Spreebogen oder Lehrter Bahnhofoder wie immer der in Zukunft heißen mag nach Osten hinüberzieht, mindestens bis zum Potsdamer Platz.. (Bandwechsel)... Wenn man mit der S-Bahn weiterfährt, sieht man die Glas-/Stahlpaläste der Industrieunternehmen dort, wo die Verkehrsverhältnisse eben für sie brauchbar sind. Wenn ich mir den Potsdamer Platz betrachte, stelle ich fest, daß die Unternehmen, die dort ihre Neben-Profitcenters errichtet haben wie DEBIS, das ist ja nichts Bedeutendes bei Daimler Benz, sondern nur Neben-Profitcenter, daß diese Unternehmen sich auch nicht einmal um irgendeine stilistische Eleganz bemüht haben. Das ist so, ja, ich würde sagen die Architektur des württembergischen Dorfes, die man dort etwas mammuthaft gesteigert hingesezt hat. Das spricht eigentlich auch für die Bewertung Berlins aus den Chefetagen der deutschen Globalkonzerne. Ich glaube, das Planwerk Innenstadt, das ja auch wenig Notiz von all diesen Dingen nimmt und mit Recht oder Unrecht auf Wohnbebauung und kleine Einzelhandel und kleine Geschäfte nimmt, auch nicht sehr erfolgreich sein kann, weil eben wie im Städtebau überhaupt die polit-ökonomischen Verhältnisse unserer Zeit sich verändert haben und nicht mehr denen entsprechen, unter denen die ideologischen Vorstellungen entstanden sind, die dort artikuliert werden. Ich denke beispielsweise an das Faktum, daß Hochhäuser beispielsweise kleiner werden, sie werden deswegen kleiner, weil Computer immer mehr Arbeitsplätze in Hochhäusern, also in Verwaltungen, beseitigen. Wir können davon ausgehen, daß in einigen Jahren die Hauptverwaltung eines Globalkonzerns wie Daimler/Chrysler sich in vielleicht zehn oder zwölf Etagen unterbringen läßt, weil das Backoffice ja gar nicht an Ort und Stelle zu sein braucht, sondern irgendwo ganz anders sich befinden wird. Mit anderen Worten:

Auch das, was jetzt hier gebaut wird, ist eigentlich schon überdimensioniert für die Bedürfnisse des heutigen Tages und der künftigen Jahre. Man kann das in Frankfurt auch studieren, der Messetower steht zu zwei Dritteln immer noch leer, er ist nicht vermietbar, das hängt auch mit der Architektur dieses Gebäudes zusammen. Hier sehe ich eigentlich auch nur Gebäude, die überwiegend leer stehen und von denen ich mir überhaupt nicht vorstellen kann, wie sie denn anders genutzt werden können, als durch Umwandlung in Wohnräume. Lassen wir es damit jetzt bewenden. (Beifall)

### **Gabriele Dolff-Bonekämper**

Was jetzt Geschichte ist, da haben wir ja verschiedene Vorschläge gehört. Ich finde was Thomas Flierl gesagt hat einen guten Ansatz zum weiteren Nachdenken. Du sagtest 'Geschichte sei das - ob Du das jetzt teilst oder nicht, das ist ja noch eine andere Frage -, was man sich aus ihr nimmt.' Das greift auf, was heute schon den ganzen Nachmittag immer wieder diskutiert wird. Es gibt eigentlich nicht diesen methodisch immer wieder neu betonten Gegensatz zwischen Vergegenwärtigung und Historisierung. Die Historisierung ist auch immer von einem gegenwärtigen Ansatz und einem gegenwärtigen Geschichtsinteresse getragen und insofern ist Geschichte das, was man sich jeweils aus ihr nimmt, aber das wechselt natürlich. Dazu habe ich verschiedene Überlegungen auch aus den anderen Beiträgen. Ich denke, weiter noch einen Satz von Thomas Flierl: 'Auch wenn heute bestimmte Modelle verwerfen - habe ich mir hier notiert - haben wir die Pflicht, den zukünftigen Betrachtern zu erlauben, auf diese zu sehen und zu prüfen,' Auf Herrn Stimmanns Satz

zurückzukommen: '...den Text möglicherweise zu lesen, der da vielleicht doch drinnen steht in den Bauten und Konzepten der Moderne.' Damit stellt sich nämlich die Frage:

Wie verhalten wir uns zu dem, was uns gerade nicht gefällt? Da erlaube ich mir einen älteren Ausspruch von Ihnen zu zitieren, Herr Dieckmann, Sie sagten irgendwann vor Zeiten: 'Geschichte ist die Vergegenwärtigung des Gelungenen' und ich widersprach und sagte: 'Es geht auch um das Mißlungene.' Womit ich zu Ihnen komme, Herr An-derson, wenn Sie sagen 'Das Häßliche kann weg.' Dieses Haus, in dem wir stehen und sitzen, ist häßlich, die Reichsbank ist häßlich, der Reichstag ist häßlich, das Reichsluftfahrtministerium ist häßlich und es ist ein antiquierter Masochismus, daß wir uns immerfort mit dem Anblick dieser häßlichen Gebäude weiter quälen wollen, wir Deutschen. Da kann ich nur sagen, Ordnungen können stürzen und wer wann was häßlich findet, das kann sich sehr verändern (Beifall). Ein weiterer Gesichtspunkt, wo ich eine Replik auf den Kollegen, dessen Namen ich leider auch nicht notiert habe, wagen will, er sagte: 'Welche Geschichte erwarten wir, welches Erbe nehmen wir an?' Ein Wir gibt es nicht. Es gibt in dieser von Antagonismen wirklich durch- und durchgepflügten Berliner Gesellschaft und deutschen Gesellschaft nicht das eine große WIR mit Großbuchstaben, sondern es gibt, wie Herr Mönninger und andere auch schon heute sagten, diese vielen partikularen Wirs. Und ob es ein großes WIR Deutschen geben sollte oder geben kann im Hinblick auf das, was wir heute diskutieren, das steht noch dahin. Deswegen, glaube ich, ist die Argumentation, die Herr Haspel am Schluß angefügt hat, daß es unsere Pflicht auch ist, ich bin Denkmalpflegerin, den zukünftigen Wirs, die sich vielleicht erst noch konstituieren werden, vorzuhalten, was da heute noch steht und ihnen zu ermöglichen auch festzustellen, finden sie jetzt das Staatsratsgebäude häßlich, kann es jetzt weg, oder die Staatsbank oder was auch sonst. Damit plädiere ich, auch wenn mir das nicht leicht abzunehmen ist, für mehr Demut. (Beifall)

### **Wolfgang Kil**

Mehr Demut schon, aber nicht unbedingt ein Denkmalpositivismus. Ich sehe völlig die Berechtigung ein, verschiedene Schichten zur Geltung kommen zu lassen. Ich habe übrigens Herrn Härtung nicht so verstanden, als ob er Geschichtsbilder von der Stadt oder der Denkmalpflege verlange, sondern daß er das Bild der Geschichte, was etwas anderes ist, vergegenwärtigt sehen möchte. Aber ich halte es doch für völlig legitim, den Gesichtspunkt des künstlerischen Wertes ins Spiel zu bringen. Insofern bin ich hier mißverstanden worden von Frau Dolf-Bonekämper, dieses Wort fiel Vergegenwärtigung des Gelungenen', aber es fiel im Zusammenhang mit Plänen zum Wiederaufbau des Potsdamer Stadtschlösses, mit Plänen zur Wiederrichtung der Fassade des Schlüter-Baues, es gibt da eine dogmatische Position, Repliken sind unzulässig. Wir leben in einer Stadt, wo mit Repliken schon zu Zeiten Friedrichs II. Großes geleistet worden ist. Die Kommode ist eine Replik des Michaela-Trakts von Fischer von Erlach von 1710 transponiert auf 1785 und was Sie links von der Staatsoper sehen, sind auch zwei Repliken. Also der Aspekt Vergegenwärtigung des Gelungenen zu betreiben und den Wert eines Bauwerks nicht am Stein haften zu lassen, sondern am künstlerischen Entwurf des Architekten, wie lange das her sein mag, das halte ich für einen Gesichtspunkt, der dem Denkmalpositivismus, dem Geschichtspositivismus an die Seite zu stellen ist, um überhaupt zu Kriterien zu kommen.

## **Friedrich Dieckmann**

Mir ist ein bißchen unbehaglich bei der Karriere, die heute der Begriff „Geschichte als Ressource“ gemacht hat. Herr Mönninger hat das zu Anfang eingeführt und das zog sich dann durch bis zum letzten Redner Herrn Haspel und alle waren sich irgendwie darin einig, das ist völlig unhinterfragt, auch Thomas Flierl, daß das sich offensichtlich um einen Stoff handelt, mit dem man irgendwie möglichst haushälterisch umgeht. Herr Mönninger hat zwar, leider ist er nun nicht mehr da und kann das Kompliment gar nicht hören, die Flucht nach vorn angetreten und hat gesagt man sollte den Umgang der Geschichte unter dem Aspekt der Zukunftsfähigkeit betrachten. Das ist ja noch einigermaßen vorstellbar, aber die Gefahr, die in dieser Objektbindung von Geschichte steckt hat er auch mitgeliefert, als er sagte: 'wir müssen sie bewirtschaften.' Ich glaube, dieser sehr pragmatische und sehr handfeste Umgang mit dem Konstrukt Geschichte als Ressource führt unter anderem dahin, daß wir bestimmte Dinge eben genau in unserem Geschichtsbild sehen, mit dem wir ja große Schwierigkeiten haben. Das führt nämlich immer zu dem Denken, Geschichte als Ressource sind Gegenstände, die man anfassen kann, die man behandeln, die man mißhandeln, die hier und da hinstellen, die man replizieren und sonst etwas kann, aber was ist denn mit der Geschichte, die eben genau sich nicht gegenständlich macht, Geschichte, die unter Zerstörung lief, die unter Abräumung besteht? Die Zerstörung der Frauenkirche in Dresden wäre so ein klassischer Fall. Da ist sozusagen das geschichtliche Faktum das Beseitigen eines Baudenkmals. Kann man dieses geschichtliche Faktum als Ressource handhaben, indem man das Bauwerk wieder hinstellt? Schade, ich hätte gern Herrn Mönninger dazu gehört, Jetzt ist er weg. Aber es waren ja noch ein paar andere da, vielleicht übernehmen die den Part, weil sie es ja bis jetzt auch positiv genommen. Zweites Beispiel. Was ist mit dem Mauerstreifen? Ein zweifellos wichtiges geschichtliches Moment dieser Stadt. Diese Stadt hatte nichts eiligeres zu tun, als den Mauerstreifen aus dem Antlitz der Stadt zu tilgen, nicht vielleicht weil die Mauer so eklig war, sondern weil der Streifen als Lücke, als das 'Void' dieser Modebegriff, den hier ein Kunstarchitekt in die Stadt gebracht hat, den sie alle gern im Munde führen, aber mit dem sie selber in der Praxis gar nicht damit umgehen können. Das muß sofort zugestopft werden. Der Mauerstreifen muß sofort aufgefüllt werden. Oder der Checkpoint Charlie muß sofort aufgefüllt werden. Ein Ort, der im Prinzip nur in seiner Leere als Ressource überhaupt funktioniert. Ich glaube, in diesem Ressourcenbegriff steckt genau dieses materialisierende Denken, das nach Gegenständen ruft und was dann in Berlin in dieser ungeheueren Vielzahl von Geschichtsvorfällen, die alle ins Leere mündeten, wo dann gegenständlich hineingestopft wird, ist das Nikolai-Viertel. Ich hätte gern in diesem Zusammenhang Herrn Mönninger gefragt, ob er denn mit dem Nikolai-Viertel als Atomkraftwerk oder als Hanfanpflanzung von Geschichtsdenken umgehen würde. Ich glaube, Vorsicht vor den Begriffen, diese Debatte, die wir hier seit einem Jahr führen, wird permanent über neu eingeführte Begriffe geführt, die sich in den Köpfen verselbständigen, die ein Eigenleben führen und die Debatte in eine gewissen Richtung drängt, die man vielleicht gar nicht merkt, bloß weil man sich an ihr beteiligt. Ich wollte einfach nur einmal auf diesen Widerspruch hinweisen. (Beifall)

**(Name unbekannt)**



Dieser Ressourcenbegriff im Umgang mit Geschichte wird mehr von der Werbung gepflegt, wenn wir als Renault mit dem Kölner Dom sozusagen Werbung betreiben sehen, dann ist das genau dieses handfeste Ressourcen-Denken, dem zu entgegnen ist.

In bezug auf die Frauenkirche wäre das Brandenburger Tor und es war ja beinahe zerstört, aber wäre es so zerstört worden wie die Frauenkirche in Dresden (Zwischenruf)... ja, das ist diese Ruinenromantik im Umgang mit Geschichtszeugnissen, die sich insofern selbst ad absurdum führt, weil die Ruinen ja der Pflege bedürfen, das heißt, das Zerstörtsein wird dann zum Gegenstand sorgfältiger Erhaltung, die Millionen verschlingt. Wenn das Brandenburger Tor so zerstört worden wäre wie die Frauenkirche, es wäre undenkbar, daß in Berlin ein paar Stumpe stehengelassen worden wären, um hier das ewige Andenken einer Katastrophe aufrechtzuerhalten. Dieser negative Begriff von Denkmal und Ressource scheint mich angesichts des Ernstes einer gesellschaftlichen Lage, die dazu nötigt, das Wertvolle aus der Vergangenheit aktiv anzueignen, nicht sehr hilfreich.

### **Klaus Härtung**

Obwohl Herr Dieckmann eigentlich schon etwas gesagt hat zu der Kritik von Herrn Haspel, an dem was ich gesagt habe, noch eine Bemerkung, das ist eine Bemerkung zur Rolle des Denkmalschutzes wie ich sie empfinde. Die Geschichte des Denkmalschutzes in Berlin, also bis in die siebziger Jahre, war ja die Geschichte einer demütigenden, fast totalen Niederlage (Zwischenruf). Es ist abgerissen worden in einer unglaublichen Art und Weise. Ich habe so das Gefühl, als ob heute die Denkmalschützer gewissermaßen im Bewußtsein dieser Niederlage, im Bewußtsein der aussichtslosen Defensive dieser Zeit zum Dogmatismus neigen. Das ist für mich das Problem. Das Prinzip, was sie benennen, ist natürlich richtig in abstrakte. Aber wie wird es angewandt? Im Grunde, finde ich, muß der Denkmalschutz auch lernen in bezug auf den zivilen Zusammenhang zu argumentieren, das heißt sich beteiligen an den notwendigen Kompromißbildungen. Man muß ja mit dem Blick auf die Geschichte bis zu den siebziger Jahren schlicht eines festhalten, noch nie war in der Nachkriegszeit der Umgang mit der Geschichte in dieser Stadt so sensibel, so reflektiert und so debattenfroh, trotz aller Kritiken, die gemacht werden. Wir befinden uns im Grunde an einem sehr guten und produktiven Punkt. Es geht ja gar nicht darum, daß bestimmte Dokumente einer Zeit, oder es wurde gesprochen von Spuren, wer will denn Spuren vernichten? Es geht doch darum, daß es natürlich auch ein Bedürfnis der Stadt gibt nach Rekonstruktionen städtischer Zusammenhänge, die ihre Geschichte haben. Das Produkt der Zerstörung ist zum Beispiel das Verschwinden des Spittelmarktes. Das ist ein legitimes Bedürfnis, den Spittelmarkt zu rekonstruieren (Zwischenruf:... aber wer ist das Subjekt von...). Es ist keine abstrakte Debatte. Natürlich ist die Stadt kein Subjekt, aber es gibt eine Bewegung der Leute, es gibt ein Wachsen der Vorstellungen der Bilder von dem was war, es gibt eine Lektüre der Leute. Alles zu ignorieren mit abstrakten Begriffen sich zu panzern, das ist ein Verhalten, das kann ich so nicht akzeptieren.

### **HansStimmann**

Ich hatte mich gemeldet, weil ich sehr verwundert war über die ersten Einlassungen von Herrn Dieckmann, die ich nun gar nicht verstanden habe, das war so von vor zwei Jahren. Erstens, wer sitzt auf dem Podium, wer redet, also immer abzuzählen wir von ihr und ihr von da. Wie lange wollen wir das noch machen? Ich habe gesagt, 1990, jetzt in Mitte: Wie lange soll ich jetzt noch arbeiten, damit ich einer werde, der mindestens mit seinen eigenen Erfahrungen hier auf meinem Arbeitsplatz und mit seinen eigenen Kenntnissen der Gegend, auch mit historischen Kenntnissen, die, wie ich selber feststelle, oft weitaus dichter sind wie viele Leute, die professionell auch sich mit Stadtplanung sogar beschäftigt haben, ich sage nur einmal Stichwortwallanlagen Friedrichswerder und viele andere Orte, die wir überhaupt erst wieder ins Gespräch gebracht haben. Wie lange muß ich hier wohnen, damit wir aufhören, jedenfalls in solchen Debatten, generell will ich das gar nicht in Frage stellen, in solchen Debatten immer noch sagen, es sind mir zu wenig Wessis und zu wenig Osis. Es ist eines der Themen unserer, aus meiner Sicht, eines der großen Themen unserer Gesellschaft, diese Vereinigung der Stadt auch dadurch zu bewältigen, daß wir uns gemeinsam um diese Themen kümmern hier in Mitte. Das ist nicht Ost-Berlin. Ich schreibe immer Briefe an alle möglichen Leute, an die Berliner Zeitung, an Angelfeld usw. Es ist nicht Ost-Berlin. Es ist das historische Zentrum, es ist Mitte und die Mitte gehört nicht Ost-Berlin, sondern die Mitte ist Berlin. Jeder hat das Recht, sich dazu zu äußern, irgendwann jedenfalls. Ich hoffe, wir haben diese Struktur endlich mal überwunden, daß wir nicht immer die Legitimität bestreiten, darüber sich zu unterhalten. Und das haben Sie eingangs sehr ausführlich begründet.

Zu der mir auch schon oft zugetragenen teilweisen Zerstörung der Dorotheenstadt an dem Punkt, an dem die DDR die Dorotheenstadt zerstört hat, nämlich an der Kreuzung Friedrichstraße/Unter den Linden, das ist ja schon oft vorgetragen worden, der wichtigste und zentrale Punkt der DDR, Simone Hain hat das auch vorgetragen, alle haben das vorgetragen, Wolfgang Kil usw. Wir haben immer gesagt, daß es im Bewußtsein davon, daß es ein wichtiger Punkt war, haben wir gesagt, wir, die damals gearbeitet haben, daß das Wiedergewinnen der Dorotheenstadt an diesem Punkt wichtig ist, weil sonst Dorotheenstadt gar nicht zu erleben ist. Es gibt überhaupt nur noch einen Punkt, indem man die unterschiedlichen Straßenbreiten und damit überhaupt die Geschichtlichkeit zwischen Dorotheenstadt und Friedrichstadt erfahren kann. Deswegen da die 14 Meter breite Straße im Grundriß, die ja nur auf der einen Seite 14 Meter ist, früher war sie 12 Meter, auf der anderen Seite 22 Meter. Es gibt eine sorgfältige Begründung dafür. Die kann man für falsch halten, aber sie hat etwas zu tun mit dem Ziel, das jetzt hier ja mehrfach beschrieben ist, den Text dieser Stadt wieder lesbar zu machen. Der Text dieser Stadt ist eben nicht nur die 10/15 Jahre DDR (Zwischenbemerkung: Es waren vierzig Jahre)... an der Stelle, an der Stelle, an der Stelle, zu Richard Paulicks Zeiten war das noch nicht abgerissen (sehr laut vorgetragen). Die Bauten, die dort entstanden sind, auch das Akademie-Gebäude, das sind ja Gebäude aus den späten sechziger Jahren. Das sind ja nicht vierzig Jahre. Die ganze DDR-Geschichte, die Zerstörung der DDR-Geschichte ist ja auch noch nicht geschrieben. Sie ist ja erst, der Fischer-Kiez ist ja erst 1965 folgende abgerissen worden und nicht 1949. Also es ist ja nicht vierzig Jahre DDR. Ich finde, wir sollten es als gemeinsames Thema beschreiben. Und da fand ich das, was Thomas Flierl gesagt hat, einen sehr schönen Text, ein schönes Wort und auch einen schönen Inhalt, weil er die soziale Dimension der Moderne eingespielt hat, über die wir in der Tat reden müssen, also

welche Bedeutung hat die gebaute Moderne im sozialen Kontext heute noch und wie können wir sie erinnern an den Fischer-Kiez. Darüber müssen wir mal reden, auch über die soziale Bedeutung dieser Geschichte. Welche soziale Bedeutung hat denn real der Fischer-Kiez in der DDR gehabt, welche Leute haben denn dort gewohnt? Wie sind sie dort hereingekommen? Welche sozialen Gesichtspunkte gab es? Es ist ja nie geschrieben worden. Nie habe ich einen Text gelesen: Welche Leute sind dort eingewiesen worden? Welche privilegierten Leute haben in der Grotewohlstraße gewohnt (Zwischenruf)? Das geht, wenn wir über die soziale Bedeutung von Städtebau reden (sehr laut vorgetragen) und dann müssen wir auch darüber reden, ob die Wohnungen für Arbeiter gebaut worden oder für Stasileute oder für wen auch immer. Das ist doch eine wichtige Dimension, das ist doch der soziale Inhalt (Zwischenrufe). Wenn wir sagen Gebäude sind auch ein Ausdruck von sozialer Politik und das sind sie ja zweifelsohne, dann muß man auch über den sozialen Inhalte reden. Ich bin ja nicht dafür, daß es abgerissen wird. Nur wenn das eingefordert wird, dann müssen wir uns auch mit der sozialen Wirklichkeit der früheren und heutigen Dimension beschäftigen. Und das würde ich gut finden, wenn wir da endlich einmal dazu kämen und wegkämen von dieser Debatte, die sozusagen nur im Vorwurfendet. Und Ihre Formulierung 'die Brüche gestalten' ist vielleicht eine Möglichkeit, wirklich ein Stück voranzukommen, weil das Wort Brüche sozusagen ja zeigt, daß es wirklich Brüche sind, also gegensätzliche Positionen sind. Das Wort gestalten enthält jedenfalls nach meiner Auffassung auch alle Dimensionen von Veränderungen, auch von Schönheit, sogar von radikalen Veränderungen, weil Gestalten ja auch wirklich etwas Aktives ist, über das man sich dann verständigen muß. Insoweit fand ich das ausgesprochen wohltuend, so ein Wort zu hören, was vielleicht in der zukünftigen Debatte ein Stück weiter führt.

Thomas Flieri

Also Herr Stimmann ich freue mich, daß wir beide in Mitte arbeiten und viel miteinander zu tun haben werden. Mein Problem setzt da an, wo möglicherweise der undemokratische Charakter der DDR oder ein bestimmter Charakter gesellschaftlicher Verhältnisse mit dem Erbe unmittelbar dinglich identifiziert wird. Also schon der von uns beiden gelesene Marx sagte, daß die Verhältnisse, unter denen der Weizen hergestellt wird, ihm nicht anzuschmecken sind. Und die Frage ist, für welche Art von sozialen Nutzungen die Hochhäuser auf der Fischerinsel noch geeignet sind und läßt sich nicht daraus ableiten, wer zuerst dort eingewiesen wurde. Es läßt sich auch die Planungsidee der Gestalter nicht mit der Bewohnerschaft identifizieren und ähnliches. Das heißt, die Art der Eignung dieses Erbes für Zukünftiges muß in einem Prozeß der Erkundung, des Erprobens und des Aushandelns ermittelt werden. Ich fand den Gedanken der Ressource sinnvoll, weil man mit dem Bild des Fossilen, des Abbaggerns, der Orientierung an Leitschichten eher eben darauf zurückkommen kann, daß erstens in diesem archäologischen Sinne Geschichte etwas Geschichtetes ist und insofern alle Veränderungen, die durch Erdbeben und Brüche in der Geschichte entstanden sind, an ihnen lesbar gehalten werden müssen. Und andererseits die Frage: Was ist eine erneuerbare Ressource? Da war der Gedanke, den Herr Morsch und Herr Haspel vorgetragen hat, daß es hinreichend viel Variantenreichtum geben muß, um zukünftiges Neues zu probieren ein wesentlicher Punkt ist. Aber ich stimme auch der Kritik zu, wenn man sagt, daß das Vorhalten des Ererbten und sei es auch, daß man da Wert-58

maßstäbe bei dem Tradieren, bei dem Weiterführen, bei dem Erhalten anlegt, daß also das Vorhalten des Alten, des Ererbten gewissermaßen noch nicht den Erzeugungsmodus des Neuen abgibt. Insofern müßten wir gerade diese Spannung neu aufmachen, die hier in der sehr dezidierten Darstellung der Denkmalpflege auf der einen Seite und in den immer wieder erhobenen Forderungen nach dem demokratischen Charakter und nach den Aushandlungsprozessen für das Neue stattfinden. Ein wichtiger Theoretiker des Planwerks Innenstadt hat einmal behauptet, daß die ostdeutschen Intellektuellen nie Schuld haben und gewissermaßen nicht für den Kapitalismus verantwortlich sein wollen. Also ich stelle mich jetzt dieser Verantwortung und sage: Es geht gerade um diese Aushandlungsprozesse und die zu wenig etabliert. Ich würde bewußt natürlich unterscheiden zwischen Erbe, Tradition und der Erzeugung des Neuen. Geschichte ist gewissermaßen unter immer wieder neuen Rückgriff auf Ererbtes, was möglichst nicht vernichtet werden kann, ganz im Sinne des Artenschutzes, oder vernichtet werden darf, das Neue zu erzeugen. Insofern wandeln sich auch die Traditionen. Wir argumentieren natürlich aus unterschiedlichen Traditionsverständnissen, aber nur, indem wir auch diese Auseinandersetzung führen, kommen wir vielleicht dazu Neues zu ermöglichen. Insofern ist diese Formulierung, die Brüche zu gestalten, auch keine hinreichende Bestimmung dessen, welche Qualität es denn nun eigentlich haben soll. Aber vielleicht ist es eine Arbeitsthese, mit der man umgehen kann und den Respekt vor den unterschiedlichen Schichten einfordern kann (Beifall).

### **Rudolf Schäfer**

Man könnte diese Formel ja noch einmal auch auf die berühmte Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden anwenden. Dann würde man nicht unbedingt vielleicht zu dem kommen, was jetzt gemacht worden ist. Ich sage das einmal in aller Neutralität hier, weil ich denke, man muß einfach die Formel dann aber auch wirklich real durchtesten.

### **Volkmar Strauch**

Ich wollte auch noch einmal einen Punkt ansprechen, der immer nur so ein bißchen am Rande angeklungen ist. Herr Anderson hat auch davon gesprochen, die eigentliche Machtzentrale seien eben Herr Tietmeyer und Herr Issing in Frankfurt und hinten kam es dann auch einmal zwischendurch. Also die Ressource Wirtschaft wurde eigentlich überwiegend mit so einem kleinen negativen Beigeschmack versehen hier ins Feld geführt. Ich wollte zu dem speziellen Punkt zwei Dinge sagen. Einmal ist das natürlich ein Element eines geschichtlichen Prozesses, das wiederum von bestimmten Rahmenbedingungen abhängt und Rahmenbedingungen sind sich Sache der Wirtschaft. Die Rahmenbedingungen sind Sache der Gesellschaft. Sie hat die zu stellen und dann spielt sich in dem Rahmen auch Wirtschaft ab. Als so etwas wie Kapitalismus erfunden wurde, gab es ganz bestimmte Rahmenbedingungen und auch ganz bestimmte ethische und sonstige normative Rahmenbedingungen. Die sind zum Teil jetzt weg und die muß man da eben entsprechend ersetzen, damit das System Wirtschaft, so wie wir es hier im Augenblicklich praktizieren, tatsächlich auch funktionieren kann. Das zweite, was ich sehr wichtig finde in dem Zusammenhang, ist eben auch, daß natürlich auch Wirtschaft genauso wie soziale Verhältnisse einen Entwicklungsprozeß

durchmacht und daß Wirtschaft möglicherweise sich eben sehr viel schneller veränderten Prozessen anpaßt, als bestimmte andere Dinge, als gebaute Realität oder so. Wenn man Geschichte als Prozeß begreift, dann ist eben vielleicht auch ganz wichtig dieses Nachvornegucken, was dazugehört, das sich anpassen an veränderte Bedingungen. Herr Mönninger hatte gesagt Wirtschaft sei ahistorisch. Wirtschaft muß nur sehr viel schneller reagieren auf veränderte Verhältnisse als bestimmte andere Teile unseres Lebens. Das scheint mir da ganz wichtig zu sein. Insoweit kann sie vielleicht sogar auch ein Beispiel abgeben für andere Lebensbereiche. Ich drehe das einmal ganz bewußt provokativ um. Das heißt jetzt aber auch für die Frage des Denkmalschutzes meines Erachtens folgendes: Wir haben viel zu stark diskutiert eigentlich nur auf zwei Ebenen, auf der Ebene des Schutzes einzelner Baudenkmale und auf der Ebene dann gerade noch einmal, das hat Herr Frickja auch sehr schön herausgearbeitet, auf der Ebene von Stadtstrukturen/Stadtgrundrissen. Das ist ja auch der Ansatz des Planwerkes. Das Gebäude interessiert nicht so, viel wichtiger ist vielleicht noch der Grundriß. Aber natürlich hat Denkmalschutz, und immer da wird es ja auch kritisch und schwierig, mitzubedenken, andere Bedeutungen, die bestimmte Gebäude oder Orte in der Stadt transportieren. Da finden zum Beispiel bestimmte Betätigungen statt. Da wohnen bestimmte Leute, da arbeiten bestimmte Leuten und wenn sich eben Wohn- und Arbeitsverhältnisse ändern, dann stellen sich ja die eigentlichen Fragen. Also für mich ist weiterhin ganz beispielhaft der Westhafen. Wenn man den so erhalten will baudenkmalmäßig wie er unter Denkmalschutz gestellt worden ist, dann kann er eben kaum noch Hafen sein, dann kann er gerade noch für ein paar Freizeitschiffer Hafen sein, aber nicht für die Schiffe, die sich die Wirtschaft zurecht oder Zuunrecht mittlerweile zugelegt hat, weil die schlicht zu groß sind. Außerdem werden da keine Schüttgüter mehr umgeschlagen, sondern werden heutzutage Container umgeschlagen. Da braucht man also auch keine Schüttgutplätze mehr, sondern man braucht Ablageplätze für Container. Da tauchen dann die eigentlichen Konflikte auf. Und da ist der eigentliche Abwägungsprozeß auch zu machen. Also sozusagen, wir dürfen Geschichte nicht verengen auf Stadtgrundrißgeschichte und nicht verengen auf Baudenkmalgeschichte, sondern es ist eben auch eine Wirtschaftsgeschichte und eine Sozialgeschichte und die hat wieder ganz andere Anforderungen. Ob so Hinweise wie, Herr Dieckmann, wer waren die besten Antifaschisten, hilfreich sind, das weiß ich nicht. Ich wollte das nur anmerken, weil mich der Satz ziemlich geärgert hat. Und ob es sinnvoll ist, Frau Dolf-Bonekämper, mehr Demut einzufordern, weiß ich auch nicht. Meine persönliche Erfahrung ist, daß münze ich jetzt nicht auf Sie, daß diejenigen, die für irgendetwas besonders viel Demut fordern, in der Regel daraus eine Art von Diktatur zu machen gewillt sind. (vereinzelt Beifall)

### **Frank Hesse**

Herr Strauch, was Sie angesprochen haben, das ist ja unser alltägliches Geschäft, was wir jeden Tag machen, nämlich jene Kompromisse schließen, die sich aus dem Gebrauchswert der Denkmale ergeben. Sonst brauchten wir uns ja nicht kümmern, sonst hätten wir ja eine Stadt als Museum. Das ist gar nicht das eigentliche Problem. Ich möchte nur einmal einen Gedanken aufgreifen, der immer in der Diskussion mit-schwingt und Wolfgang Kil hat das eigentlich sehr konkret angesprochen, wie man

umgeht mit den leeren Räumen. Im Zusammenhang mit der Moderne und den Zeugnissen mit der Moderne, die wir hier haben, ist das ja ein ganz eklatantes Problem. Und dann zeigt sich auch sehr schnell, daß das gar kein Problem Ost-West ist oder nur der DDR-Moderne oder einer anderen. Wir haben diese Füllung, die das Planwerk vornimmt, in Gebieten, in denen die Moderne ihre Zeugnisse hinterlassen hat, das haben wir im Osten beispielsweise auf dem Fischer-Kiez oder an der Alexanderstraße gehabt genauso wie am Ernst-Reuter-Platz beispielsweise, wo die prächtigsten Zeugnisse der Nachkriegsmoderne im Westen Berlins sozusagen ein- und umgebaut werden. Das Problem, was sich dann stellt in dem Planwerk, ist, es wird immer von diesem dialogischen Stadtumbau gesprochen und von den Texten, die lesbar bleiben sollen, ich würde auch heftig der These widersprechen, daß die Moderne in Berlin überhaupt keine Texte hinterlassen hat. Wenn es so wäre, wäre es nicht so leicht gewesen, die Anschläge, die das Planwerk auf das Hansaviertel gehabt hat, so schnell wieder herauszudiskutieren. Das war offensichtlich eine ganz leichte Übung, weil man natürlich das Hansaviertel als einen modernen Text oder als einen Text der Moderne in Berlin verstehen kann und Jegliches, was man dort tut, sicherlich zur Unlesbarkeit dieses Textes führen wird. Und ich glaube dieses Beispiel macht deutlich, daß man natürlich auch an anderen Stellen der Stadt, wo ein solcher moderner Text vorliegt, genauso sorgfältig damit umgehen muß und man aufpassen muß, daß sozusagen aus dem Dialog, der da veranstaltet werden soll, nicht ein Durcheinandersprechen ist und die einzelnen verschiedenen, ich nenne das einmal so, abgebrochenen Utopien, die eine Stadt in sich versammelt, untereinander oder gegeneinander überhaupt nicht mehr lesbar und unterscheidbar sind. Und das, glaube ich, ist doch ganz wichtig, wenn man auch für die Zukunft sozusagen sich bestimmter, ich verwende das jetzt wieder, Ressourcen bedienen will, um sozusagen aus ihnen zu lernen oder sie als Beispiele vergangener menschlicher Möglichkeiten vorhalten will, dann muß sie doch aber auch so bewahren, daß man sie künftig weiter lesen kann und sie nicht entstellt werden. (Beifall)

### **Werner Sewing**

Die Diskussion schwankt ja eigentümlich zwischen der akademischen Diskussion über den Begriff von Geschichte einerseits und der ganz handfesten Problematik, wie halten wir es mit dem Planwerk und dieses auch von Herrn Morsch etwas beklagte Phänomen, daß man nicht weiß, ob man eine akademische Diskussion oder eine Polit-Diskussion führt, im einen Falle wäre vielleicht Ranke-Hegel der Bezugspunkt, im anderen Falle Machiavelli, daß man das nicht genau auseinanderhalten kann, macht natürlich auch die Sprachebenen schwierig. Ich versuche jetzt einmal, einen nicht Machiavelli bezogenen akademischen Kurzbeitrag zu liefern. Ob das etwas hilft, weiß ich allerdings nicht, denn am letzten Montag war in eben diesem Rahmen eine Veranstaltung von der IHK und da wurde uns mitgeteilt, daß die Berliner Bauwirtschaft und Wirtschaft überhaupt hinter dem Planwerk steht, dafür aber auch bitteschön Subventionen haben möchte. Ich denke mir, die Weichen für das Planwerk sind gestellt, für Dialoge ist da nicht mehr viel Platz - aber egal. Vielleicht hilft es doch, das ein bißchen zu entzerren.

Geschichte kommt nicht von Schicht. Der Begriff Schicht ist aus der Geologie und wurde übertragen auf die Archäologie, was natürlich naheliegt, daß wenn man anfängt zu buddeln, kommt man in geologische Schichten und irgendwann findet man unten noch Scherben, Skelette und anderes. Vor wenigen Monaten gab es noch eine kleine Baustelle hier vor dem Gebäude und man hat dort unten wirklich Skelette gefunden. Da geht es wirklich um Schichten, da ist auch die geologische Metapher sinnvoll. Wenn wir von Geschichte sprechen, ist der Schichtbegriff eine nicht sinnvolle Metapher. Das wurde von Leopold von Ranke schon einmal erwähnt, der große Vertreter des deutschen Historismus, von dem zum einen der Satz stammt, daß jede Epoche unmittelbar zu Gott sei, also ihren eigenen Wert hat, den man auch respektieren müsse, und von dem auch der Satz stammt, daß Geschichte davon handle, wie es eigentlich gewesen sei. Und dieses wie es eigentlich gewesen, das wußte Ranke, können wir sowieso nicht wissen. Wir haben nur Hilfsmittel, Quellen, das ist der Positivismus des 19. Jahrhunderts, um uns dieses Vergangene gegenwärtig zu machen. Wir wissen bis heute nicht, was gotische Architekten gedacht haben, weil sie nur Monumente, Gebäude hinterlassen haben, aber keine Texte. Also ob ein Kreuzgerippe angewandte Scholastik ist, wie Panofski vermutete, können wir gar nicht wissen. Es gibt keinen einzigen Text, keine einzige Quelle, die das belegt. Das sind die Problematiken der Geschichte. Geschichte ist also tatsächlich, wenn wir Geschichte ernst nehmen wollen, zunächst einmal die Summe aller Handlungen und Prozesse, die in der Zeit abgelaufen sind. Diese Prozesse laufen kontinuierlich, sie laufen jetzt in diesem Moment und sie sind auch in den letzten sieben Jahren der Ära der Moderne nicht unterbrochen worden, sie liefen einfach immer weiter. Zu behaupten, diese Ära sei antgeschichtlich, ist eine normative Setzung. In jeder Geschichte gibt es Revolutionen und Brüche, auch in der Naturgeschichte gibt es Evolutionen, Katastrophen und ähnliches, und all das ist Teil von Geschichte. Wenn also im Planwerk Innenstadt eine Zäsur gemacht wird zwischen Geschichte und Nichtgeschichte gleich Moderne, ist das eine normative Setzung, die kann ich auch machen, es ist aber keine historische Aussage, das ist eine normative Aussage, die sagt, wir, die Autoren des Planwerks und die Gruppe, die immer noch nicht richtig identifiziert ist mit diesem großen wir, wir sind der Meinung, daß der Stadtgrundriß sagen wir mal bis zum Jahre 1930,33 oder 39 je nachdem, das ist die Geschichte, die wir gerne hätten, und alles, was dagegen opponiert, ist das, was wir nicht gerne hätten (Zwischenruf). Wir haben ja schon gehört, das Alsenviertel war vorher schon weg. Also von daher ist es nicht so ganz präzise. Wenn wir Geschichte als Prozeß nehmen, sollten wir zum Beispiel wissen, daß seit dem Kaiserreich darüber diskutiert wurde (Zwischenruf von Herrn Stimmann in bezug auf den Plan)... Herr Stimmann, darf ich jetzt einmal zu Ende reden (weiterer Zwischenruf in bezug auf den Stadtplan)... Also ich bin doch froh, daß Herr Stimmann uns alle daran erinnert, daß Machiavelli immer bei uns ist, das ist ein netter Hinweis, ich danke Ihnen. Aber ich würde gern noch kurz den Diskussionsstand zu Ende bringen. Die These ist, es gibt eine Evolution des Stadtgrundrisses und es gibt eine Antievolution gleich Zerstörung. Wenn wir jetzt den Stadtgrundriß wieder zur Geltung bringen, so ist es die These des Planwerkes, dann reaktivieren wir auch das kollektive Gedächtnis dieser Stadt. Wir legen also keine Schicht frei. Und wenn ich auf die Fischerinsel kleine Häuschen neben die Hochhäuser setze, dann ist das nicht die Schicht der alten Fischerinsel, ich setze ein komplett neues Gebäude, das mit alten Schichten nichts zu tun hat, neben ein Gebäude, das dreißig Jahre alt ist. Das kann man machen, das muß

man nicht machen. Es ist aber ein gänzlich anderer Vorgang, über den man auch mit anderen Kriterien diskutieren muß. Und wenn wir uns jetzt versuchen, einfach einmal diese Präzision Schicht und Geschichtstrennen und den normativen Bezugspunkt klarmachen, was Evolution und was Antievolution ist, dann müßten wir schon einmal ins 19. Jahrhundert den Evolutionsbegriff klären, der relativ neuen Datums ist, all das sind Sachen, man findet ja keine einzige Geschichtstheorie im Planwerk, es gibt dort keine Auseinandersetzung mit ernstzunehmenden Geschichtstheorien. Wenn wir also all das einmal beiseite legen, bleibt bei dem Planwerk eine ganz andere Verwendung von Geschichte. Und ich glaube, das ist deutlich geworden bei dem Ressourcenbegriff. Geschichte ist in dem anderen Sinne - Ranke und der Historismus unterscheidet zwischen „res gestae und rerum gestarum“ - also das Handeln über die geschehenen Dinge. Wie bediene ich mich einer Ressource gleich Geschichte? Ein klassisches Beispiel: Das Amselfeld ist eine Ressource. Was dort real geschehen ist, wissen wir zum Teil nicht. Historiker sagen uns einiges, das ist nicht identisch mit dem, was das heutige Serbien darüber sagt. Aber das Amselfeld ist eine Ressource, mit der ich hier und heute reale Politik mache, in diesem historischen Zusammenhang auch Leute massakriere. Das Planwerk Innenstadt ist eine Ressource Geschichte, ich massakriere da Gott sei Dank niemanden mit, obwohl Herr Hoffmann-Axthelm gerade von einem großen Stadtmassaker sprach, meinte aber die Moderne damit. Das Planwerk Innenstadt macht Politik mit einer Ressource Geschichte und diese Ressource heißt historischer Stadtgrundriß. Wenn man sich anguckt, wo diese Metapher herkommt, dann stößt man auf die Theorie von Aldo Rossi in den sechziger Jahren, der gesagt hat, vor ihm gab es diese Theorie in der Form nicht, das kollektive Gedächtnis einer Stadt hängt an seinem Stadtgrundriß. Es kommt nicht auf die einzelnen Gebäude an, die kann man alle abreißen, abgesehen von den Monumenten, wir können ständig neu bauen, aber der Stadtgrundriß muß gewahrt bleiben, er ist das kollektive Gedächtnis. Er beruft sich bei dieser Theorie auf Maurice Halbwachs, dem Birkheim-Schüler aus Frankreich, ein Soziologe, der in Buchenwald umgebracht wurde. Wenn bei Maurice Halbwachs nachguckt, steht dort nichts dergleichen. Dort steht allerdings: Das kollektive Gedächtnis ist das, was eine Gruppe über sich sagt und seine Herkunft. Dazu kann es alles mögliche geben, Erzählungen, Texte usw. und auch physische Objekte, eine Straßenecke, wo jemand erhängt wurde, ein Platz, auf dem ein Ereignis stattfand und ähnliches. Und kollektives Gedächtnis setzt diese Gruppe voraus und diesen Bezugspunkt, der relevant ist für diese Gruppe. Das heißt, wenn es irgendwann keine Arbeiterklasse mehr gibt, sind auch die Orte, an denen Rosa Luxemburg irgendeine Rede hielt, für diese Gruppe als kollektives Gedächtnis nicht mehr relevant, sie haben einen anderen Status. Sie fallen dann in den Bereich der Denkmalpflege oder ähnliches.

Das Planwerk Innenstadt beschwört nun eine bestimmte Form von Stadtgrundriß und sagt, den müssen wir wieder herstellen, weil wir nur so, so hat es Bernd Albers gerade geschrieben, wieder in die Geschichte eintreten können. Wir waren also siebenzig Jahre nicht in der Geschichte und durch das Planwerk Innenstadt treten wir wieder ein in die Geschichte. Und wenn man das als theoretische Aussage nimmt, ist das eine metaphysische Aussage und ich vermisse den Philosophen und Theologen hier auf dem Podium. Wir hätten Hoffmann-Axthelm einladen können, dann hätten wir wenigstens einen Theologen hier gehabt (Beifall). Es ist Metaphysik. Und diese merkwürdige Mischung aus Machiavelli und Metaphysik, die macht mir Angst.



(Beifall)

### **Rudolf Schäfer**

Vielen Dank, Herr Sewing. Ich denke, es war ganz gut, daß mal die erkenntnistheoretische Position - vielleicht hätte man es etwas kürzer machen können - auf den Punkt gebracht wurde. Es erleichtert die Debatte. Der Kernsatz Ihrer Ausführungen ist ja eine Setzung. Das ist doch der entscheidende Punkt. Und damit kommt man im Grunde, ohne jetzt Herrn Flierl überstrapazieren zu wollen, zu seinem Postulat, was er vorhin gesagt hat, wir müssen die Aushandlungsprozesse hier in den Blick nehmen. Denn wenn Setzungen anstehen, dann wird ja irgendetwas entschieden und dann muß es irgendeinen Konsens-Findungsprozeß geben. Das ist doch an sich der entscheidende Punkt. Da kommt es gar nicht auf die empirischen Belege im einzelnen an, das ist ein ganz grundsätzliches Problem.

### **Simone Hain**

Es ist vielleicht ganz gut da anzuschließen. Ich bin dankbar dafür, daß Herr Dieckmann die Differenz vorgenommen hat von Geschichtsbewußtsein und Geschichtserfahrung und das Problem noch einmal aufgezeigt hat, warum es notwendig ist, zumindest paritätisch Ost-West zu debattieren weiterhin und auch nach zehn Jahren noch, weil es dort eine andere Erfahrung gibt. Und wenn die einen, wie es jetzt so prononciert hieß, nicht in der Geschichte waren, dann will ich einfach einmal ein bißchen übertreiben und sagen, war man vielleicht im Osten vielleicht doppelt schnell in der Geschichte und hat das alles schon einmal erlebt, was hier noch bevor steht, nämlich die Erfahrung von vierzig Jahren Debatte um Geschichte in Berlin im Osten ist nämlich eine von radikal und schnell alle fünf Jahre wechselnden Pendelschlägen. Das beginnt mit einem unglaublichen nationalen Erbekult. Hier wurde so viel Denkmal und wiederaufgebaut bis 1955, Staatsoper usw., wirklich finanziell, daß die mit dem Wohnungsbau nicht hinterherkamen, daß sie ein großes soziales Problem hatten von allzuviel Staatsrepräsentation und Geschichtskult in den fünfziger Jahren. Das ging bis hin zur Stalinallee, die ja auch historisch ist und die Stadt und die alte Stadt und da hat ja Aldo Rossi gelernt. Also wir hatten eine enorm geschichtsversessene Phase. Das Pendel rauschte in die andere Sache auf Quantität, Wohnungen, soziale und die ganzen anderen Texte der Moderne und dann rutschte es wieder in Popart Ende der sechziger Jahre zurück, poppig kontrastieren usw. und dann rutschten wir wieder in einen ganz enormen Geschichtsdiskurs, da war plötzlich 1900 und die erste Phase der Moderne dann wieder en vogue. Also das haben wir alles erlebt. Und was mir auch Angst macht, ich möchte auch von meiner Angst sprechen in den letzten eineinhalb Jahren, ist die fatalste Erfahrung, die mit meinem Geschichtserlebnis in der DDR zu tun hat, dieses kollektive Wir, dieses staatstragende Wir, überall, in jeder Debatte in der DDR ist mir das begegnet und mir stehen heute noch, wirklich, ich kriege Gänsehaut dabei, wenn es heißt, das müssen wir jetzt aber endlich machen. Wir müssen endlich das Marx-Engels-Forum bauen, wir haben schon zwanzig Jahre diskutiert oder wir müssen jetzt endlich das Problem lösen und Lücke stecken, und da sieht es immer noch dreckig aus, diese Dreckecke muß aufgeräumt werden. Dieses streittragende Wir ist mir so etwas von über. Merkwürdigerweise und die Sorge ist einfach, daß ich in die-

sen Debatten in eineinhalb Jahren das wieder erlebe, es steht mich wieder gegenüber, dieser Drang zu sagen, wir müssen jetzt aber Holocaust bauen, wir müssen diesen Platz ordnen, der sieht schrecklich aus, das ist in der Diktion eine Sprache, dieselbe Sprache von Machern, die genau wissen, welches die Geschichte ist, wo es hingehet und wo die Zukunft liegt in dreißig Jahren, das war alles bekannt. Und daß das sich jetzt in unsere Sprache wieder so einschleichen kann, daß wir nicht ganz gesunde Reflexe entwickeln, wenn wir in der Zeit eine solche Rede hören, die genauso an das ND von 1953 paßt, jetzt wird Schluß gemacht mit dem Konstruktivismus, hieß es da, über den Baustil und den Genossen Hänselmann. Hernstadt und der jetzt gerade leider gegangene Herr Härtung spielen gesellschaftlich dieselbe Funktion für ein staatstragendes Wir, für ein kollektives Subjekt, das Bescheid weiß, die große mediale Vermittlung zu spielen. Und das ist das große Problem. (Beifall und Zwischenrufe)

Zwischenruf von Herrn Stimmann

... mit Faschismus und mit Leuten, die unter stalinistischen Bedingungen Leute umgebracht haben... der Klaus Härtung hat niemanden in den Knast gebracht... weitere Zwischenrufe... es geht doch um Hänselmann.

Herr Schäfer bittet, zur Sachdebatte zurückzukommen.

Simone Hain

Entschuldigung bitte schön, ich habe von einer Erfahrung berichtet, von dem, was jemand, der hier im Osten, der diese Räume bewohnt hat, was dem begegnet, wenn er sich nicht nur in den Räumen, sondern in den Debatten bewegt. Und das ist ein Dejavu-Erlebnis. Bitte nehmen Sie meine Erfahrungen und meine Assoziationen und meine Gefühle zur Kenntnis. Sie hatten vorhin gesagt, nach zehn Jahren sind wir alle gleich. Offensichtlich zeigt unser kurzer Zusammenstoß, daß es nach zehn Jahren immer noch enorm schwierig ist, miteinander auch nur zu reden. Ich habe den traurigen Herrn Hernstadt genannt, der nun wirklich auch niemanden ins Gefängnis gebracht hat (Zwischenrufe). Bitte schön, ich habe nicht von Ulbricht gesprochen, nicht von Stalin, sondern von Herrn Hernstadt, einem Journalisten im ND.

Rudolf Schäfer

So, ich denke, wir müssen etwas sorgfältiger mit unseren Formulierungen umgehen und können dann auch nicht immer hinterher sagen, daß dieses und jenes so nicht gemeint war. Wir sollten uns das jedenfalls gegenseitig zumuten, daß wir also hier etwas präziser argumentieren.

(Name unbekannt)

Also ich will durchaus an diesem Diskurs... (Bandwechsel)... noch einmal anknüpfen und Sie insofern ganz direkt fragen, Herr Dieckmann: Wer sind die geschichtsfeindlichen Deutschen? Und wer ist derjenige, der für die Geschichtsdogmatik steht? Beide Begriffe haben Sie benutzt.

Ich will nicht gerade sagen, da kommt mir in Ihren Äußerungen nicht Kulturpessimismus, aber zumindest ein ungewollter Demokratiepessimismus, ich unterstelle einmal ungewollt Demokratiepessimismus denn doch hervor, wenn Sie sagen, worüber reden wir eigentlich, wenn ich davon ausgehe, daß das nicht nur eine rhetorische Frage ist, ja, worüber reden Sie hier? Warum sitzen Sie hier und diskutieren dieses noch mit, wenn Sie doch offensichtlich der Meinung sind, es sei alles entschieden? Von wem? Durch wen? Über wen? Das müßten Sie benennen.

### **Friedrich Dieckmann**

Ich habe jetzt einiges zu beantworten. Zunächst die Erfahrung, wie leicht einem doch in solchen Unterhaltungen doch das Wort in dem Munde herumgedreht wird. Ich hatte darauf hingewiesen, daß die Stimme derer, die in dem Gelände, über das wir vorwiegend reden, in Berlin Mitte, daß diese Stimme zu wenig zur Geltung kommt und daß das sowohl bei der Verfasserschaft dieses Planwerks zum Ausdruck kommt wie auch in der Zusammensetzung unserer Unternehmung heute. Dies bedeutet doch um Himmelswillen nicht, daß nicht auch andere befugt werden darüber zu reden. Das ist eine demagogische Umkehrung. Und eine demagogische Umkehrung ist es nicht, aber ein Mißverständnis, ich habe nicht von besseren und schlechteren Antifaschisten gesprochen, überhaupt nicht, sondern ich habe in Anknüpfung an einen Vorredner darauf hingewiesen, daß die Fähigkeit der DDR in ihren früheren Jahren zur partiellen Bejahung eines nationalen Kulturerbes damit zusammenhängt, daß der Faschismus sehr intensiv in seinen Rücklagen und Erscheinungen zu dieser Zeit thematisiert wurde. Nichts anderes habe ich gesagt.

Was ich da eben gehört habe, hat mich ein bißchen verblüfft. Ich habe Erfahrungen geschildert von der Müßigkeit interessanter Unterhaltungen, an denen ich engagiert teilgenommen haben, die sich aber nicht niedergeschlagen haben in eine Handlungsfähigkeit, zum Beispiel des Abgeordnetenhauses, Wiederherstellung von Erhaltungssatzungen, eine größere Bemächtigung der Denkmalpflege, die sinnvolle Theorien hat, aber chronisch unterbesetzt ist und bei den entscheidenden Politikern immer wieder in einer unterlegenen Position ist, ich habe das an mehreren Beispielen belegt. Ich habe die Entwicklungsgeschichte in der Diskussion über den Palast der Republik dargelegt und habe damit belegt, wie die Unterhaltungen auf hohem Niveau, an denen ich selbst teilgenommen habe, ins Leere gelaufen sind durch machtpolitische Entscheide, hinter denen bestimmte ideologische geschichtspolitische Voraussetzungen standen. Also ich fühle mich jetzt eigentlich nicht herausgefordert, hier noch weitere Belege dafür anzugeben.

Verwirrt hat mich übrigens Dr. Stimmanns Hinweis auf die Bewohner der Häuser, die er nicht gut findet. Es geht um die Hochhäuser auf der Fischerinsel. Die habe ich auch nie sehr gut gefunden, aber dieser Hinweis auf die Bewohner erinnert mich nur zu sehr- und nun setze ich mich wahrscheinlich wieder heften Mißverständnissen und Zwischenrufen aus - an die Argumentation Walter Ulbrichts gegenüber dem Stadtschloß. Das war an den Bewohnern aufgehängt, die Hohenzollern, die Verderber Deutschlands. Und so waren es immer die Argumentationen der Bewohner, das Absehen von der Architektur und das Absehen von der ästhetischen Leistung an der Architektur, die Bewohner mußten herhalten, um voreilige Abrisse zu rechtfertigen. Leider hat man die letzten Bewohner der Volkskammer im Palast der Republik nicht mit

dieser Vollmacht ausgestattet. Es ist immerhin der Ort, an dem die erste gelungene demokratische Revolution der deutschen Geschichte sich manifestierte in der Zueignung dieses jahrzehntelang stillliegenden Raumes einer Volksvertretung in einen Raum aktiver Volksvertretung, wo die Deutsche Einheit beschlossen wurde. Das hat man scheinbar noch zugelassen als Argument, aber es sind vorgeschützte Dinge. Also hier glaube ich mich gegen einige Mißverständnisse gerechtfertigt zu haben. Ich möchte mich besonders verwehren gegenüber dem Mißverständnis, dem Simone Hain hier zum Opfer gefallen ist. Sie hat nicht etwa Hernstadt und Härtung hier gleichgesetzt, sondern sie ist ausgegangen von einem falschen Wir und hat natürlich das Wir der SED von 1952 nicht identifiziert mit dem Wir-sagen in bestimmten Aufsätzen von Härtung, die ich J'a nicht kenne und von denen es mir schwer fällt anzunehmen, daß es eine falsche Argumentation ist. Sie hat das Wir hier attackiert. Und das ist das Tertium comparationis. Und da in die Luft zu gehen und zu sagen sie identifiziert Hernstadt ja mit Härtung, das empfinde ich wirklich als eine emphatische Erfahrungsabwehr, die sich hier durchaus rational artikuliert hat. Es ist schade, daß Härtung nicht hier ist, wie gesagt diesen Text kenne ich nicht, aber daß die Losung vom Ich zum Wir, die eine DDR-Losung war, eine SED-Losung, daß man die, Entschuldigung Herr Stimmann, daß man die jetzt vielleicht verwandeln sollte vom Ich zum Nicht-Wir mit Vorbehalt, das scheint mir schon in der Art, wie Frau Hain es vortragen hat, bedenkenswert.

#### **Zwischenbemerkung von Herrn Stimmann**

Wenn man sich darauf verständigt, daß das damals ein sehr fragwürdiges Unternehmen war, haben wir jedenfalls heute vergleichsweise eine demokratisch gewählte...

#### **Friedrich Dieckmann**

Ja, Herr Stimmann, das ist doch trivial, das ist doch elementar, was Sie sagen über die Grundvoraussetzungen. Gut, aber das ist eine schreckliche Geschichte, daß man immer Grundvoraussetzungen wiederholen muß, um dann überhaupt etwas sagen zu dürfen. Das ist auch so ein Deja-wu der alten Zeit, das ist doch trivial, daß das verschieden ist. Nicht trivial ist, daß es bestimmte Möglichkeiten der Beziehung aus dem Blickpunkt von Frau Hain gibt. Aber hier sie nun sozusagen herauszufordern und zu sagen Hernstadt und Härtung sind zweierlei (erneuter Zwischenruf). So viel für heute. Ich habe leider noch einen anderen Termin und muß mich leider verabschieden. (Beifall)

#### **Rudolf Schäfer**

Ich möchte Herrn Anderson bitten. Er hat schon die ganze Weile hier versucht zu Wort zu kommen, aber fasziniert der deutschen Debatte gelauscht.

#### **Georg Morsch**

Ich glaube, Herr Anderson, das reicht nicht. Das reicht auch in der Beschreibung der Befragungsszenarien nicht, um das öffentlich-sichtbare Gebäude als nichtbefragba-

res Dokument zu konstatieren. Da sind Sie auch im Widerspruch mit 200 Jahren aufgeklärter Denkmalpflege, zu der gerade die englische Denkmalpflege, die angelsächsische, große Beiträge geliefert hat. Die Tatsache, daß es unvermeidbar angeschaut hat, ersetzt ja nicht oder macht die Tatsache nicht unerheblich, daß Sie es als Dokument befragen können. Und in dem Zusammenhang, denn ich habe mich natürlich dazu nicht gemeldet auf dieser langen Liste, in dem Zusammenhang zu einer Äußerung, nicht um Ihnen zu widersprechen Herr Flierl, ich habe dem allen wieder zugestimmt, manche Objekte riechen eben doch nach dem, der sie gemacht hat. Der Weizen riecht nicht nach dem, der ihn produziert hat. Es ist ein ewiges Mißverständnis, daß auch heute häufig wiedergekommen ist, obwohl auch Herr Haspel Ihnen widersprochen hat, es klargelegt hat, die Denkmalpflege, wenn sie auch diese Dokumente, die danach riechen zur Erhaltung fordert, argumentativ falsch, lieber Herr Dieckmann, jetzt ist er nicht mehr da, wir müssen politischen Entscheidungen uns unterwerfen, die Denkmalpflege will nicht stärker sein als die Politik, das ist unser Demokratieverständnis, wir möchten uns Gehör verschaffen und uns dann der gerechten Abwägung stellen, aber auch bei den Objekten, denen man den Geruch ansieht, erheben wir aus einem, ich muß mir den Kontext von Hoffmann-Axthelms Meinung zusammenrei-men, müssen wir aus diesem positivistischen Ansatz her das Erhaltungsbegehren stellen. Nicht weil wir das schön finden oder gut finden, das ist ja dieses alte Mißverständnis, es hat darunter gelitten, daß es heute so oft wiederholt wurde, daß wir ein Kulturell, nicht wahr, das Bonn und Kommune, das wir erhalten ist doch nicht gut, weil es gut gemeint war. Vielleicht war ja die Kathedrale von Chartre gut gemeint, aber die Sklaveninsel Göre, die unter UNESCO-Schutz steht, mit Sicherheit nicht. Wir erhalten es doch, wenn überhaupt, weil es gutes bei uns anstoßen kann. Und das ist dieser Erhaltungsauftrag, der auch staatliche Denkmalpflege, von der Herr Haspel gesprochen hatte.

Ein weiteres Mißverständnis. Und Jetzt würde Herr Härtung, auch er ist leider nicht mehr da, natürlich von abstrakt und vielleicht würden andere von Dogmatismus sprechen. Der gesetzliche Gegenstand des Denkmalschutzes gibt eben das, was Herr Dieckmann und Herr Härtung uns so freundlich als Aufforderung formuliert haben, die Dinge doch wiederzuschaffen, gibt es einfach nicht her. Unter den 16 Denkmalschutzgesetzen der Bundesrepublik, die habe ich in der letzten Woche noch einmal durchgeschaut, ein bißchen habe ich mich doch vorbereitet, unter den 16 Gesetzen der Bundesrepublik ist keines, kein einziges, das darauf verzichtet, den Gegenstand aus vergangener Zeit, das zweitens so viel historische Zeugnishaftigkeit, kein Bonum, nicht wahr, historisch ist der Oberbegriff, so viel, daß öffentliches Erhaltungsinteresse daran besteht. Das ist jetzt sehr abstrakt und jetzt komme ich doch noch ganz kurz zu Frau Dolff-Bonekämpers Demut. Es ist eben die Demut des Denkmalpflegers, daß mehr sein Denkmalbegriff nicht hergeben kann, aber auch nicht weniger. Das ganze wirkt kulturell, auch nicht weniger. Das heißt, all diese Beschwörungen und auch diese Unfälle der Geschichte ungeschehen zu machen, all die Beteuerungen, das Material sei doch nun eher zufällig, Irritationen in der Rezeption des Denkmals, können uns von diesem Auftrag des Denkmalpflegers, aber auch natürlich vom ontologischen Begriff dieses unglaublich fragilen Gegenstandes aus vergangener Zeit, daß uns für diese ganz kleine Zeitspanne anvertraut ist, können uns von diesem Begriff nicht abbringen. Und wenn der Begriff Nachhaltigkeit für uns Denkmalpfleger, und es ist jetzt eine Denkmalpflegerdebatte geworden, aber unlieb ist mir das ja nicht in dieser schönen

denkmalgepflegten und entwickelten Stadt, wenn der Begriff der Nachhaltigkeit für uns einen Sinn hat, dann ist es die endliche Ressource Denkmal in ihrer endlichen Zeitspanne so zu bewirtschaften oder, ich sage es gerne, Herr Anderson, mit den Worten von John Ruskin: Treu und unermüdet und laßt sein Ende offen, wegen unserer treuen Zärtlichkeit, aber ganz gewiß sein. Das ist die Nachhaltigkeit des Denkmalpflegers. Das heißt, dieser gesetzliche Begriff ist gar nicht abstrakt, er ist eine ontologische Selbstverständlichkeit, den Walter Benjamin noch ganz selbstverständlich formulieren konnte, wenn er das als die Aura des nicht-reproduzierbaren Kunstwerks im Gegensatz zum Film formuliert hat, und das ist auch im Grunde unsere kleine Demut. Mehr können wir nicht machen. Und deswegen auch diese manchmal apodiktisch erscheinenden Aussagen, die Aussagen einer Unmöglichkeit sind, das Schloß zum Beispiel wieder aufzubauen. (Beifall)

(Schluß der Diskussion)

### **Rudolf Schäfer**

Ideen zur Strukturierung der Empfehlungsberatung:

Ein ziemlich hoher Konsens, wenn auch da Bestreitung war, setzt an der Verwendung des Begriffs von Ressource an, und zwar jetzt nicht bezogen auf Denkmal im engeren, sondern auf Geschichte. Ich möchte das noch einmal differenzieren. Wir haben nicht nur über Denkmal heute sprechen wollen, sondern über Geschichte. Ein zweiter Punkt, da möchte ich an das Hafenbeispiel von Herrn Strauch anknüpfen. Ich glaube, wir müssen einfach hier, selbst wenn das in der Debatte so nicht öfter thematisiert wurde, einfach den Wandel, den auch die städtebauliche Struktur der Stadt erfährt, aufgrund von funktionaler, ökonomischer, es wurde Verkehr auch genannt, Herr Helms hat etwas dazu gesagt, Entwicklungen verläuft, der muß mit einer, jetzt sehr abstrakt und unbestimmt, mit der gebotenen Flexibilität auch aufgefangen werden können, selbst wenn hier eine hohes Interesse, eine hohe Intention zur Orientierung an geschichtlichen Strukturen besteht. Die Bezugnahme auf Herr Sewing scheint mir ganz wichtig zu sein, weil das so eine fundamentale Basis ist. Es geht dann immer um Setzungen, das heißt, am Ende wird es auch immer, selbst wenn die Rechtsvorschriften sehr eng sein sollten, es geht immer auch um kommunalpolitische oder auch landespolitische Setzungen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal, was jetzt sehr schnell gehen muß, diesen Wir-Komplex hier anreißen. Wir sozusagen als Frage, inwieweit ist Konsens überhaupt da? Wenn es um Setzungen geht, muß man Konsens beschaffen, wenn entschieden werden soll. Ich glaube wir haben festgestellt, zum einen wahrscheinlich bei vielen Einzelobjekten, daß sehr viel Konsens da sein kann, aber bei manchen Entscheidungen, zum Beispiel im Rahmen des Planwerks, aber auch bei anderen, zum Beispiel hinter uns hier die Ecke, da ist eben sehr wenig Konsens. Das heißt also, die Kleinteiligkeit, die Herr Mönninger schon am Anfang hier beschworen hat, Kleinteiligkeit jetzt der Konsensfelder, die scheint hier sehr stark durch, das heißt, wir können nicht auf einen sehr breiten Konsens aufbauen. So ein Dach, wie Sie es sich in der Zu-

Weisung mit der Einheit vorstellen, das trägt nur ganz oben, aber weiter unten dann nicht mehr.

Das führt im Grunde, letzter fünfter Punkt, dazu, was Herr Stimmann und was Herr Flierl sagte, biologischer Stadtumbau sehr ernstgenommen werden muß. Dialog heißt Gespräch, das heißt also Verfahren. Meine persönliche Einschätzung auch gerade der Planwerksdebatte, da mag ganz am Anfang das ein oder andere nicht sehr glücklich gelaufen sein, aber ich habe es so wahrgenommen, daß wir eigentlich doch hier auch gerade in diesem Kontext des Stadtforums sehr nachhaltige und sehr gründliche, auch zum Teil sehr emotionale Debatten geführt haben und das muß sein. Ich denke, das ist einfach ein Weg, wie hier bei solchen komplizierten Situationen vorangegangen werden kann, um zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen. Das soll jetzt nicht so wirken, wir harmonisieren, aber in der Richtung könnten wir vielleicht in der Nachrunde weiterdiskutieren. Schönen Dank.

## Adressen der Referenten

Dr. Hans Stimmann  
SenStadtUmTech  
Am Köllnischen Park  
3 10179 Berlin

Dr. Michael  
Mönninger Berliner  
Zeitung Karl-  
Liebknecht-Str. 29  
10178 Berlin

Dr. Max Welch Guerra  
Yorckstr. 43 10965  
Berlin

Prof. Dr. Georg Morsch Institut  
für Denkmalpflege ETH Zürich  
CH 8092 Zürich

Friedrich  
Dieckmann  
Moosdorfstr. 13  
12435 Berlin

Dr. Thomas Flierl  
Bezirksamt Mitte Karl-  
Marx-Allee 31 10178  
Berlin

Dr. Paul Widmer  
Gesandter  
Schweizerische Botschaft in Berlin  
Kirchstraße 13  
10557 Berlin

Prof. Dr. Perry Anderson  
Wissenschaftskolleg zu Berlin  
Wallotstraße 19 14193 Berlin

Dr. Jörg Haspel  
Landesdenkmalamt  
Krausenstraße 38/39  
10117 Berlin

71

Dokumentation des 69. Stadtforums „Stadt und  
Geschichte“ Koordinationsbüro Stadtforum, Juli 1998



## Anhang

schriftlicher Diskussionsbeitrag (Ursula Picht)

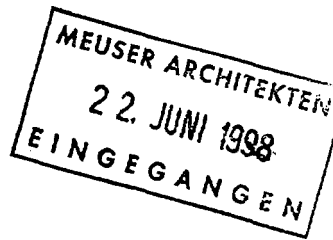
Pressebeiträge (Berliner Morgenpost, DIE

WELT)

Ursula Picht  
Chausseestr.49 10115  
Berlin

Herrn Professor Dr. Schäfer  
Lenkungsgruppe des Stadtforums

Stadtforum Koordinationsbüro  
Philipp Meuser  
Schlüterstraße 17  
10625 Berlin-Charlottenburg



Berlin, den 18.06. 1998

Sehr geehrter Herr Professor Schäfer,

da ich ein schlechter Redner bin und auch nicht gerade ein ganz schneller Denker, gehe ich - auch im Interesse der Zuhörer - selten an's Mikrophon. So auch beim Stadtforum am 12. Juni 1998,

Der Disput zwischen den Herren Dieckmann und Stimmann zur Ecke Friedrichstraße / Unter den Linden und auch mit Frau Hein hat mich jedoch so beschäftigt, daß ich mir erlaube. Ihnen quasi als nachgereichten Diskussionsbeitrag diese Zeilen zu senden.

Nicht nur zu dieser Straßenkreuzung, sondern zu allem Tun der Planer und Architekten ist ja wohl die wichtigste Frage: wofür oder für wen gestalten und bauen sie die Stadt? Für die Geschichte, für die Historiker und Theoretiker, für die Investoren, gar für ihren eigenen Nachruhm oder vielleicht doch für die Menschen, die die Städte nutzen und in ihnen leben? In der DDR haben wir uns jedenfalls immer um letzteres bemüht, wenn dabei auch nicht alles immer gelungen ist; auf jeden Fall lag das jedoch nie an Problemen der maximalen Baulandausnutzung.

So wie ich sehr unterschiedliche Diskussionen in den letzten Jahren erlebt habe, wird von allen - auch von Herrn Stimmann - jetzt die vehemente Antwort lauten: natürlich bauen wir für die Menschen!

Für mich bleibt da jedoch gerade aus dieser Debatte am 12.6, wieder eine Frage: ist ernsthaft anzunehmen, daß sowohl die Berliner wie auch ihre Gäste aus aller Welt - ausgenommen vielleicht ein paar Stadthistoriker - an dieser berühmten Ecke stehen und bewundert sagen werden: wie schön, daß man die Dorotheenstadt hier wieder hergestellt hat? Zumal, wenn ihnen zum ruhigen Bewundern bestenfalls ein paar Tischchen in den Arkaden des Grandhotels zur Verfügung stehen, umwogt von Automief und mit Blick auf die brutalistischen Arkaden des neuen Linden-Corsos.

Das alte Flair, das die Ecke so berühmt gemacht hat, ist mit dieser Architektur doch sowieso nicht wiederherstellbar. Nicht zuletzt, weil die Rekonstruktion der Stadt als bloße Wiederaufnahme des alten Grundrisses ohne Einhaltung der alten Traufhöhe ohnehin Illusion ist. An dieser Stelle gleich noch eine Richtigstellung zu den Ausführungen von Herrn Stimmann: abgerissen wurde mit dem Rosmarin-Karree hier erst nach 1990; nach dem Krieg waren - mit Ausnahme Schweizer Haus - nur Trümmer abzuräumen.

Doch zurück zum Text. Ich bin überzeugt davon - und befinde mich da in Übereinstimmung mit vielen meiner Bekannten - ,daß die Ausgestaltung dieser Ecke vorher - ohne behaupten zu wollen, daß die Gestaltung der Gebäude ( sie entsprach durchaus dem Zeitstil!) das Nonplusultra der Architektur war - Berlinern und Besuchern besser gefallen hat. Es war ein außerordentlich beliebtes Plätzchen zum Genießen, zum Plaudern und zum Schauen. Hier war versucht worden, Stadt für die Menschen und ihre Bedürfnisse zu gestalten, zum Wohlfühlen, nicht für Geschichtsphilosophen und vor allem nicht in Interesse von Bodennutzung und Rendite.

Aber da das wohl nicht mehr geht, müssen nicht nur die letzten Bäume aus der Friedrichstraße verschwinden, sondern auch ein paar ungeheuer kluge Begründungen dafür her. Ach ja, ich vergaß: Wozu Bäume - die Leute fliegen ja sowieso nach Mallorca!

Noch eine kurze abschließende Bemerkung zum Stil des zitierten Dialogs. Wenn er so, wie von Herrn Stimmann geführt, in dieser aufgeregten, vermutlich nicht nur von mir als arrogant empfundenen Mischung von nicht Verstehen -wollen oder -können geführt wird, dann kann man sicher noch sehr lange in diesem Teil der Stadt arbeiten, ohne daß die Gegensätze verschwinden.

Ich werde mir erlauben, eine Kopie dieses Schreibens Herrn Dr. Stimmann zur Kenntnis zu übersenden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading "Annela Picht". The signature is written in a cursive, flowing style.

# Berlins Geschichte und die neue Architektur

Das Stadtforum war nie der Ort konkreter Auseinandersetzung mit der Stadt. Eher ging es um rhetorische Höhenflüge einzelner Fachdisziplinen. Mit dem Thema Stadt und Geschichte hatte man, das mußte sogar der einladende Staatssekretär Hans Stimmann einräumen, „das abstrakteste Thema bisher“ gewählt. Ihm ging es dabei um Erkenntnisse, wieweit die Entscheidenden heute Geschichte mehr in ihre Entscheidungen einzubeziehen hätten.

Dabei zitierte er sogar Wolf Jobst Siedler, der die Nachkriegsplanergeneration als Leute mit Vergangenheitshaß und diffusem Fortschrittsglauben charakterisiert hatte. Stimmann selbst räumte für sich ein, bis zur Einheit Berlins diesen Geschichtsverlust hingenommen zu haben. Nun müsse der Städtebau wieder in Kontinuität und Mehrschichtigkeit betrachtet werden.

Auch für den Architekturtheoretiker Michael Mönninger gibt es eine (gesamtgesellschaftliche) Rückwendung zum Historischen. „Das Pendel von Historismus und Fortschrittsglauben“ schwinde

nach vielen Jahrzehnten gerade wieder zurück. Historische Ressourcen seien wiederzugewinnen. Dabei wäre eine Replik des Stadtschlusses aber wie ein Atomkraftwerk „ein unheimlicher Vorgang“-mit Langzeitwirkung“. Eine bessere „historische Energiequelle sei, die Vergangenheit für die Zukunft zu aktualisieren.

Etwas näher an der Stadt bewegte sich vor der abschließenden Diskussion mit dem Historiker Perry Anderson, dem Schriftsteller Friedrich Dieckmann, dem Schweizer Gesandten Paul Widmer und dem neuen Baustadtrat von Mitte, Thomas Flierl, der Politikwissenschaftler Max Welch Guerra. Er konstatierte für die Hauptstadtentwicklung Berlins ein Nebeneinander von Stadt und Staat, von Bürger und Autorität, wie es in Bonn nie stattgefunden habe. Das liege in der Spaltung der konservativen Kräfte in Weltoffenheit und Rückwärtsgewandtheit sowie an der starken Fachöffentlichkeit. Doch nach dem Umzug aus Bonn würden die Karten neu gemischt: „Die Heiterkeit ist zerbrechlich.“ rast

# HAUPTSTADT BERLIN

## Die Mitte gehört nicht Ost-Berlin!

### Straßenschneisen zurückbauen? Geschichte verleugnen? Schöner Eklat auf dem 69. Stadtforum im Staatsratsgebäude

Von DANKWART GURATZSCH  
Der Streit über das Planwerk Innenstadt des Staatssekretärs Hans Stimmann (SPD) hat am Wochenende eine unerwartete Zuspitzung erfahren. Nachdem erst vor einer Woche die Industrie- und Handelskammer und die Wohnungsbaugesellschaften weitgehend Zustimmung zum Konzept einer baulichen Verdichtung der Innenstadt signalisiert hatten, kam es auf dem 69. Stadtforum im Staatsratsgebäude zum Eklat. „Die Stimme der Eingeborenen ist bisher zu kurz gekommen“, monierte der aus dem Ostteil stammende Schriftsteller Friedrich Dieckmann - und gab damit den Anstoß zu einer Debatte, in der die Stimmen der Teilnehmer teilweise in Geschrei untergingen. Stimmann konterte: „Wie lange wollen wir das noch machen, dieses Wir-hier-und-Ihr-dort? Die

Mitte gehört nicht Ost-Berlin. Es ist eines der großen Themen unserer Gesellschaft, daß wir uns gemeinsam um die Bewältigung dieser Planungsaufgabe bemühen.“

Für den früheren Senatsbaudirektor ist das Planwerk der Versuch, auch im Ostteil der Stadt Urbanität zurückzugewinnen. Aufgeweitete Straßen („Magistralen“), Hochhäuser, Zeilenbebauung, Aufmarschplätze haben hier den alten Stadtgrundriß vielfach bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Nun sollen diese Schneisen „zurückgebaut“, die oft gestaltlosen Grünflächen geordnet, Baublöcke ergänzt und Plätze und Straßen durch eine neue Randbebauung eingefasst werden. Stimmann: „Wir müssen den Text dieser Stadt wieder lesbar machen.“

Ausgerechnet beim denkmalpflegerischen Thema „Stadt und

Geschichte“ kam nun der unbemerkt von der Öffentlichkeit schwelende Streit zum offenen Ausbruch. Der neue Baustadtrat Mitte, Thomas Flierl (PDS), warf Stimmann vor, mit dem Rückgriff auf den historischen Stadtgrundriß bestimmte Schichten «er Geschichte auszublenden». In Wahrheit gehe es vor allem um Baulandausweisung. Vorhandene jüngere Strukturen und vorhandene Bevölkerung - sprich: die DDR-Neubau-gebiete und ihre Bewohner - würden dabei ignoriert. •

Dieckmann interpretierte die Einfassung des Brandenburger Tores durch zwei neue Torhäuser als Dokument der „Geschichtsfeindlichkeit“ der Deutschen“. Von Geschichtsverlust und -Verleugnung zeuge auch der eilige Verzicht auf das Lindenslalul nach der Wiedervereinigung wie eben auch die Ab-

sicht, den PA! DDR-Zeilen entstandenen kleinen Platz an der Kreuzung Unter den Linden/Friedrichstraße zu „liquidieren“. In der DDR habe er immer gemeint, die Denkmalpflege habe kaum noch Einflußmöglichkeiten. Jetzt aber komme es ihm so vor, als habe sie damals eine stärkere Position gehabt als heute.

Die Elogen auf das Erbe der DDR brachten den Staatssekretär in Rage. Die „soziale Dimension“ der DDR-Baupolitik habe so ausgesehen, daß in die besten Neubauf Wohnungen privilegierte und Staatsleule eingezogen seien. Für die Projekte des Planwerks gebe es im übrigen „eine sorgfältige Begründung“, die in den „Planungswerkslätten“ in einem diskursiven Verfahren zwischen den Beteiligten ausgehandelt werde. Stimmann:

„Vielleicht können wir uns auf die

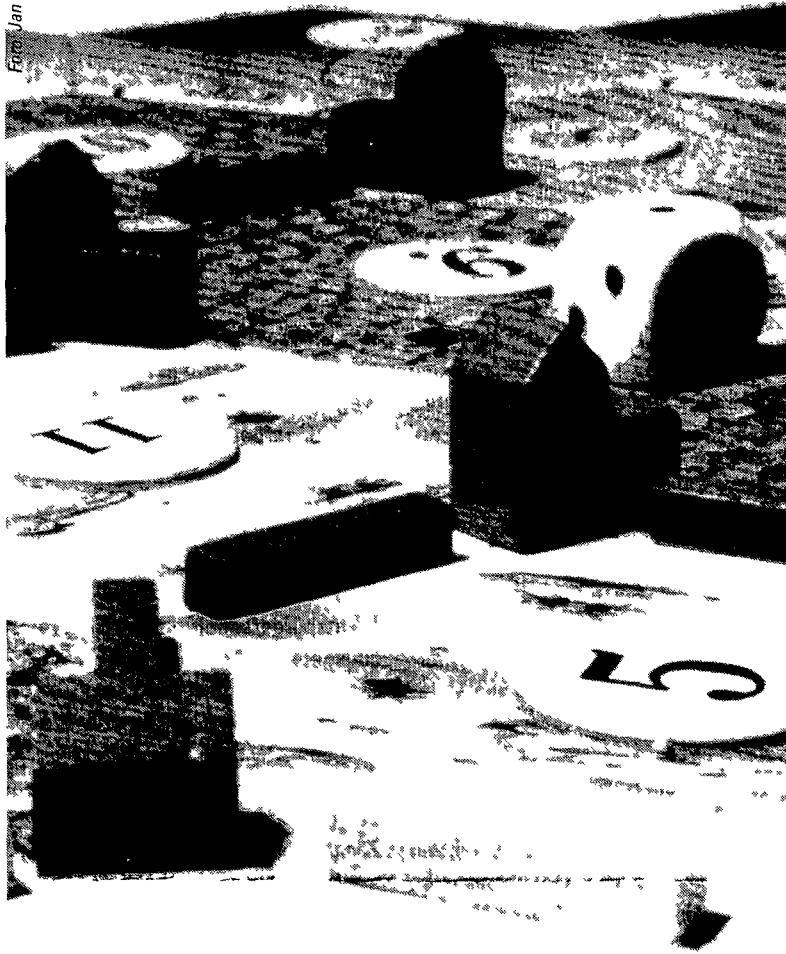
Formel einigen, daß es darum geht, Brüche zugestalten.“

Aber damit konnte er das Plenum nicht beruhigen. Die aus dem Osten stammende Bauhistorikerin Simone Hain.. verlangte, die Diskussion Ost-West paritätisch zu führen. Der Appell an das kollektive, staatstragende Wir jage ihr Gänsehaut ein. Wenn gefordert werde: „Wir müssen diesen Platz bereinigen“, „Wir müssen jetzt das Holocaust-Mahnmal bauen usw.“, dann redeten offenbar „Macher, die genau wissen, wo die Geschichte liegt und w^ sie hingeh.“ Hain:

„Das haben wir alles schon mal erlebt“. Die Meinungsverschiedenheiten über das Bild des künftigen Berlin wäien nicht mehr zu überbrücken. Nach fünfstündiger Debatte trennten sich die Planer dieser Stadt heillos zerstritten.



Frank Jan Buschhorn



# **Obersozialarbeiter oder Kiezwirtschaftsminister?**

Quartiersmanager gesucht

Für alle potentiellen Quartiersmanager sollte das Berliner Amtsblatt in dieser Woche Pflichtlektüre sein, denn dort findet sich die Ausschreibung für die beiden Pilotgebiete, in denen die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Umweltschutz und Technologie (SenSUT) das Instrument des Quartiersmanagement einführen will. Auf der 73. Sitzung des Stadtforums am 13. November wurden unter der Überschrift „Soziale Stadt“ die neuesten Tendenzen der Strategie zur Armutsbekämpfung in benachteiligten Stadtteilen diskutiert.

Dietrich Flicke, der im Hause des Stadtentwicklungssenators federführend bei der Entwicklung des Quartiersmanagements mitwirkte, wies zunächst darauf hin, daß es sich bei Quartiersmanagement um eine Daueraufgabe handelt, die über den bewilligten Zeit- und Kostenrahmen von zwei Millionen DM jährlich für drei Jahre hinausgehen wird. Neben den im sogenannten Hausermann-Gutachten beschriebenen Rahmenbedingungen in den „Problem- und

Verdachtsgebieten“ stellte der Vertreter von SenSUT neue Ergebnisse des Stadtmonitoring dar. Die aktuellen statistischen Daten zeigen, daß sich die Abwanderungsbewegungen im Ostteil der Stadt beschleunigt haben, vor allem in den Altbauquartieren Prenzlauer Berg und Friedrichshain und in einigen Plattenbausiedlungen in Marzahn, Hellersdorf und Pankow.

### **Kein Gegensatz zum Milieuschutz**

Nach der Beschreibung der Ausgangslage ging Herr Flicke näher auf die konzeptionellen Vorstellungen für die fünf Gebiete ein, in denen SenSUT das Quartiersmanagement etablieren möchte. Dabei handelt es sich um den Wrangelkiez im Bezirk Kreuzberg, den Sparrplatz in Wedding, die Schillerpromenade in Neukölln, den Armmplatz in Prenzlauer Berg und den Boxhagener Platz in Friedrichshain. Den Ausgangspunkt bei der Einführung von Quartiersmanagement bildet die Auffassung, daß mit diesem Instru-



ment „das Rad nicht neu erfunden wird“ und somit auch kein grundsätzlicher Gegensatz zu anderen städtebaulichen Instrumenten wie dem Milieuschutz besteht Auffällig ist, daß sich die Stadtentwicklungsverwaltung gerade in diesen Gebieten gegen Milieuschutzsatzungen sträubt

Im Mittelpunkt steht vor allem der effektive Einsatz von Ressourcen Als Negativbeispiel wurde auf das Kottbus-er Tor verwiesen, in dessen Umfeld sich 126 Projekte unterschiedlicher freier Träger tummeln, was sicher nicht zur Über-schaubarkeit des Betreuungs- und Beratungsangebots beiträgt

Quartiersmanagement wird von Sen-SUT mit den Attributen „quartiersbezogen, prozeßhaft und bewohnerorientiert“ charakterisiert, wobei Herr Flicke besonders hervorhob, daß es „keine normative Vorstellung von einem Idealquartier“ gibt, an denen sich Quartiersmanager zu orientieren haben

#### **Stadtteil-Tausendsassa**

Die Aufgaben der künftigen Quartiersmanagers sind umfangreich und umfassen im wesentlichen vier Bereiche erstens Stadtteilkoordination zwischen allen Verwaltungsstellen, frere-n Trägern, Bürgervereren und Privatleuten, zweitens Bewohneraktivierung und Einbindung kleingewerblicher Potentiale, drittens Initiierung und Betreuung von Projekten im Gebiet und viertens Mitwirkung an der Erfolgskontrolle

Der Anforderungskatalog für potentielle Quartiersmanager ist anspruchsvoll, denn neben Basisqualifikationen wie betriebswirtschaftlicher Kenntnisse, sozialer Kompetenz, Gebietsbezug und technisch-organisatorischer Fähigkeiten, werden noch weitere Erfahrungen im Projektmanagement und „Social Sponsoring“ sowie Kenntnisse aller relevanten Forderinstrumente des Landes, des Bundes und der EU verlangt Solche Supermänner und -frauen, die all diese Anforderungen erfüllen, dürften wohl kaum zu finden sein, darüber ist man sich klar Ob nun der Quartiersmanager ein Kiez-Übervater, ein Stadtteilwirtschaftsmeister, ein Fordergelderverteiler oder ein Obersozialarbeiter sein wird, muß erst die Praxis zeigen

Entsprechend der jährlich zur Verfügung stehenden Finanzmittel in Höhe von 300000 DM werden in jedem Gebiet zwei bis drei Personen mit Quartiersmanagementaufgaben beschäftigt sein Eine besondere Schwerpunktsetzung in der Bewohneraktivierung stellt die nichtdeutsche Bevölkerung dar Aus diesem Grunde soll im Wrangelkiez, wo die Nicht-

Deutschen die Mehrheit stellen, ein Nicht-Deutscher mit dem Management beauftragt werden

#### **Demokratische Knochenarbeit**

Der Stadtsoziologe Klaus Schmals zog eine Verbindung zum Handlungsprogramm

„Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ des Landes Nord-rhein-Westfalen, das als Antwort auf die Globalisierung „lokale Partnerschaften“ aufbaut Wichtige Voraussetzung für lokale Partnerschaften ist eine örtliche Vernetzung, die nicht nur innerhalb benachteiligter Stadtteile stattfinden darf Statt dessen müssen arme und reiche Stadtteile miteinander vernetzt werden Ansonsten besteht die Gefahr, daß das Quartiersmanagement zu einem reinen Armutsprogramm, zu einem Programm der Ausgrenzung verkommt „Das ist demokratische Knochenarbeit“, so Schmals

Cornelius van Geisten von der Gesellschaft für behutsame Stadterneuerung (STERN) forderte die Politik auf, das Hauptmotiv für das Quartiersmanagement zu benennen, nämlich die allgemeine Verknappung öffentlicher Mittel für die Stadtentwicklung Zur Überraschung aller stellte Herr Bielka aus dem Hause der Finanzsenatorin allerdings fest, daß Geld für Quartiersmanagement das geringste Problem sei, denn die 2 Millionen DM pro Jahr nehmen sich vergleichsweise bescheiden aus Ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer warnte sogar vor einer „staatlichen Überfürsorge“, die die Selbsthilfe der Bewohner beschneide

Wie sehr die beiden Senatsverwaltungen für Bauen und Stadtentwicklung aneinander vorbei arbeiten, zeigt sich daran, daß der Bausenator kurzerhand der Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land“ eine Million Mark für Quartiersmanagement in Neukölln zur Verfügung stellte, ohne auf die Konzepte des Stadtentwicklungssenators Rücksicht zu nehmen Im Alltag der dort bereits arbeitenden Quartiersmanager erwies es sich als nahezu unmöglich, Sozialamt und Arbeitsamt so zu koordinieren, daß die Menschen aus dem Stadtteil auch für ABM in ihrem Kiez eingesetzt werden können Hans-Georg Rennert vom Kommunalen Forum Wedding, das heute schon eine dem Quartiersmanagement ähnliche Arbeit macht, forderte, die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen nach unten nicht im Zuge der Bezirksreform wieder rückgängig zu machen

*Thomas Helfen/Jens Sethmann*

## **Adressen der Referenten**

73. Stadtforum „Soziale Stadt“

### **Dietrich Flicke**

SenStadtUmTech  
Am Köllmschen Park 3  
10179 Berlin

### **Bernd Zimmermann**

Office of the Bronx Borough President The  
Bronx County Bldg. 851, Grand Concourse  
Bronx, New York NY 10451

### **Anne Page**

London Research Center 81 Black  
Prince Road London SE 1 7SZ

### **Prof. Jürgen Rosemann**

Leiiegracht 43 NL 1016 GT  
Amsterdam

### **Prof. Dr. Klaus M. Schmals**

Pestalozzistraße 22 10625  
Berlin